



Jugendmonitor

Gesamtbericht 2010 bis 2013

Datenerhebung 1 bis 11

bmfj
BUNDEMINISTERIUM FÜR
FAMILIEN UND JUGEND

Inhalt

1.	Vorwort	5
2.	Einleitung	6
2.1.	Zielsetzung Jugendmonitor	6
2.2.	Executive Summary	6
3.	Methode	7
3.1.	Methodenwahl und Vorgehen	8
3.2.	Zielgruppe und Stichprobe	8
3.3.	Auswertung	10
4.	Thematisches Umfeld 2010 bis 2013	10
5.	Zeitreihen	12
5.1.	Allgemeine Entwicklung der Zukunftssicht	12
5.2.	Auswertung nach Untergruppen	15
5.3.	Entwicklung ausgewählter Themen	18
5.3.1.	Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise	18
5.3.2.	Der Begriff Wirtschaft	19
5.3.3.	Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche	20
6.	Themenschwerpunkte	21
6.1.	Wirtschaft	21
6.1.1.	Gesammelte Ergebnisse	21
6.1.2.	Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien	30
6.1.3.	Kommentar: Jugend und Wirtschaft (Gottfried Haber)	31
6.2.	Ausbildung und Beruf	33
6.2.1.	Gesammelte Ergebnisse	33
6.2.2.	Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien	43
6.2.3.	Kommentar: Jugendliche und ihr Zugang zum Arbeitsmarkt (Gudrun Biffl)	45
6.3.	Familie	47
6.3.1.	Gesammelte Ergebnisse	47
6.3.2.	Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien	55
6.3.3.	Kommentar: Schwerpunkt auf Partnerschaft! (Wolfgang Mazal)	56
6.4.	Pensionen	58
6.4.1.	Gesammelte Ergebnisse	58
6.4.2.	Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien	62
6.4.3.	Kommentar: Junge Menschen und adäquate Alterssicherung – (k)ein Widerspruch? (Christine Mayrhuber)	63
6.5.	Mitbestimmung	67
6.5.1.	Gesammelte Ergebnisse	67
6.5.2.	Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien	72
6.5.3.	Kommentar: Mitbestimmung Jugendlicher (Manfred Zentner)	74
7.	Fazit	76
8.	Quellen	77

Abbildungsverzeichnis

1: Struktur der Stichprobe	9
2: Wahrnehmung des Themas „Familienbeihilfe“	12
3: Zukunftssicht Jugendlicher in Österreich 2010 bis 2013	13
4: Zukunftssicht Jugendlicher nach allen Antwortkategorien	14
5: Zukunftssicht im Freundeskreis	15
6: Zukunftssicht nach dem Geschlecht	16
7: Zukunftssicht nach Altersgruppen	16
8: Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise	18
9: Gefühlte persönliche Betroffenheit	19
10: Aussagen zur Wirtschaft	20
11: Entwicklungen in der Gesellschaft	20
12: Aussagen zur Wirtschaft	22
13: Aussagen zum österreichischen Budget nach Altersgruppen	24
14: Von Einsparungen geschützte Bereiche	25
15: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Österreich und der EU	27
16: Wirtschaftlicher Ausblick im Gefolge der Finanzkrise	28
17: Rolle der Europäischen Union für Österreich	29
18: Vorstellungen über die eigene berufliche Zukunft	34
19: Eigenschaften eines idealen Jobs	35
20: Wichtige Fähigkeiten zum Berufseinstieg	36
21: Image der Lehre in Österreich	39
22: Motive, ein Praktikum zu machen	40
23: Gründe gegen Praktika	42
24: Jugendarbeitslosenquote (15- bis 24-Jährige) im internationalen Vergleich (2012)	45
25: Wichtigkeit von Lebensbereichen	48
26: Überlegungen zu einer eigenen Familie nach Altersgruppen	49
27: Bevorzugtes Alter für eigene Kinder nach Geschlecht	51
28: Betreuung von Kindern bis drei bzw. von drei bis sechs Jahren	52
29: Rollenbilder Männer und Frauen	54
30: Aussagen zum demographischen Wandel	59
31: Zukunft des Pensionssystems nach Altersgruppen	61
32: Konsens oder Konflikt zwischen den Generationen – nach Altersgruppen	62
33: Gewünschte Mitbestimmung nach Bereichen	68
34: Beteiligung offline und online	70
35: Bereitschaft zu politischer Beteiligung	71
36: Politisches Interesse vor und nach der Wahlaltersenkung 2007	72
37: Tatsächliches Engagement und Bereitschaft von 14- bis 24-Jährigen	73

Impressum**für den Inhalt verantwortlich:**

Bundesministerium für Familien und Jugend
Kompetenzzentrum Jugend
Franz-Josefs Kai 51
1010 Wien

redaktionelle Aufbereitung:

Die einzelnen Inhalte wurden vom Institut für Strategieanalysen erarbeitet und basieren auf den Auswertungen der einzelnen Wellen des Jugendmonitors sowie vergleichenden Studien.
Die Gastbeiträge stammen von den jeweiligen Autor/innen.

Layout: Florian Hulan

Druck: BMFJ

Fotos: GretaMarie / cultura / Corbis / BMFJ / christianjungwirth.com

Wien, April 2014



1. Vorwort

Eine direkte Einbindung von Jugendlichen leistet für mich einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Jugend:

- Welche Themen bewegen junge Menschen?
- Wofür machen sie sich stark?
- Wo überschneiden sich die Bedürfnisse junger Menschen mit jener von Entscheidungsträger/innen?
- Wo driften sie auseinander?

Mit dem Jugendmonitor, einer regelmäßigen Meinungserhebung unter 14- bis 24-Jährigen in ganz Österreich, wurde ein weiterer Schritt zur Vertiefung des Verständnisses von jungen Menschen in der Öffentlichkeit gesetzt. Da Jugendpolitik Querschnittsmaterie ist und Jugendliche oft nur als impliziter Teil der Gesellschaft Beachtung finden, ist es mir ein besonderes Anliegen junge Menschen und ihre Ansichten in den Vordergrund zu stellen.

Jugendforschung darf sich nicht nur an den Fragen der Erwachsenen an die Jugendlichen festhalten. Jugendliche müssen auch selbst zu Wort kommen. Denn nur wer um die Bedürfnisse und Anliegen der Zielgruppe sowie um ihre Meinungen und Einstellungen zu relevanten Themen weiß, kann passgenaue und nachhaltig wirksame Maßnahmen entwickeln, die auf breite Akzeptanz auf allen Ebenen stoßen.

Erst die Partizipation von Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Lebenswelten, sowie die transparente Kommunikation dieser Erkenntnisse erlauben zielgruppensensitive Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Jugendpolitik und Jugendarbeit. In diesem Sinne ist und bleibt Jugendpolitik eine Politik mit und für junge Menschen.

2. Einleitung

Seit der Jugendmonitor 2010 gestartet wurde hat er sich in insgesamt elf Datenerhebungen mit unterschiedlichen Themen und Lebensbereichen junger Menschen in Österreich auseinandergesetzt. Er versucht die Perspektive von Jugendlichen auf bestimmte gesellschaftliche Schwerpunkte und Entwicklungen abzubilden und gleichzeitig einen laufenden Überblick über ihre Einstellungen zu geben.

Der Jugendmonitor hat sich dabei auf die 14- bis 24-Jährigen konzentriert, wobei diese Altersspanne der Heterogenität der Lebensumstände junger Menschen Rechnung tragen sollte. Generell ist die exakte Definition eines Jugendbegriffs schwierig: Je nach Kontext lassen sich beispielsweise in Österreich Altersobergrenzen für die Kategorie junger Menschen von 18 bis 30 Jahren finden. Die in der Jugendforschung bekannte Shell-Studie aus Deutschland bestimmt ihrerseits die Gruppe der Jugendlichen von 12 bis 25 Jahren. Neben der zahlenmäßigen Definition ist zudem zu beachten, dass sich andere Merkmale für das Erwachsenenalter (etwa eigener Haushalt, fertige Ausbildung, Einstieg in die Berufswelt) ebenfalls nicht exakt bestimmen lassen, sondern sich laufend verändern.

2.1. Zielsetzung Jugendmonitor

Politik im Allgemeinen und Jugendpolitik im Speziellen definiert die Rahmenbedingungen für das Leben junger Menschen in Österreich und hat gleichzeitig die Aufgabe, ihre Chancen und ihre Zukunft zu fördern. Für die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Vorhaben ist es für die Politik wesentlich, die Bedürfnisse, Einstellungen und Meinungen von Jugendlichen zu kennen. Es geht dabei weniger um ein reines Reagieren auf eine (öffentliche) Stimmungslage, sondern darum, die Standpunkte junger Menschen im Sinne eines partizipativen Prozesses zu berücksichtigen, um im Endeffekt besser wirksame und akzeptierte Maßnahmen zu schaffen.

2.2. Executive Summary

Neben den unterschiedlichen Schwerpunkten des Jugendmonitors seit 2010 hat sich durch alle elf Datenerhebungen als übergeordneter Trend das Bild von einer zuversichtlich eingestellten Jugend gezogen. Gleichzeitig haben junge Menschen einen relativ realistischen Eindruck von aktuellen gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen demonstriert.

Die Jugendlichen in Österreich zeigen sich der eigenen beruflichen Zukunft gegenüber aufgeschlossen und haben klare Vorstellungen über ihre nächsten Vorhaben. Wirtschaft ist für sie ein integraler Bestandteil gesellschaftlichen Wohlstandes, ein

Leben ohne geregelte Arbeit ist schwer vorstellbar. Entsprechend schätzen sie ein gutes Arbeitsklima und eine sinnvolle Tätigkeit höher als das Einkommen. Die Lehre als Ausbildung genießt ein gutes Image, nicht zuletzt aufgrund des Praxisbezugs, der von jungen Menschen als wichtig angesehen wird.

Die ökonomische Situation in Österreich wird von den 14- bis 24-Jährigen ungeachtet von europäischen Krisen gut bewertet, insbesondere im Vergleich mit der Europäischen Union schneidet Österreich bei ihnen besser ab. Die Reduzierung der heimischen Staatsverschuldung erscheint ihnen wichtig, dass sich dadurch große und vor allem für sie persönlich negative Konsequenzen ergeben erwarten sie hingegen kaum.

In Sachen Bevölkerungsentwicklung und Pensionen ist den Jugendlichen bewusst, dass sich der Anteil älterer Personen in den kommenden Jahren vergrößern und dass dies Konsequenzen für unterschiedliche Gesellschaftsbereiche haben wird. Sie sind zumindest teilweise unsicher, was ihre Chancen auf eine ausreichende staatliche Pension betrifft, gleichzeitig liegt dieses Thema für sie naturgemäß noch in großer Ferne.

Die Familie hat einen hohen Stellenwert für junge Menschen, sie ist ein Anker und eine Anlaufstelle. Die Jugendlichen wünschen sich mehrheitlich eine eigene Familie mit Kindern, wobei die Vorstellungen über den Zeitpunkt und die genaue Form je nach Alter, vor allem aber nach Geschlecht, auseinandergehen.

Politisch sind sie mittelmäßig interessiert, nichtsdestoweniger halten sie Beteiligung für wichtig und glauben, damit etwas bewirken zu können. Thematisch sind junge Menschen vor allem an Mitbestimmung in Fragen der (Aus)Bildung und im Jugendbereich an sich interessiert.

„Wählen mit 16“ wird von ihnen großteils gutgeheißen, das Wählen an sich ist zudem die am stärksten akzeptierte Form politischer Partizipation. Das Internet als Beteiligungsmedium wird von den Jugendlichen teilweise als Chance gesehen, es ersetzt aber nicht die persönliche Mitwirkung.

3. Methode

Bei bestehenden Erhebungen im Jugendbereich, die viele wertvolle Beiträge zum Wissensstand über diese Zielgruppe liefern, steht man häufig vor dem Problem, dass sie nur bedingt miteinander vergleichbar sind. Es handelt sich oft um Querschnittsstudien, die sich in Sachen Methode in unterschiedlichen Aspekten voneinander unterscheiden. Das beginnt bei der Definition der exakten Zielgruppe (der Begriff Jugendliche kann, wie auch in der Alltagssprache, auf sehr unterschiedliche Altersgruppen angewandt werden) und setzt sich über die konkrete Erhebungsmethode (telefonisch, persönlich, online usw.) bis hin zu Aspekten der Auswertung der Daten (gewählte Subgruppen der Analyse,

Definition der Subgruppen usw.) fort. Der direkte Vergleich dieser Ergebnisse ist daher nur eingeschränkt möglich.

Der Jugendmonitor war und ist daher der Versuch, die bereits bestehenden Erhebungen um eine Studienform zu ergänzen, die die genannten Einschränkungen teilweise umgeht.

So ist der Jugendmonitor als eine regelmäßige Erhebung konzipiert, was bei ausgewählten Fragen den Längsschnittvergleich und damit die Beobachtung von Veränderungen über einen bestimmten Zeitraum erlaubt. Zusätzlich bediente er sich in allen bisherigen Datenerhebungen der stets gleichen Methode, die 2010 vom Auftraggeber festgelegt wurde (siehe die folgenden Punkte).

Gleichzeitig wurde versucht, auf sich ändernde Themen und Entwicklungen Rücksicht zu nehmen, um nicht durch ein zu starres Set an Fragen eingeschränkt zu sein. Der Fragebogen des Jugendmonitors ist deshalb zweigeteilt. Einleitend werden stets gleich formulierte Fragen zur generellen Zukunftssicht der Jugendlichen gestellt, daran schließt ein Block mit einem Schwerpunktthema an.

Dies schließt Zeitreihen zu Spezialthemen nicht aus. Immer wieder im Verlauf der drei Jahre wurden bereits verwendete Fragen und Themenblöcke erneut eingesetzt, um Veränderung und Stabilität im Meinungsbild der Zielgruppe darzustellen. Aufgrund der gleichbleibenden Methode waren diese Vergleiche zumindest in diesem Aspekt möglich. Auf inhaltlicher Ebene waren zusätzlich in jedem Fall aktuelle Ereignisse und der generelle Kontext der Befragung zu beachten.

Der Jugendmonitor hat damit zusammengefasst das Ziel, regelmäßig und konsequent die Meinungen und Einstellungen der 14- bis 24-jährigen Menschen in Österreich zu erheben. Er wird im Abstand von drei bis vier Monaten nach einer gleichbleibenden Methode durchgeführt und ausgewertet.

3.1. Methodenwahl und Vorgehen

Der Jugendmonitor beruht auf telefonischen Befragungen, auf so genannten computer assisted telephone interviews (CATI). Diese wurden von unterschiedlichen Feldinstituten (Datenerhebung 1 bis 6: Sophie Karmasin Market Intelligence; Datenerhebung 7 bis 11: Gallup Österreich) durchgeführt.

3.2. Zielgruppe und Stichprobe

Die Zielgruppe der Jugendlichen wurde für den Jugendmonitor mit 14- bis 24-jährigen Personen in Österreich definiert. Als Stichprobe pro Datenerhebung wurde eine Mindestzahl an abgeschlossenen Interviews von mindestens $n=800$ vorgesehen. Damit ergab sich eine maximale Schwankungsbreite der Gesamtstichprobe von $\pm 3,5$ Prozent. Das Befragungsgebiet war ganz Österreich.

Die Stichprobenziehung erfolgte mittels eines Quotenplanes nach dem Mikrozensus der Statistik Austria 2008 (bzw. ab 2013 der Daten von 2009), wobei eine möglichst repräsentative Verteilung angestrebt wurde. Mit geringen Abweichungen bei den absoluten Zahlen setzte sich die Stichprobe für alle elf Datenerhebungen wie folgt zusammen (siehe **Abbildung 1**).

Abbildung 1:
Struktur der Stichprobe

Quelle: Jugendmonitor, Datenerhebung 11.

	absolut	in Prozent
Geschlecht		
Männer	406	50,8
Frauen	394	49,2
Altersgruppe		
14-17 Jahre	286	35,8
18-21 Jahre	285	35,6
22-24 Jahre	229	28,6
Region		
Wien	151	18,9
Niederösterreich/Burgenland	174	21,7
Steiermark/Kärnten	170	21,2
Oberösterreich/Salzburg	197	24,6
Tirol/Vorarlberg	109	13,6
Gemeindegröße		
bis 5.000	364	45,5
bis 50.000	197	24,6
Über 50.000	239	29,8
Schulbildung		
noch kein Abschluss	69	8,6
Pflichtschule/Lehre	504	63,1
Berufsschule, Fachschule, Mittelschule ohne Matura	55	6,9
Matura	162	20,2
Universitätsabschluss	10	1,2
Beruf		
Selbstständig, freiberuflich, Landwirtschaft	6	0,7
Angestellte/r, Lehrling	290	36,2
Arbeiter/in	107	13,4
in Ausbildung	385	48,1
Hausmann/Hausfrau	12	1,5

Zur Schwankungsbreite ist anzumerken, dass diese bei Berechnungen in Untergruppen aufgrund der dann zugrunde liegenden geringeren Fallzahl höher ausfällt (z.B. +/- 7 Prozent bei n=200). Das führt dazu, dass Abweichungen erst bei vergleichsweise großen Abständen statistisch signifikant sind, also mit sehr

hoher Wahrscheinlichkeit (üblicherweise wird eine Schwelle von 95 Prozent angestrebt) nicht zufällig zustande gekommen sind.

Hier ist zu beachten, dass die Schwankungsbreite zwar ein wesentliches Element bei der Bewertung der Ergebnisse ist, sie aber insbesondere bei der Einordnung von sozialwissenschaftlichen Daten in ein Gesamtbild nicht das allein entscheidende Kriterium sein sollte. Die inhaltliche Schlüssigkeit (etwa bei unterschiedlichen Aussagen von Männern und Frauen) sowie der Kontext (etwa hinsichtlich der Entwicklung von Zeitreihen) sollten – mit entsprechender Vorsicht – ebenfalls in die Interpretation einfließen.

Im Folgenden wird aus Gründen der Übersichtlichkeit auf eine durchgängige Darstellung der Schwankungsbreite verzichtet, sie lässt sich bei Bedarf über die in Abbildung 1 bzw. bei den Grafiken angeführten Fallzahlen individuell berechnen.

3.3. Auswertung

Gemäß seiner Zielsetzung sollte der Jugendmonitor ein repräsentatives Bild der Meinungen und Einstellungen der 14- bis 24-Jährigen für Gesamtösterreich liefern. Die Auswertung erfolgte für jede Datenerhebung in Form von Häufigkeits- und Kreuztabellen, wobei die in **Abbildung 1** genannten Kategorien verwendet wurden. Dabei war schon bei der Konzeption klar, dass eine Analyse von einzelnen, speziellen Zielgruppen nur eingeschränkt möglich sein würde, da die Fallzahlen bei einem stärkeren Detailgrad der betrachteten Untergruppen (z.B. nur Frauen aus dem Bundesland Salzburg, die unter 18 Jahre alt sind) zu niedrig werden, um noch sinnvolle und verlässliche Aussagen treffen zu können.

Im Jugendmonitor wurden einzelne Bereiche daher zusammengefasst, so etwa die Auswertung für größere Regionen oder die höchste abgeschlossene formale Schulbildung. Je nach Thema und Fragestellung wurden teilweise noch spezielle Gruppen gebildet, um beispielsweise die Einstellungen von Jugendlichen nach einer aktuellen Berufstätigkeit oder nach bisherigen Erfahrungen in bestimmten Tätigkeiten zu unterscheiden.

4. Thematisches Umfeld 2010 bis 2013

Die Ergebnisse des Jugendmonitors sind im Kontext allgemeiner Entwicklungen und Ereignisse zu sehen. Im Folgenden wird das thematische Umfeld der Jahre 2010 bis 2013 mit Bezug zu den Inhalten des Jugendmonitors kurz skizziert.

Der dominierende Hintergrund für den Jugendmonitor waren in den bisherigen Jahren seines Bestehens die Entwicklungen in der österreichischen, europäischen und internationalen Wirtschaft bzw. die damit verknüpften Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt. Diese Ereignisse, die hier der Einfachheit halber zusammenfassend als „Wirtschaftskrise“ bezeichnet werden sollen, bildeten den Rahmen vor allem für alle Fragestellungen, die sich auf die aktuelle Bewertung und die künftige Entwicklung der heimischen Ökonomie, auf Staatsausgaben bzw. Budget und die persönliche wirtschaftliche Zukunft bezogen haben.

In Sachen Arbeitsmarkt sind die steigenden Arbeitslosenzahlen unter jungen Menschen in Europa bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten, wobei diese Entwicklung in Österreich positiver ausgefallen ist als in anderen Teilen der Europäischen Union (Österreich hatte im Sommer 2013 die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen hinter Deutschland; Eurostat 2013).

Abseits davon herrschte ein für den Jugendmonitor relativ stabiles Umfeld, was auch daran lag, dass seine Themen überwiegend abseits der Tagespolitik angesiedelt waren und stärker auf grundlegende Begriffe und Konzepte gezielt haben. Zudem gab es keine Nationalratswahlen (die Wahl im Herbst 2013 fand erst deutlich nach Abschluss der letzten berücksichtigten Datenerhebung statt), sowie 2011 und 2012 auch keine Landtagswahlen. Die Diskussion um spezielle Jugendthemen, wie etwa die Vereinheitlichung des Jugendschutzes, fiel zwar in den Erhebungszeitraum, sie wurden aber nicht in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den entsprechenden öffentlichen Auseinandersetzungen abgefragt.

Einzige relevante Ausnahme waren die gesetzlichen Veränderungen bei der Familienbeihilfe (z.B. Herabsetzung der Altersobergrenze von 26 auf 24 Jahre) im Herbst 2010. Diese Entscheidung und die begleitenden Debatten schlugen sich in den Ergebnissen nieder. In Datenerhebung 3 (Oktober/November 2010) wurden die Jugendlichen danach gefragt, ob sie erwarteten, durch staatliche Einsparungen im Zuge einer Budgetsanierung persönlich betroffen zu sein. Von den 45 Prozent, die diese Frage bejahten, meinten anschließend 30 Prozent spontan, dass sie die Folgen über die Kürzung der Familienbeihilfe zu spüren bekommen würden (siehe **Abbildung 2**). Das war gleichzeitig auch die häufigste Nennung.

Als die beiden Fragen in der sechsten Datenerhebung (Dezember 2011/Jänner 2012) wiederholt wurden, sagte die Hälfte, sich persönliche Auswirkungen durch budgetäre Kürzungen zu erwarten. Eine geringere Familienbeihilfe assoziierten spontan aber nur mehr sechs Prozent mit dem Thema. Dafür wurden höhere Steuern und Kürzungen der Sozialleistungen erwartet. Dieses Beispiel zeigt, dass trotz einer grundsätzlich relativ konstanten Meinung („ich glaube persönlich von Einsparungen betroffen zu sein“) Erwartungen über konkrete Konsequenzen natürlich von den Schwerpunkten öffentlicher Diskussionen abhängen und geprägt werden.

	Datenerhebung 3 (Oktober/November 2010)	Datenerhebung 6 (Dezember 2011/Jänner 2012)
Glauben Sie/glaubst du, dass Sie/du von Einsparungen durch die Politik persönlich betroffen sein werden/wirst? („ja“)	45	50
Inwiefern?*		
Kürzung der/weniger Familienbeihilfe	30	6
Steuern	19	29
weniger Sozialleistungen	-	22
Bildung	16	6
Werde weniger Geld zur Verfügung haben	9	11

Abbildung 2: Wahrnehmung des Themas „Familienbeihilfe“

Angaben in Prozent, n=800 (Datenerhebung 3) bzw. n=604 (Datenerhebung 6; Frage nur an Personen, die der Meinung waren, Österreich müsse sparen).

*Datenerhebung 6: Wie konkret? (offene Frage, spontane Nennungen, Mehrfachantworten)

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 3/6.

5. Zeitreihen

Neben Schwerpunktthemen hat der Jugendmonitor gezielt Fragen wiederholt, um Zeitreihen zu erstellen. Kern davon war die Frage nach der generellen Zukunftssicht der Jugendlichen, die zu Beginn des Fragebogens platziert wurde, um den Einfluss anderer Themen darauf auszuschließen.

5.1. Allgemeine Entwicklung der Zukunftssicht

Alle elf Datenerhebungen wurden mit der Frage begonnen, wie die Jugendlichen den kommenden Monaten entgegen sehen:

„Bitte denken Sie/denke zu Beginn einmal an die nächsten Monate, sehen Sie/siehst du der Zukunft sehr zuversichtlich, eher zuversichtlich, eher besorgt oder sehr besorgt entgegen?“

Anschließend wurden sie danach gefragt, wie sie die Stimmung im eigenen Freundeskreis und unter Gleichaltrigen einschätzen würden (Datenerhebung 2 bis 11):

„Ganz allgemein, wie würden Sie/würdest du die Zukunftsstimmung in Ihrem/deinem Freundeskreis einschätzen? Sind die Leute in Ihrem/deinem Alter überwiegend...“

Dies diente als Kontrollfrage, um einen etwaigen Unterschied zwischen Eigen- und Fremdsicht zu erfassen. Die These dazu war, dass Befragte beispielsweise die eigene Situation als gut einschätzen könnten, da sie sich von bestimmten Entwicklungen nicht betroffen fühlen oder diese ausblenden. Gleichzeitig könnten sie aber Auswirkungen negativer Trends in ihrem Umfeld wahrnehmen. Ein entsprechendes Phänomen hat sich gerade in den Erhebungsjahren hinsichtlich der Wirtschaftskrise gezeigt (vgl. etwa IMAS 2011), wobei eine Abweichung zwischen der Selbstsicht und der Fremdsicht auf mögliche negative Folgen der

ökonomischen Umstände klar erkennbar war.

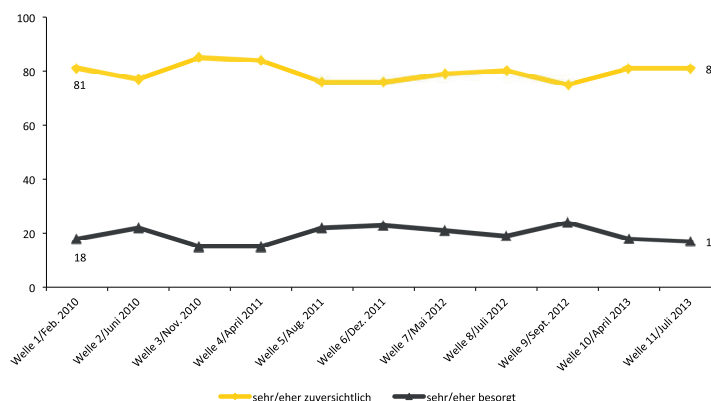
In den elf Datenerhebungen des Jugendmonitors hat sich ein sehr großer Optimismus der Jugendlichen gezeigt, der auch im Zeitverlauf nur geringen Schwankungen unterlag. Rund 80 Prozent der Befragten haben durchwegs angegeben, sehr oder eher zuversichtlich in die Zukunft zu blicken, umgekehrt waren rund 20 Prozent sehr oder eher besorgt (siehe **Abbildung 3**).

Abbildung 3:
Zukunftssicht Jugendlicher in Österreich 2010 bis 2013

„Bitte denken Sie/denke zu Beginn einmal an die nächsten Monate, sehen Sie/siehst du der Zukunft sehr zuversichtlich, eher zuversichtlich, eher besorgt oder sehr besorgt entgegen?“

Angaben in Prozent; jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1-11.



Analysiert man die Frage nach allen vier möglichen Antwortkategorien, so fällt zunächst auf, dass der Anteil der sehr besorgten Jugendlichen zwischen Jahresbeginn 2010 und Sommer 2013 nie über vier Prozent angestiegen ist. Der Großteil der negativ gestimmten Befragten wählte die Antwortmöglichkeit „eher besorgt“, ihr Anteil lag zwischen zwölf Prozent (November 2010) und 21 Prozent (September 2012), wobei die Veränderungen zwischen zwei aufeinanderfolgenden Datenerhebungen jeweils knapp innerhalb bzw. außerhalb der Schwankungsbreite von +/- 3,5 Prozent lagen. Insbesondere ab Ende 2010 hat sich der Anteil vergleichsweise bei rund 18 bis 20 Prozent stabilisiert, zuletzt lag er mit 16 Prozent wieder besser (Juli 2013).

Auf der anderen Seite des Spektrums gab jeder Fünfte bis jeder Dritte im Verlauf der Befragungen an, sehr zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die Extremwerte in dieser Kategorie waren 21 Prozent (Dezember 2011, September 2012) und 32 Prozent (April 2011). Während es hier vergleichsweise etwas größere Veränderungen zwischen den Datenerhebungen gab (die aber mit wenigen Ausnahmen innerhalb der Schwankungsbreiten lagen) blieb die Gruppe der eher Zufriedenen in ihrer Größe sehr stabil. 51 Prozent (August 2011) bis 57 Prozent (April 2013) äußerten sich bei den unterschiedlichen Datenerhebungen entsprechend, die Abweichungen dazwischen lagen überwiegend im Bereich von ein bis zwei Prozentpunkten und sind damit inhaltlich nicht zu interpretieren (siehe **Abbildung 4**).

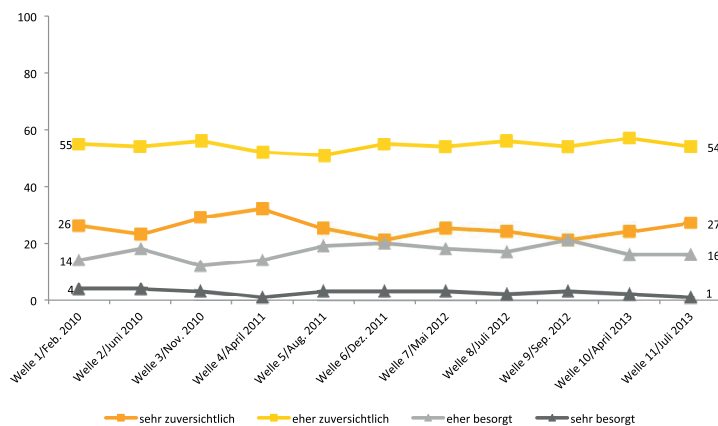


Abbildung 4:
Zukunftssicht Jugendlicher
nach allen Antwortkategorien

„Bitte denken Sie/denke zu Beginn einmal an die nächsten Monate, sehen Sie/siehst du der Zukunft sehr zuversichtlich, eher zuversichtlich, eher besorgt oder sehr besorgt entgegen?“

Angaben in Prozent; jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1-11.

Auffällig ist, dass die an sich hohe Zuversicht zwischen Juni 2010 und April 2011 einen deutlichen Aufschwung genommen hat und umgekehrt der Anteil der Besorgten in ähnlichem Umfang gesunken ist. Danach haben sich die Werte stabilisiert bzw. sind größere Verschiebungen ausgeblieben. Da sowohl das Feldinstitut und die Erhebungsmethode als auch die Frageformulierung in dieser Zeit nicht verändert wurden, dürfte es sich um eine inhaltliche Veränderung im Stimmungsbild der Jugendlichen handeln, die sich mit gesamtgesellschaftlich besseren Werten deckt (so zeigt etwa das GfK Consumer Confidence Barometer für die genannte Zeit eine leicht positivere Tendenz der Erwartungen zur Wirtschaftsentwicklung, ebenso findet sich in entsprechenden Zeitreihen von Spectra ein Meinungsaufschwung; GfK 2013; Spectra 2013).

Die Kontrollfrage zur Zuversicht im Freundeskreis hat eine ähnliche Stabilität und dieselbe Schwankung zwischen 2010 und 2011 ergeben. Auch hier war der überwiegende Teil der Befragten der Meinung, die Stimmung im eigenen Umfeld sei positiv. Insgesamt lag der Wert aber knapp zehn Prozentpunkte unter der persönlichen Zuversicht. Abgesehen von ein paar kleineren Abweichungen lässt sich sagen, dass drei Viertel der Jugendlichen eine positive Stimmung im Bekanntenkreis erkannten. Ein Viertel charakterisierte sie eher als besorgt.

Damit gab es einen messbaren Abstand zwischen der Eigen- und Fremdsicht der Jugendlichen. Während sie für sich von mehr Zuversicht sprachen, bezeichneten sie die Stimmung im persönlichen Umfeld etwas weniger positiv. Dennoch dominierte in beiden Fällen der Optimismus.

Differenziert man die Antworten bezüglich des Freundeskreises wieder entsprechend der vier Kategorien, dann zeigt sich, dass der Unterschied zur eigenen Sichtweise in schwächerer bzw. stärkerer Zustimmung zu den Aussagen „sehr zuversichtlich“ bzw. „eher besorgt“ stammt. Die Jugendlichen waren demnach etwas vorsichtiger, ihrem Freundeskreis einen großen Optimismus zuzusprechen und neigten dazu, ihn eher in der positiven Mittel-

kategorie anzusiedeln. Gleichzeitig blieben die Antwortanteile für sehr besorgt mit einem bis drei Prozent sehr niedrig. Die Abweichungen zwischen der eigenen und der Fremdsicht ergaben sich damit nicht aus einer grundsätzlich anders gelagerten Sichtweise, sondern aus einer anderen Gewichtung zwischen den jeweils positiven bzw. negativen Antwortmöglichkeiten.

Der Anteil jener, die eine eher negative Stimmung wahrgenommen haben, lag zwischen 17 (November 2010, April 2011) und 25 Prozent (Dezember 2011). Ein sehr besorgtes Meinungsklima nahmen hingegen nur maximal drei Prozent wahr, den überwiegenden Teil der Zeit lag er unter diesem Wert.

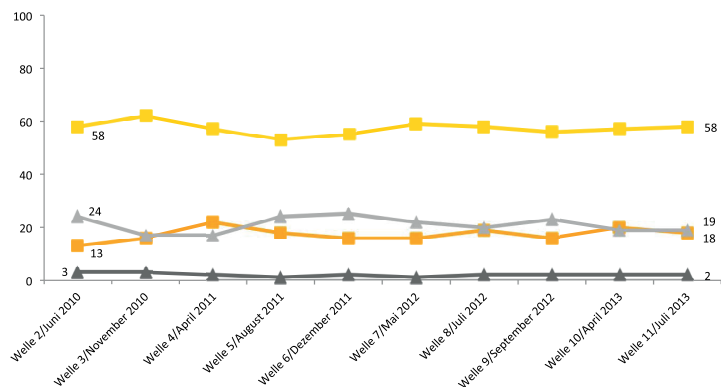
Gut die Hälfte bis knapp 60 Prozent der Befragten gab in allen Datenerhebungen an, eine eher zuversichtliche Zukunftssicht im eigenen Freundeskreis zu erkennen. Erneut waren die Schwankungen hier sehr gering. Die Kategorie „sehr zuversichtlich“ im Freundeskreis erhielt etwas weniger Zustimmung als die Frage nach der eigenen Zuversicht, die Werte lagen zwischen 13 (Juni 2010) und 22 Prozent (April 2011) (siehe **Abbildung 5**).

Abbildung 5:
Zukunftssicht im Freundeskreis

*„Ganz allgemein, wie würden Sie/
würdest du die Zukunftsstimmung
in Ihrem/deinem Freundeskreis
einschätzen? Sind die Leute in
Ihrem/deinem Alter überwiegend...“*

Angaben in Prozent; jeweils n=800. Rest auf
100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 2-11.



5.2. Auswertung nach Untergruppen

Die Daten des Jugendmonitors profitieren durch die relativ große Fallzahl, die eine Analyse von ausgewählten Untergruppen ermöglicht. Insbesondere Kriterien wie Geschlecht und Alter, aber auch die formale Bildung und der Wohnort in der Stadt bzw. am Land sind Variablen, nach denen sich die allgemeinen Ergebnisse differenzieren lassen.

Für die Frage nach der persönlichen Zukunftssicht zeigte diese Unterscheidung in männliche und weibliche Jugendliche nur sehr wenig Abweichungen. Die Werte entwickelten sich überwiegend nahezu parallel und in ähnlichem Umfang, was bedeutet, dass sich junge Frauen in ihrer Zuversicht nicht von jungen Männern in Österreich unterscheiden (siehe **Abbildung 6**).

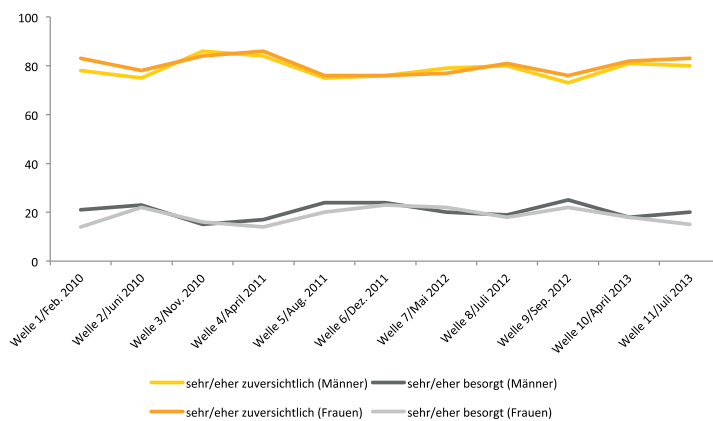


Abbildung 6:
Zukunftssicht nach dem
Geschlecht

„Bitte denken Sie/denke zu Beginn einmal an die nächsten Monate, sehen Sie/siehst du der Zukunft sehr zuversichtlich, eher zuversichtlich, eher besorgt oder sehr besorgt entgegen?“

Angaben in Prozent, jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1-11.

Eine relativ klare Tendenz zeigt sich hingegen, wenn man die 14- bis 24-Jährigen in drei Altersgruppen zu 14 bis 17, 18 bis 21 und 22 bis 24 Jahren einteilt. Starteten alle drei Gruppen bei relativ ähnlichen Werten Anfang 2010, so entwickelten sie sich im Zeitverlauf auseinander, wobei sich die älteste Gruppe etwas negativer äußerte. Oder umgekehrt ausgedrückt, die Zuversicht war bei den 14- bis 17-Jährigen mit zuletzt 85 Prozent (Datenerhebung 11) noch höher als im Durchschnitt (siehe **Abbildung 7**). Diese Abweichungen ändern am Gesamtbild einer überwiegend positiv gestimmten Jugend nichts, sie zeigen aber, dass Jugendliche in unterschiedlichen Lebensabschnitten die eigene Zukunft unterschiedlich einschätzen. Dies ist insofern nicht überraschend, da der Unterschied zwischen einem/einer 14-jährigen Schüler/in und einer 23-jährigen bereits berufstätigen Person großen Einfluss auf das gesamte Lebensumfeld hat.

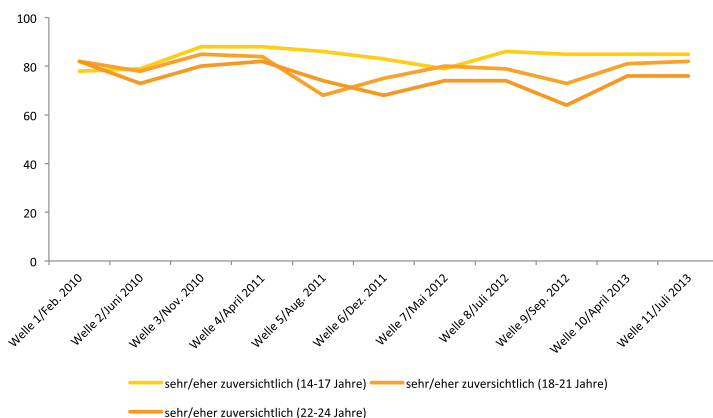


Abbildung 7:
Zukunftssicht nach
Altersgruppen

„Bitte denken Sie/denke zu Beginn einmal an die nächsten Monate, sehen Sie/siehst du der Zukunft sehr zuversichtlich, eher zuversichtlich, eher besorgt oder sehr besorgt entgegen?“

„sehr/eher zuversichtlich“; Angaben in Prozent, jeweils n=800. Rest auf 100=sehr/eher besorgt, keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1-11.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Jugendliche in großen Städten etwas pessimistischer waren als ihre Altersgenossen am Land oder in kleineren Gemeinden. Während beispielsweise Befragte, die in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern

lebten, zu 82 Prozent angaben, sehr oder eher zuversichtlich in die Zukunft zu schauen, waren dies bei Jugendlichen aus Städten über 50.000 Einwohnern vergleichsweise niedrigere 77 Prozent (Juli 2013). Der Anteil der pessimistischen Befragten stieg hier punktuell auch auf über 30 Prozent und lag zuletzt bei 21 Prozent, die sich allerdings nur eher besorgt äußerten.

Obwohl im Zusammenhang mit der formalen Bildung auch Unterschiede in der Zukunftssicht auffallen, so lassen sich hier keine klaren Trends erkennen, etwa dass eine formal niedrigere Bildung eindeutig zu einem größeren Pessimismus führe. Sichtbar wird, dass der Optimismus unter Personen mit Matura oder Hochschulabschluss (letztere machen nur einen sehr geringen Teil der Stichprobe aus und sind mit den Maturant/innen in eine Gruppe zusammengefasst) vergleichsweise hoch war, er aber von jenen Befragten ohne Abschluss noch übertroffen wurde. Dieses Verhältnis ergab sich auch durch die bereits erwähnte Verteilung nach dem Alter, da es klare Überschneidungen zwischen jungen Befragten und Befragten ohne Bildungsabschluss gab.

Relativ am skeptischsten sahen Absolvent/innen von Berufs-, Fach- und Mittelschulen ohne abgeschlossene Matura den nächsten Monaten entgegen. Bei dieser Auswertung ist aber zu beachten, dass die Gruppen der Personen ohne Abschluss und jener mit Mittelschulabschluss ohne Matura mit jeweils weniger als 80 Befragten vergleichsweise klein waren.

Die Einschätzungen den Freundeskreis betreffend folgten dem genannten Muster: Nach dem Geschlecht gab es vergleichsweise wenig Schwankungen, nach dem Alter war erneut die Gruppe der 22- bis 24-Jährigen etwas stärker der Meinung, in ihrem Umfeld herrsche eher Besorgnis. Auch nach dem Wohnort gegliedert wiederholte sich das Bild, dass die Sorge in größeren Städten höher ausfiel als am Land. In beiden Fällen gab jedoch die klare Mehrheit jeweils an, im Freundeskreis überwiegend Zuversicht zu erkennen. Der Abstand zwischen den beiden Gruppen betrug zuletzt elf bzw. zehn Prozentpunkte. Nach formaler Bildung betrachtet verliefen die Kurven ebenso parallel zur Beschreibung der eigenen Zuversicht, inklusive dem erwähnten etwas geringeren Grad an Zuversicht.

Die Kreuzung der beiden Fragen nach der Zuversicht zeigt, dass die eigene Stimmung die Beurteilung generell beeinflusst: Der Großteil der Jugendlichen, die die eigene Zukunft mit Zuversicht sahen, sahen die Stimmung im Freundeskreis ähnlich, ebenso wie jene Besorgten, die ihre Sorgen auch in ihrem Umfeld wahrgenommen haben. Die einzige sichtbare Abstufung war, dass Jugendliche sich selbst noch positiver wahrgenommen haben und öfter von „sehr zuversichtlich“ sprachen als von nur „eher zuversichtlich“ – sie waren im Urteil über ihr Umfeld etwas zurückhaltender.

5.3. Entwicklung ausgewählter Themen

Neben dem Punkt der Zuversicht wurden einzelne Fragen im Verlauf des Jugendmonitors wiederholt, unter anderem waren dies die Themen Wirtschaftskrise, Einstellungen zur Wirtschaft generell sowie die Entwicklung von allgemeinen Gesellschaftsbe-
reichen.

5.3.1. Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise

In den Datenerhebungen 1 bis 3 (Februar bis November 2010) sowie sechs (Dezember 2011) wurde im Jugendmonitor die Betroffenheit durch die ereignisbezogen unterschiedlich präsente Wirtschaftskrise abgefragt.

Im Verlauf der ersten drei Datenerhebungen meinten 21 bis 24 Prozent der Befragten, dass sie selbst von der Wirtschaftskrise betroffen seien (siehe **Abbildung 8**). Für die nähere Zukunft erwarteten zwischen 32 und 36 Prozent negative Auswirkungen für sich selbst. Somit kann von leichten Schwankungen, aber nicht von substantziellen Meinungsänderungen oder einem Umschwung der Haltung der Jugendlichen in diesem Zeitraum gesprochen werden.

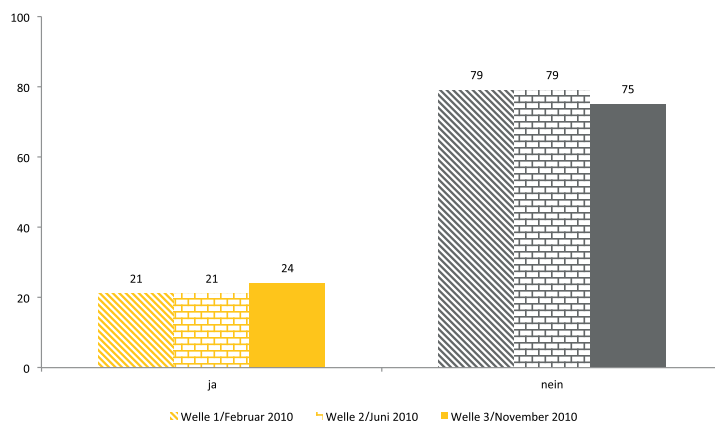


Abbildung 8: Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise

„Im letzten Jahr und auch heute noch gab bzw. gibt es ja eine weltweite Wirtschaftskrise. Welche Rolle spielt das für Sie/dich als junger Mensch, sind Sie/bist du davon selber bisher betroffen?“

Angaben in Prozent; jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1/2/3.

In Datenerhebung 2 und 3 wurde die Frage nach der Betroffenheit auf das persönliche Umfeld ausgedehnt und gefragt, ob die Jugendlichen Personen in ihrem Alter kennen, die von der Krise betroffen seien. Mitte 2010 bejahten dies 36 Prozent, im Herbst 2010 waren es 41 Prozent. Auch dieser Anstieg ist vergleichsweise gering. Allerdings zeigt sich erneut das bereits angesprochene Phänomen der Differenzierung von Eigen- und Fremdsicht. Während „nur“ knapp ein Viertel der Jugendlichen eine persönliche Betroffenheit bei sich ausmachten, so erkannten sie solche Konsequenzen doch deutlich öfter in ihrem Umfeld.

Ein Jahr später war eine klare Änderung festzustellen: Im Dezember 2011 hatte der Anteil der Jugendlichen, die sich selbst von der Krise betroffen fühlten, auf 37 Prozent zugenommen, was

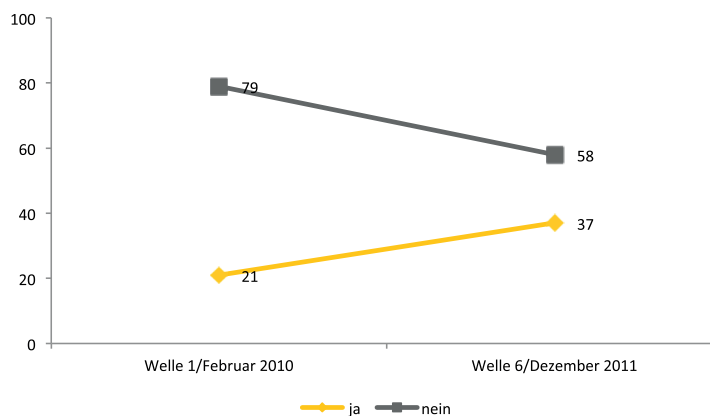
Abbildung 9: Gefühle persönliche Betroffenheit

Datenerhebung 1: „Im letzten Jahr und auch heute noch gab bzw. gibt es ja eine weltweite Wirtschaftskrise. Welche Rolle spielt das für Sie/dich als junger Mensch, sind Sie/bist du davon selber bisher betroffen?“

Datenerhebung 6: „Momentan wird viel über die europäische und weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen gesprochen. Welche Rolle spielt das für Sie/dich als junger Mensch, fühlen Sie sich/fühlst du dich selbst von dieser Krise betroffen?“

Angaben in Prozent; jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1/6.



Unabhängig davon bewerteten die Befragten in der Erhebung Ende 2011 die finanzielle Situation Österreichs positiver als jene in der EU: 85 Prozent meinten, dass Österreich besser dastehe als der Durchschnitt der Europäischen Union. Die Bewertung der generellen ökonomischen Situation in Österreich blieb zwischen Dezember 2011 und Juli 2012 praktisch gleich, jeweils rund 70 Prozent hielten den wirtschaftlichen Ist-Stand für sehr oder eher gut.

5.3.2. Der Begriff Wirtschaft

Große Konstanz zeigte sich bei der allgemeinen Einstellung der Jugendlichen gegenüber dem Begriff Wirtschaft. Dieses Thema war insofern interessant, da es durch die Krisen laufend im Mittelpunkt öffentlicher Debatten stand, wobei durchaus alternative Konzepte diskutiert und das System an sich kritisiert wurden.

Diese Auseinandersetzungen zeigten praktisch keinen Einfluss auf die Meinungen junger Menschen in Österreich. In den Datenerhebungen 1, 3 und 7 stimmten jeweils über 80 Prozent der Aussage zu, dass eine erfolgreiche Wirtschaft die Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand sei (siehe **Abbildung 10**). Auf die Frage, ob die Politik zu viel für die Wirtschaft und zu wenig für die Jugend tue, antworteten 2010 und 2012 jeweils 62 Prozent mit ja. 2011 gab es hier einen Ausreißer, der Zustimmungswert stieg hierbei auf 75 Prozent an. Dies war allerdings die einzige Schwankung in dieser Fragenbatterie zu Wirtschaft und Arbeit.

Unverändert blieben die Werte zwischen Datenerhebung 1 und Datenerhebung 7 hinsichtlich der Meinung der Jugendlichen, dass

sie sich ein Leben ohne geregelte Arbeit nicht vorstellen könnten. Dem stimmten jeweils knapp 80 Prozent zu. Konstant aber gespalten blieben die Antworten zur Aussage, dass Erwerbsarbeit ein lästiges Übel sei: Dem stimmten im Verlauf des Jugendmonitors jeweils rund die Hälfte der Befragten zu, die Hälfte lehnte die Aussage ab.

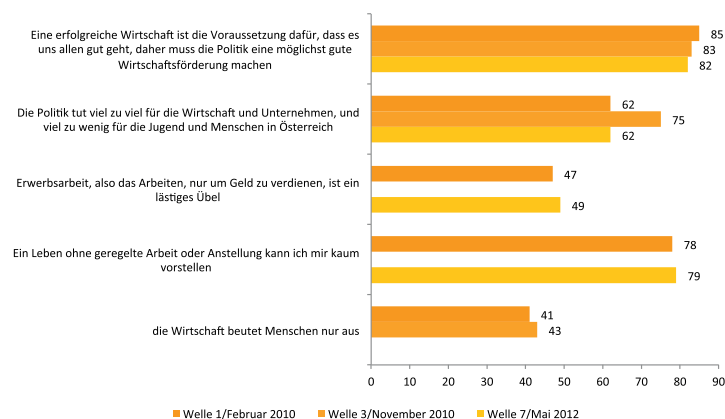


Abbildung 10:
Aussagen zur Wirtschaft

„Jetzt ein paar Aussagen zur Wirtschaft, sagen Sie/sage mir bitte jeweils, ob Sie/du eher zustimmen/zustimmst oder eher nicht zustimmen/zustimmst.“

Angaben in Prozent, jeweils n=800. Rest auf 100=stimme eher nicht zu, keine Angabe und Rundungsfehler. Fehlende Balken=nicht abgefragt.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1/3/7.

5.3.3. Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche

Abseits der Wirtschaft hat sich zwischen 2010 und 2011 nur wenig an den Erwartungen der Jugendlichen hinsichtlich der Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche geändert (siehe **Abbildung 11**). Allenfalls war sogar eine leicht positive Tendenz zu erkennen. Sichtbar wurde hingegen ab 2012 die sich fortsetzende Wirtschaftskrise im Euroraum: Meinten Ende 2011 noch knapp 50 Prozent, dass die wirtschaftliche Lage in Europa sehr oder eher gut sei, so reduzierte sich dieser Wert auf rund 40 Prozent im Sommer 2012. Dies ist auf die so genannte Eurokrise zurückzuführen und deckt sich mit Ergebnissen des Eurobarometers in diesem Zeitraum (Europäische Kommission 2013).

		viel besser/ besser	gleich gut	viel schlechter/ schlechter
Schule und Bildung	Juni 2010	39	34	25
	Dezember 2011	40	38	20
Gesundheit	Juni 2010	38	37	25
	Dezember 2011	38	35	26
Einkommen der Leute	Juni 2010	13	33	52
	Dezember 2011	25	33	39
Arbeitsplätze	Juni 2010	17	25	55
	Dezember 2011	21	32	45
Pensionen	Juni 2010	7	18	72
	Dezember 2011	14	22	61
Sozialleistungen	Juni 2010	19	28	51
	Dezember 2011	17	35	47

Abbildung 11:
Entwicklungen in der
Gesellschaft

„Ich lese Ihnen/dir jetzt einige Gesellschaftsbereiche vor. Sagen Sie/sag mir bitte, ob da aus Ihrer/deiner Sicht die Situation in zehn Jahren (..) sein wird als jetzt?“

Angaben in Prozent, jeweils n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 2/6.

6. Themenschwerpunkte

Im Folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse des Jugendmonitors zu den jeweiligen Schwerpunkten Wirtschaft, Arbeit und (Aus)Bildung, Familie, Pensionen und Bevölkerungsentwicklung sowie politische Mitbestimmung vorgestellt.

Jeweils im Anschluss sind einzelne ausgewählte Vergleichsdaten aus anderen Studien zum behandelten Bereich kurz dargestellt, ein Gastkommentar von Expert/innen ergänzt den Abschnitt um einige, aus deren Sicht aktuell relevante, Aspekte.

6.1. Wirtschaft

Themen mit Wirtschaftsbezug wurden über die gesamte Laufzeit des Jugendmonitors immer wieder abgefragt, die folgenden Ergebnisse basieren hauptsächlich auf den Datenerhebungen 1, 2, 3, 6, 7 und 8 (Februar/Juni/November 2010, Dezember 2011, Mai/Juli 2012).

6.1.1. Gesammelte Ergebnisse

Ein Schwerpunkt des Jugendmonitors war in mehreren Datenerhebungen die Wirtschaft, wobei jeweils unterschiedliche Aspekte sowie die generelle Einstellung zum Gesellschaftsbereich Wirtschaft beleuchtet wurden. Die Antworten ergaben ein durchaus ambivalentes Bild, das nicht eindeutig im Sinne einer klar positiven oder negativen Grundstimmung zu interpretieren ist.

Zunächst stimmten in insgesamt drei Datenerhebungen jeweils gut 80 bis 85 Prozent der Jugendlichen der Aussage zu, dass eine erfolgreiche Wirtschaft die Voraussetzung für allgemeinen Wohlstand sei und daher eine besonders gute Wirtschaftsförderung seitens der Politik notwendig sei. Hier gab es praktisch keine soziodemographischen Unterschiede in der Beantwortung (siehe auch 5.3.2).

Unabhängig von dieser hohen Zustimmung fanden kritische Aussagen zur Wirtschaft durchaus Unterstützung unter den Befragten: So bejahten zwischen 2010 und Frühjahr 2012 jeweils über 60 Prozent die These, dass die Politik zu viel für die Wirtschaft und zu wenig für die Jugend und die Menschen in Österreich tue, besonders Jugendliche mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss bestätigten die Aussage, dasselbe galt für Frauen. In Datenerhebung 3 gab es mit einer Zustimmung von drei Viertel hier sogar einen noch stärkeren Ausreißer, der sich allerdings in Datenerhebung 7 nicht mehr wiederholte und damit einmalig blieb. 40 Prozent waren der Meinung, die Wirtschaft beute die Menschen nur aus, wobei die Zustimmung unter Männern und Personen über 22 Jahren etwas höher ausgefallen ist.

Der Begriff Wirtschaft an sich ist für junge Menschen in Österreich aber durchaus positiv besetzt. Gefragt nach passenden

Beschreibungen und Eigenschaften von Wirtschaft meinten jeweils rund 90 Prozent, dass sie wichtig für die Zukunft sei, dass sie Arbeitsplätze schaffe und generell große Bedeutung für die Gesellschaft habe (siehe **Abbildung 12**).

Drei Viertel meinten demgegenüber, dass die Aussage, die Wirtschaft sei nur am Gewinn interessiert, sehr oder eher zu ihrem Bild des Begriffs passen würde. Etwas über die Hälfte sagte Ähnliches über die Aussage, dass sie die Umwelt schädige, 47 Prozent meinen, sie beute Arbeitnehmer nur aus.

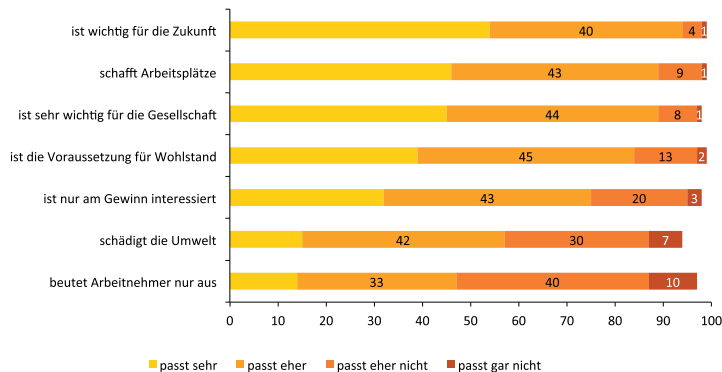


Abbildung 12: Aussagen zur Wirtschaft

„In den Medien und der Öffentlichkeit wird immer wieder über die Wirtschaft gesprochen. Was assoziieren Sie/assoziiert du eigentlich mit Wirtschaft? Ich lese Ihnen/dir ein paar Eigenschaften und Aussagen vor, bitten sagen Sie/sag mir, ob diese sehr, eher, eher nicht oder gar nicht zu Ihrer/deiner Vorstellung von Wirtschaft passen.“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 8.

Eindeutige Trends nach bestimmten Untergruppen lassen sich bei diesen Assoziationen nicht ausmachen. Am ehesten kann man argumentieren, dass ältere Befragte der Wirtschaft etwas kritischer gegenüberstanden, dies war aber ebenfalls nur teilweise der Fall.

Die Jugendlichen er- und anerkennen die Bedeutung der Wirtschaft und ihre zentrale Rolle in der Gesellschaft, stehen ihr aber nicht unkritisch gegenüber. Besonders bei der Beurteilung des politischen Engagements wurde ein Überhang für die Wirtschaft und zulasten der Jugend gesehen. Das lässt sich freilich auch als Kritik am Verhalten der politischen Akteure interpretieren und nicht in erster Linie als Vorwurf an die (ebenfalls stark vereinfachend so bezeichnete) Wirtschaft.

Sparzwänge und Budgetsituation in Österreich

Ein zweites großes Thema in diesem Zusammenhang war die Frage der Staatsfinanzen Österreichs und die Budgetsituation. Dieser Bereich ist ebenfalls durch die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa stärker in den Mittelpunkt gerückt, vor allem durch die prekären Situationen etwa in südeuropäischen Ländern wie Griechenland.

Ende 2010 meinte die Hälfte der befragten Jugendlichen bei diesem Komplex, dass Österreich seine Staatsfinanzen in Ordnung bringen müsste. Sie erwarteten aber nicht, dass dafür harte Einschnitte notwendig sein dürften. Die restlichen Antworten

verteilt sich zu gleichen Teilen auf die Meinungen, dass entweder Österreich finanziell sehr gut dastehe, oder aber dass eine Sanierung des Budgets notwendig und ohne harte Einschnitte nicht machbar sei. Sucht man hier nach Unterschieden in den Subgruppen, so waren es tendenziell die älteren Befragten, die eher härtere Einschnitte erwarteten, was sich in das bestehende Bild einer größeren Besorgnis bei dieser Gruppe fügte. Eine formal höhere Bildung führte zu einer kritischeren Beurteilung der heimischen Budgetsituation.

Die Jugendlichen wurden nicht nur nach ihrer Einschätzung der Lage gefragt, sondern auch auf mögliche Gründe angesprochen, warum in Österreich ein Sparbedarf herrsche (diese Frage wurde nur Jugendlichen gestellt, die zuvor einen solchen Bedarf angegeben hatten). Klar an erster Stelle stand hier die Meinung, dass in der Verwaltung zu viel Geld verschwendet werde. Rund die Hälfte stimmte dieser Möglichkeit sehr, weitere knapp 40 Prozent eher zu. Dahinter folgte als zweitwichtigster Grund die Aussage, dass Österreich seine Schulden zurückzahlen müsse und daher zum Sparen gezwungen sei. Hier stimmten 38 Prozent sehr, 48 Prozent eher zu. Die zu dem Zeitpunkt noch aktuelle Wirtschaftskrise folgte erst an dritter Stelle mit einer Zustimmung von gesamt 74 Prozent (27 Prozent „stimme sehr zu“, 47 Prozent „stimme eher zu“).

Während die drei genannten Gründe für Einsparungen mit Abstufungen alle eine klare Mehrheit der Jugendlichen hinter sich vereinen konnten, so lehnten rund 60 Prozent das Argument ab, dass Einsparungen wegen generell zu hohen Ausgaben im Sozialbereich notwendig seien. Nur 14 Prozent sahen dies als sehr zutreffend an, ein weiteres Viertel konnte der Aussage eher zustimmen.

Die Gründe für Einsparungen führten die Jugendlichen in erster Linie auf die Verwaltung und die generelle Staatsverschuldung zurück. Unterschiede im Antwortverhalten gab es an mehreren Stellen, wobei keine eindeutigen Tendenzen aufgefallen sind. Eine Ausnahme war die Differenzierung nach dem Alter (siehe **Abbildung 13**). Dieser Variablen folgend waren Jugendliche über 22 Jahre noch deutlich stärker der Meinung, dass in der Verwaltung zu viel Geld verschwendet werde, während Jugendliche unter 18 Jahren zu knapp der Hälfte auch zu hohe Sozialleistungen als Problem ausgemacht haben. An der Reihung der Begründungen hat sich dadurch aber nichts geändert.

	14-17	18-21	22-24	gar nicht wichtig
Österreich muss die Schulden zurückzahlen, die in der Vergangenheit gemacht wurden	87	86	86	1
Österreich muss wegen der Wirtschaftskrise sparen	75	74	72	0
Österreich muss sparen, weil in der Verwaltung zu viel Geld verschwendet wird	83	90	95	1
Österreich muss sparen, da es grundsätzlich viel zu viel Geld für Sozialleistungen ausgibt	46	37	32	2

Abbildung 13:
Aussagen zum
österreichischen Budget nach
Altersgruppen

„stimme sehr/eher zu“; Rest auf 100=stimme weniger/gar nicht zu, keine Angabe und Rundungsfehler. Angaben in Prozent; n=800.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 3.

Grundsätzlich meinten vier von fünf Jugendlichen, dass die Staatsverschuldung abgebaut werden müsste, da sie eine Belastung der Jugend und künftiger Generationen darstelle. Gleichzeitig traute eine Mehrheit der Politik zu diesem Zeitpunkt zu, diese Herausforderungen zu bewältigen. Ein Drittel war zumindest skeptisch, zehn Prozent konnten keine Angaben machen. Jüngere Befragte und Frauen zeigten ein höheres Vertrauen. Die Befragten, die an der Lösungskompetenz zweifelten, begründeten dies vor allem mit möglicher Uneinigkeit und Streitereien zwischen den politischen Akteur/innen und Parteien.

Grundsätzlich waren die Jugendlichen in ihrem Bild des Staates in Sachen Verschuldung gespalten: Rund 50 Prozent sprachen sich dafür aus, dass der Staat alle seine Beteiligungen zum Abbau von Schulden verkaufen solle. Rund 40 Prozent waren demgegenüber der Meinung, dass ein Staat grundsätzlich andere Aufgaben habe wie ein Unternehmen und eine Verschuldung daher in Ordnung sei.

Steuern und Einsparungen

Gefragt nach einer möglichen Strategie zur Sanierung der Staatsfinanzen meinte eine Mehrheit von 55 Prozent, dass Einsparungen den Vorrang vor neuen Steuern haben sollten. Dies befürworteten sie auch für den Fall, dass dadurch öffentliche Förderungen und staatliche Leistungen spürbar gekürzt werden würden. Rund 30 Prozent vertraten hingegen die Ansicht, dass im Umgang mit dem Budget neue Steuern der bessere Zugang wären, selbst wenn dadurch der/die Einzelne mehr an den Staat zahlen müsste. Befragte über 22 Jahre waren deutlich stärker für diese Variante zu gewinnen, sie sprachen sich zu knapp 40 Prozent dafür aus.

Eine etwas andere Fragestellung, die als Vergleich herangezogen werden kann, zeigte ein ähnliches Bild: 55 Prozent der Jugendlichen meinten auf die Frage nach der Notwendigkeit neuer Steuern, dass diese in keinem Fall notwendig wären, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. 38 Prozent sagten, dass eine Sanierung ausschließlich über Einsparungen unrealistisch sei.

Die Einsparpotentiale, die von den Jugendlichen ausgemacht wurden, deckten sich mit den vermuteten Ursachen für sanierungsbedürftige Staatsfinanzen: 17 bzw. 16 Prozent meinten spontan, dass vor allem bei Politikergehältern und in der Verwaltung gespart werden könnte und sollte. Alle weiteren Nennungen lagen klar dahinter, erwähnt wurden noch Beamtengehälter (sieben Prozent), das Bundesheer, die Asylpolitik und Sozialleistungen (jeweils sechs Prozent). Jeder fünfte Befragte konnte allerdings keine Angaben machen.

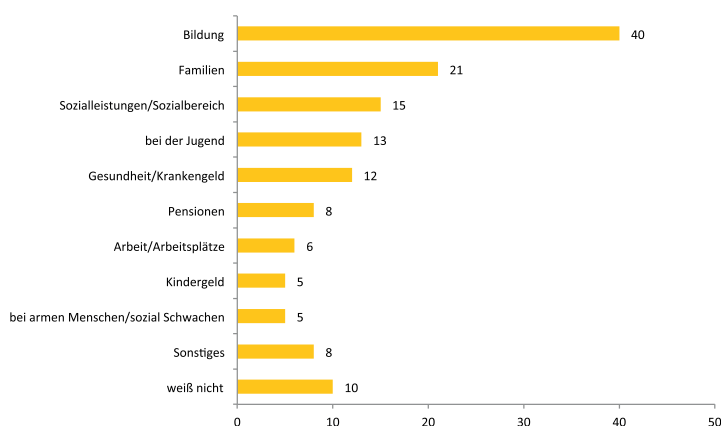
Auch die umgekehrte Frage wurde im Jugendmonitor gestellt, nämlich jene nach den Bereichen, die in jedem Fall von Einsparungen ausgenommen sein sollten (siehe **Abbildung 14**). Hier war das Ergebnis eindeutig, auf die offene Frage antworteten 40 Prozent mit Bildung, 21 Prozent mit Familien und 15 Prozent mit Sozialleistungen. Jugend und der Gesundheitsbereich wurden von 13 bzw. zwölf Prozent genannt. Nur zehn Prozent der Jugendlichen verzichteten auf eine Antwort auf diese offene Frage.

Abbildung 14: Von Einsparungen geschützte Bereiche

„Und wo sollte er (der Staat, Anm.) auf keinen Fall sparen?“

Angaben in Prozent; n=800; offene Frage, Mehrfachantworten.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 3.



Zur Ergänzung der spontanen Angaben wurden die Jugendlichen gebeten, aus einer Liste mit Ausgaben des Staates jene auszuwählen, bei denen eine Kürzung am sinnvollsten wäre. An erster Stelle wurden hier Unternehmen genannt (31 Prozent), gefolgt von Kultur und Sport (20 bzw. 13 Prozent). Familie, Bildung und Gesundheit wurden entsprechend der vorher erwähnten Frage kaum genannt. Wiederum war das Alter ein Faktor, der leicht abweichende Ergebnisse produzierte: Jüngere Befragte waren etwas stärker bereit, bei Kultur zu sparen, ältere hingegen noch stärker für Kürzungen bei Unternehmen.

Auf einer persönlichen Ebene erwarteten jeweils gut 40 Prozent der befragten Jugendlichen, von den Einsparungen betroffen bzw. nicht betroffen zu sein, die Meinung war gespalten. Unter 18-Jährige gaben zu über 50 Prozent an, keine persönlichen Konsequenzen zu erwarten, über 22-Jährige rechneten demgegenüber zu 53 Prozent mit genau solchen Auswirkungen. Dieses Antwortmuster spiegelte sich – entsprechend dem Alter – in der formalen Bildung wider.

Relativ am meisten Befragte erwarteten eine Kürzung der Familienbeihilfe, was aber im Kontext mit damals aktuellen politischen Entwicklungen zu sehen ist (siehe auch 4). Steuern und der Bildungsbereich waren weitere Themen, bei denen die Jugendlichen mit negativen Folgen rechneten.

Für den hypothetischen Fall, dass neue Steuern unumgänglich sein würden, war im Herbst 2010 aus Sicht der Jugendlichen am ehesten eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer eine mögliche Variante. 32 Prozent sprachen sich dafür aus, 20 Prozent waren für eine Bankensteuer. Dahinter folgten eine Vermögenszuwachssteuer (16 Prozent), eine Wiedereinführung der Erbschaftsteuer (sechs Prozent) sowie eine Erhöhung der Mineralölsteuer oder der Einkommenssteuer (jeweils fünf Prozent). Trotz der Frage nach möglichen Steuern meinten sechs Prozent, solche Maßnahmen grundsätzlich abzulehnen. Die Vermögenssteuer war dabei bei älteren Befragten populärer, jüngere Personen sprachen sich stärker für eine Bankensteuer aus.

Ebenfalls behandelt wurde eine mögliche Ökologisierung des Steuersystems, eine Maßnahme, die (auch) Ende 2010 aktuell diskutiert wurde. Konkret ging es um die Frage, ob ein staatliches Eingreifen etwa in Form von Förderungen aus Sicht der Jugendlichen sinnvoll sei, um erneuerbarer Energie zum Durchbruch zu verhelfen. Wiederum meinten 55 Prozent, dass dies ein durchaus gangbarer und guter Weg sei, 38 Prozent hielten dieses Vorgehen aber für falsch. Für sie sollten sich Wind- und Solarenergie direkt am freien Markt durchsetzen. Männer waren deutlich stärker dafür, bei diesem Thema nicht einzugreifen, jüngere Personen hingegen waren etwas mehr für eine Förderung zu gewinnen.

Die möglichen Mehreinnahmen aus einer solchen Ökologisierung des Steuersystems teilten die Jugendlichen auf unterschiedliche Bereiche auf: 28 Prozent wollten das Geld vor allem in den Klimaschutz und mehr Energieeffizienz investieren, 23 Prozent in den Schuldenabbau des Staates und 15 Prozent in eine Entlastung des Faktors Arbeit. Eine knappe Mehrheit von 30 Prozent war dafür, das Geld gleichmäßig in allen drei genannten Bereichen einzusetzen.

Wirtschaftliche Lage in Österreich und der EU und die Betroffenheit durch die Krise

Ende 2011 widmete sich die sechste Datenerhebung des Jugendmonitors erneut dem Thema Wirtschaft. Zu diesem Zeitpunkt schätzten sieben von zehn Befragten die wirtschaftliche Lage in Österreich sehr oder eher gut ein (siehe **Abbildung 15**). Im Vergleich dazu fällten nur knapp 50 Prozent ein ähnliches Urteil über die Situation in der EU. Als Tendenz führte wieder ein höheres Alter der Personen zu einer skeptischeren Sichtweise. Den direkten Vergleich EU-Österreich konnte aus Sicht von 85 Prozent der Jugendlichen Österreich für sich entscheiden, ein Wert, der gegenüber 2010 um rund zehn Prozentpunkte gestiegen war.

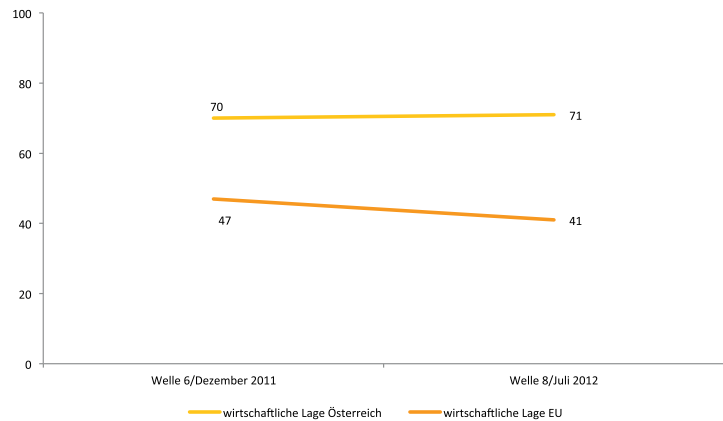
Abbildung 15: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Österreich und der EU

„Wie schätzen Sie/schätzt du die wirtschaftliche Lage in Europa ein? Ist die Lage...“

„Und wie sieht es mit der wirtschaftlichen Lage in Österreich aus? Ist diese...“

„sehr/eher gut“; Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=sehr/eher schlecht, keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 6/8.



Praktisch keine Veränderungen hatten sich in der Beurteilung der Staatsfinanzen ergeben. Wie bereits Ende 2010 meinte rund die Hälfte der Befragten, dass Österreich seine Staatsfinanzen in Ordnung bringen müsse, das aber ohne harte Einschnitte möglich sei. 20 bis 25 Prozent gaben an, dass die Budgetsanierung ohne harte Einschnitte nicht möglich sein dürfte bzw. dass eine solche Sanierung überhaupt nicht nötig sei.

Bei vier der fünf abgefragten Gründe für Sparzwänge gab es keinerlei Veränderung gegenüber 2010, die Mehrheit sagte erneut, dass vor allem Verschwendung in der Verwaltung eine Hauptursache für finanzielle Probleme sei (rund 90 Prozent „stimme sehr/eher zu“). Dahinter folgten die Schulden der Vergangenheit, die ebenfalls als wichtiger Grund genannt wurden. Deutlich zugenommen hatte in dieser Phase der Anteil jener, die die wirtschaftliche Lage für notwendige Einsparungen verantwortlich gemacht haben. In Datenerhebung 3 stimmten drei Viertel dieser Aussage sehr oder eher zu, in Datenerhebung 6 waren es 88 Prozent. Hier reflektierte der Jugendmonitor die aktuelle Entwicklung innerhalb der EU, die etwa durch die Probleme Griechenlands und anderer Staaten sichtbar geworden war.

Die veränderte Gesamtlage schlug sich in der erwarteten persönlichen Betroffenheit nieder, Ende 2011 erwarteten geringfügig mehr Jugendliche für sich selbst Einschnitte durch staatliche Einsparungen, vor allem in Form von neuen Steuern. Die Ende 2010 akute Debatte um Kürzungen der Familienbeihilfe spielte hingegen praktisch keine Rolle mehr. Weniger Sozialleistungen und eine generelle Teuerung des Lebens bei gleichzeitiger Stagnation der Löhne waren weitere Befürchtungen.

Unverändert war die Mehrheit der Meinung, dass Einsparungen den Vorrang vor neuen oder erhöhten Steuern haben sollten, für letztere Variante stimmte nur rund ein Drittel, wobei es kaum Unterschiede nach Untergruppen gab. Tendenziell standen Personen mit formal höherer Bildung einer Sanierung über neue oder zusätzliche Steuern etwas positiver gegenüber.

Klar gestiegen ist im Zeitverlauf die gefühlte Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise. Zwar meinte 2011 eine Mehrheit von

58 Prozent nach wie vor, selbst keine Folgen zu spüren, aber 37 Prozent erkannten solche Auswirkungen im eigenen Leben. Das war eine Zunahme von 16 Prozentpunkten, der Anteil jener, die keine Folgen wahrgenommen hatten, war sogar um 21 Prozentpunkte zurückgegangen. Frauen und ältere Befragte empfanden eine persönliche Betroffenheit stärker, ebenso nahm dieses Gefühl mit höherer formaler Bildung zu (siehe **Abbildung 7**).

Als konkrete Auswirkungen nannten die Jugendlichen Probleme bei der Suche nach Arbeitsplätzen (31 Prozent, spontane Angaben), eine generelle Teuerung (23 Prozent), weniger Lohn (17 Prozent) und eine grundsätzlich unsichere Zukunft (11 Prozent).

Noch stärker als die Einschätzung persönlicher Auswirkungen hatte sich gegenüber 2010 die Aussicht auf die weitere Zukunft in diesem konkreten Bereich verschlechtert. 53 Prozent gaben an, für sich selbst negative Folgen der Finanzkrise zu erwarten, eine Zunahme von 21 Prozentpunkten. Damit hatte sich auch die Mehrheit gedreht, Anfang 2010 waren noch 62 Prozent der Meinung gewesen, dass die Krise keine persönlichen Folgen haben werde (siehe **Abbildung 16**).

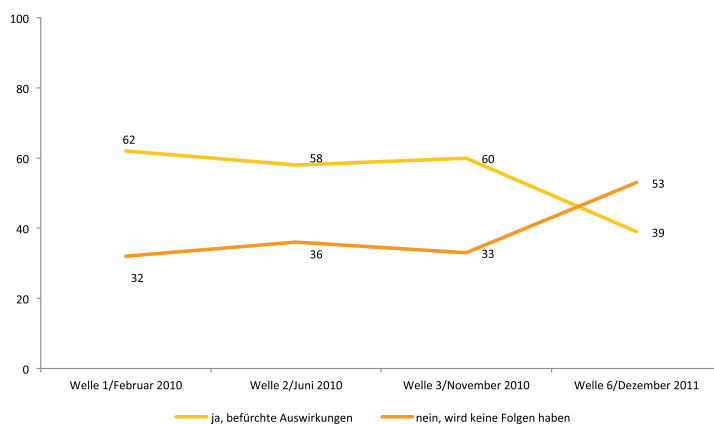


Abbildung 16:
Wirtschaftlicher Ausblick im
Gefolge der Finanzkrise

„Und wie sieht es in der näheren Zukunft aus, befürchten Sie/ befürchtest du da Auswirkungen auf sich/dich selbst, oder wird die Krise für Sie/dich persönlich keine Folgen haben?“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 1/2/3/6.

Im europäischen Kontext waren zu dieser Zeit Länder wie Griechenland oder Italien gleichsam ein Symbol für negative Folgen von zu hohen Staatsschulden geworden. Der Jugendmonitor fragte daher die Jugendlichen, ob sie eine ähnliche Entwicklung für Österreich erwarten würden. 57 Prozent verneinten diese Frage, aber immerhin 38 Prozent meinten, dass Österreich auch bedroht sei. Wiederum waren es Frauen und Befragte über 22 Jahre, die eine solche negative Entwicklung eher befürchteten.

Im Frühjahr 2012 wurden allgemeine Aussagen zur Wirtschaft wiederholt, wobei sich große Konstanz zeigte. Erneut meinten vier von fünf Befragten, dass eine erfolgreiche Wirtschaft die Voraussetzung für allgemeinen Wohlstand sei. Rund 80 Prozent sagten, dass für sie ein Leben ohne geregelte Arbeit nur schwer vorstellbar sei, während knapp 50 Prozent auch meinten, dass reine Erwerbsarbeit (sprich Arbeit ausschließlich zum Geldverdienen) ein lästiges Übel sei.

Einmal noch wurden die Jugendlichen in der achten Datenerhebung im Juli 2012 zu ihrer Einschätzung der Wirtschaftslage befragt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Beurteilung von der gesamteuropäischen Situation nochmals leicht verschlechtert, 57 Prozent meinten, die Lage sei hier eher oder sehr schlecht. Der Pessimismus war insbesondere bei älteren Befragten und Personen mit formal höherer Bildung zu finden.

Demgegenüber beurteilten die Jugendlichen die Wirtschaftslage in Österreich konstant positiv, rund 70 Prozent sahen sie sehr oder eher gut – wobei die Unterschiede in den Untergruppen vor allem beim Alter und einer noch positiveren Beurteilung Österreichs durch jüngere Befragte auffiel.

Wirtschaftlicher Ausblick und Rolle der EU

Für die kommenden Jahre erwartete rund die Hälfte der Befragten, dass sich die (positiv wahrgenommene) Wirtschaftslage nicht dramatisch verändern werde, ein weiteres Viertel rechnete mit Verbesserungen. Gut 20 Prozent befürchteten demgegenüber eine schlechtere Entwicklung, wiederum waren es ältere Jugendliche, die diese Ansicht etwas überdurchschnittlich teilten.

Europa und die Europäische Union spielten dabei für eine Mehrheit eine positive Rolle, wobei nur sechs Prozent meinten, dass sich die EU-Mitgliedschaft sehr positiv auf Österreichs Wirtschaft auswirke. Rund 50 Prozent sahen einen eher positiven Effekt, knapp 40 Prozent bezeichneten sie in dieser Hinsicht als eher oder sehr negativ, ältere Personen waren kritischer.

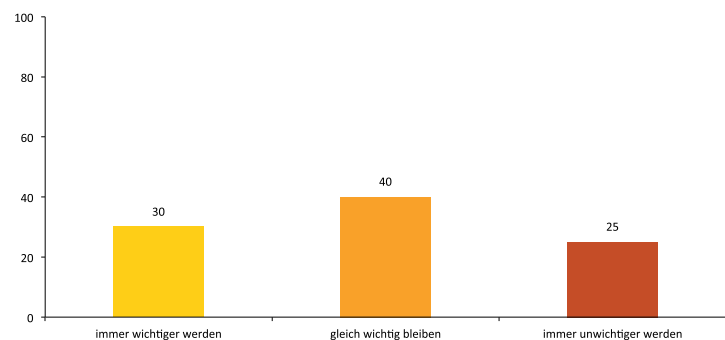
70 Prozent waren zudem der Meinung, dass die EU ihre bisherige Bedeutung in den nächsten zehn Jahren beibehalten oder sogar noch ausbauen werde, nur ein Viertel meinte, sie werde immer unwichtiger werden, wobei es hier praktisch keine Unterschiede nach dem Alter gab (siehe **Abbildung 17**). 60 Prozent gaben in diesem Kontext Mitte 2012 zudem an, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben werde, 30 Prozent meinten, er werde wohl abgeschafft sein. Männer waren leicht optimistischer.

Abbildung 17:
Rolle der Europäischen Union
für Österreich

*„Und in Zukunft, wird die EU in
den nächsten zehn Jahren für
Österreich...“*

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine
Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 8.



Interessant bei den Fragen nach der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und auch der Erwartung von Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das persönliche Leben ist, dass sie teilweise der allgemeinen Zuversicht widersprechen. Während die befragten Jugendlichen konstant zu über drei Viertel angaben, den kommenden Monaten mit Zuversicht entgegenzusehen, sagte gleichzeitig ein relativ großer (und teils überlappender) Teil, dass man wegen den Entwicklungen zumindest verunsichert sei.

Hier herrscht offenbar ein Bruch in der Einschätzung der eigenen Zukunft vor, in dem Sinn, dass man zwar Sorgen äußert, diese aber offenbar zu abstrakt sind, als dass sie konkret die eigene Zuversicht trüben könnten. Gleichzeitig lässt sich zeigen, dass ein Zusammenhang beispielsweise zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Österreich und der persönlichen Erwartungen für die Zukunft besteht: Personen, die sich selbst als besorgt bezeichneten, sahen auch die Situation in Österreich überwiegend negativ.

6.1.2. Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien

Es gibt unterschiedliche Studien, die ähnliche Themen wie der Jugendmonitor für die Gesamtbevölkerung und auch eine junge Zielgruppe erhoben haben. Ein direkter Vergleich mit diesen Daten ist aufgrund unterschiedlicher Frageformulierungen, Methoden, Erhebungszeiträumen etc. nur eingeschränkt möglich, die im Folgenden vorgestellten Daten verstehen sich daher als Tendenzen hinsichtlich grundsätzlicher Parallelen oder Abweichungen.

Die Jugend-Wertestudie 2011 sieht einen allgemein ähnlich hohen Optimismus unter Jugendlichen hinsichtlich ihrer aktuellen Situation und ihrer Zukunftssicht. Der überwiegende Teil der 14- bis 29-Jährigen äußert sich zuversichtlich oder zumindest geteilt – einmal positiv, einmal negativ –, nur eine sehr kleine Gruppe zeigt sich durchgehend pessimistisch. Skeptischer waren die Befragten, was die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt angeht (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 26ff).

Im konkreten Bereich Wirtschaft sind die Jugendlichen laut Jugendmonitor positiver eingestellt als die Gesamtgesellschaft. Zum Jahreswechsel 2012/2013 meinten 43 Prozent der Bevölkerung, dass sie der Zukunft mit Zuversicht entgegenblicken (IMAS 2012). 22 Prozent bezeichneten sich selbst als besorgt, ein Viertel war zumindest skeptisch. Die in dieser Studie vorgenommene Aufgliederung nach dem Alter zeigte einen größeren Optimismus unter jungen Menschen.

Der Vergleich der wirtschaftlichen Situation in Österreich und der EU fällt in der Bevölkerung ähnlich zum Jugendmonitor aus, wobei wiederum jüngere Menschen die heimische Lage etwas positiver einschätzen: 2012 meinten zwei Drittel der Österreicher/innen, die nationale ökonomische Lage sei eher gut, während das

nur ein Viertel über die EU sagte. 31 Prozent beurteilten die Situation hierzulande als eher oder sehr schlecht, EU-weit äußerten sich 71 Prozent derartig (Europäische Kommission 2013).

Hinsichtlich der Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung können für den Zeitraum von 2010 bis 2013 zusätzlich beispielsweise das Consumer Confidence Barometer von GfK oder das Wirtschaftsbarometer von Spectra herangezogen werden. Besonders 2008 und 2009, also in den beiden Jahren vor dem Start des Jugendmonitors, stieg in beiden Studien der Anteil der Personen an, die meinten, mit der Wirtschaft werde es in der nächsten Zeit eher abwärts gehen. Gegen Ende von 2009 und bis 2011 verbesserten sich die Werte wieder, was sich mit einem Aufschwung in der (ohnehin hohen) Zuversicht der Jugendlichen deckte. Anschließend kam es wieder zu einem leichten Absinken der positiven Werte (GfK 2013; Spectra 2013).

Nur sehr eingeschränkt vergleichbar sind die von Jugendlichen gesehenen Gründe für Budgeteinsparungen in Österreich mit einer Befragung zu Gefahren für den wirtschaftlichen Wohlstand im Land. In beiden Fällen landeten jedoch die Verschwendung von Steuermitteln, die Verschuldung des Staates und die Wirtschaftskrise auf den vordersten Plätzen, womit eine gewisse Parallelität in Fragen der wesentlichen Einflüsse für die Entwicklung des Staatshaushaltes gegeben war (IMAS 2012b).

6.1.3. Kommentar: Jugend und Wirtschaft (Gottfried Haber)

Welches wirtschaftliche Umfeld erwartet Jugendliche in den nächsten Jahren und Jahrzehnten? Welche Branchen und Berufe sind zukunftssträftig, wo wird es keine Jobs auf Jahre hinweg geben? Wie immer die Antworten von uns Ökonomen auf diese Fragen lauten mögen – Jugendliche sollten sich davor hüten, allzu detaillierte Prognosen für bare Münze und als Basis für die eigene Lebensplanung zu wichtig zu nehmen.

Grund dafür ist, dass unsere Wirtschaft derzeit von einem bestimmenden und auch in Zukunft – leider – stabilen Faktor geprägt wird: Dem Faktor „Unsicherheit“, der größer denn je ist. Die Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise der letzten Jahre beruht nämlich letztlich auf der Erkenntnis der Finanzmärkte und damit von uns allen als Marktteilnehmer/innen, dass Gesellschaft und damit auch Wirtschaft von stetigem, manchmal aber auch abruptem, Wandel bestimmt sind.

Einige große „Mega-Trends“ lassen sich aber gerade deshalb in diesem Zusammenhang auch heute schon erkennen:

- Da die Bedürfnisse der Menschen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bestimmen, führen Innovationen bei Produkten und Dienstleistungen zu sich ständig verändernden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Daher sind Flexibilität und Originalität in der Wirtschaft gefragt wie nie.

- Das Wirtschaftsleben wird laufend schneller und kurzlebiger.
- Bestimmte Konsumgüter, aber auch Energie und Mobilität werden für Menschen immer ein Thema sein – egal, wie es der Wirtschaft momentan geht. In diesen Branchen wird es langfristiges Wachstum geben. Da Umweltaspekte und Nachhaltigkeit immer wichtiger werden, wird das besonders im Bereich alternativer und innovativer Produkte der Fall sein.
- Sogar in Jahren der Krise werden wir in Österreich von Jahr zu Jahr wohlhabender. Gesundheit, Wellness, Freizeit und Lebensqualität nehmen daher einen immer höheren Stellenwert in der Wirtschaft ein. Das betrifft auch die Bereiche Biotechnologie und pharmazeutische Produkte, genauso wie Pflege und Betreuung älterer Menschen.
- Die Verschuldung von Staaten, aber auch im Privatbereich, wird zunehmend zu einem großen Problem. Es wird in Zukunft sicher schwerer werden, an Kredite zu kommen und sich Dinge schon in einer früheren Phase des Lebens leisten zu können. „Zuerst (teilweise) ansparen, dann erst kaufen“ wird in Zukunft wieder zum Standardmodell werden – nicht aggressives Schuldenmachen.
- Leider wissen wir nur zu gut, dass das Pensionssystem sich nicht selbst finanziert und dass die Bevölkerungsentwicklung diese Probleme noch weiter verstärkt. Immer weniger Junge müssen die Pensionen immer mehr Älterer bezahlen. Weil das langfristig so natürlich nicht funktionieren kann, wird es gerade für junge Menschen besonders wichtig sein, auch selbst in die eigene Vorsorge zu investieren und Sparen wieder wichtiger zu nehmen.
- Angst davor, dass es unsere Währung, den Euro, bald nicht mehr geben wird, müssen wir hingegen nicht haben: auch wenn oft von einer Euro-Krise die Rede ist – die tatsächlichen Ursachen der Krise liegen eher in den hohen Staatsausgaben und vor allem im schuldenfinanzierten Pensionssystem fast aller Staaten weltweit. Unsere Währung wird also nicht das große Problem der Zukunft sein, sondern Bestand haben.
- Erwartungen der Menschen werden den tatsächlichen Verlauf der Wirtschaftsleistung stärker als bisher mitbestimmen. In einer globalisierten Welt verstärken sich solche Erwartungen von selbst und schaffen Tatsachen.

Müssen sich also vor allem junge Menschen vor der (wirtschaftlichen) Zukunft fürchten? Nein, denn die Vorstellung, „dass früher immer alles besser war“, ist sicher falsch. Wirtschaft war in der Geschichte immer von Unsicherheiten und Krisen bestimmt, denn erst dadurch kommt es nach der Meinung vieler Ökonomen zu Fortschritt und Innovation.

Und das ist es auch was Jugendliche ihrerseits zur Wirtschaft der Zukunft beitragen: Kreativität und Innovation, neue Gedanken und das Beschreiten bisher unbekannter, mutiger Wege. Für jeden Einzelnen heißt es daher, letztlich den einen Schluss aus den aus

heutiger Sicht erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzuleiten: Wer sich selbst in seinem Leben verwirklichen kann und nie aufhört sich weiterzuentwickeln und weiterzubilden, der hat auch in der Wirtschaft die besten Chancen. Nicht die Älteren sollten den Jüngeren sagen, wie sie auf das vermeintliche Wirtschaftsumfeld der Zukunft reagieren sollen – die Jungen müssen die wirtschaftliche Zukunft durch ihre Lebenswelten, Bedürfnisse (=Nachfrage), aber auch durch ihr Know-how in der Produktion und Dienstleistung (=Angebot) selbst gestalten! Wer Angebot und Nachfrage bestimmt, bestimmt letztlich das zukünftige Wirtschaftsumfeld. Und das sind die Jungen!

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber leitet den Forschungsbereich Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik sowie das Zentrum für Management im Gesundheitswesen an der Donau-Universität Krems und ist Mitglied des Generalrates der Österreichischen Nationalbank.

6.2. Ausbildung und Beruf

Fragen zu Ausbildung und einer (künftigen) Berufstätigkeit wurden in den Datenerhebungen 1, 2, 5, 7, 8 und 10 gestellt, sowie hinsichtlich des freiwilligen Engagements in Datenerhebung 11 (Februar/Juni 2010, August 2011, Mai/Juli 2012 und April 2013).

6.2.1. Gesammelte Ergebnisse

Ausbildung und der Einstieg ins Berufsleben sind zwei elementare Bestandteile des Lebens junger Menschen. Die Schule ist eine zentrale Institution im Umfeld von Jugendlichen, in der sie viel Zeit verbringen. Spätestens mit dem Abschluss der Schulpflicht gewinnt die Frage nach einer künftigen Orientierung in Sachen Job an Bedeutung.

Rund zwei Drittel Prozent der Jugendlichen hatten nach eigenen Angaben schon eine recht klare Vorstellung davon, in welchem Bereich sie einmal arbeiten möchten (siehe **Abbildung 18**). Diese Vorstellung konkretisierte sich mit steigendem Alter, aber auch bei den 14- bis 17-Jährigen waren es 60 Prozent, die ein genaues Ziel verfolgten. Knapp 40 Prozent sagten hingegen, dass sie es auf sich zukommen lassen würden.

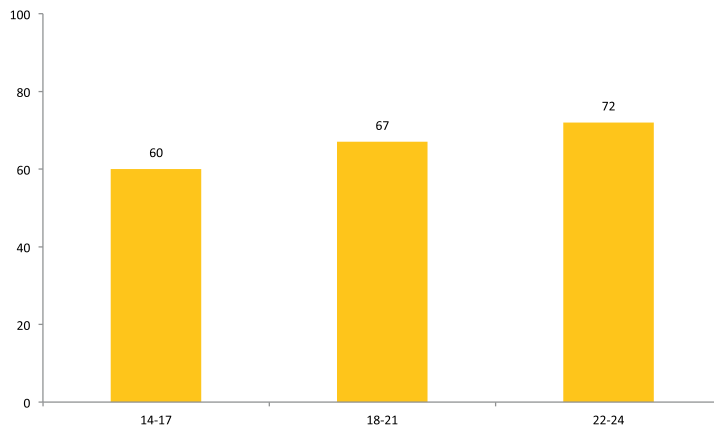


Abbildung 18:
Vorstellungen über die eigene berufliche Zukunft

„Sprechen wir noch etwas über das Thema Arbeit und Beruf. Ganz allgemein, haben Sie/hast du klare Vorstellungen, in welchem Bereich und als was Sie/du auch später einmal für längere Zeit arbeiten wollen/willst, oder lassen Sie/lässt du es eher auf sich/dich zukommen?“

„habe klare Vorstellungen“; Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=lasse es eher auf mich zukommen, keine Angabe und Rundungsfehler

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 8.

Das bedeutet nicht, dass für diese Mehrheit bereits alles entschieden ist – im Verlauf der weiteren Ausbildung bzw. des weiteren Lebens kann und wird es vermutlich bei vielen zu Meinungsänderungen und Umlorientierungen kommen. Dennoch zeigen die Daten, dass sich die Jugendlichen überwiegend nicht treiben lassen, sondern selbst Pläne für ihre Zukunft machen.

Grundsätzlich war unter den Befragten eine geregelte Arbeit ein essentieller Teil des Lebens, sowie Erwerbsarbeit auch eine erfüllende Tätigkeit. Vier von fünf Befragten stimmten der Aussage zu, dass sie sich ein Leben ohne eine solche Tätigkeit nicht vorstellen könnten. Unter Frauen und älteren Befragten war der Wert leicht höher, praktisch keine Unterschiede gab es nach der formalen Bildung. 90 Prozent meinten auch, dass der Beruf im eigenen Leben sehr oder eher wichtig sei, ähnlich viele stimmten der Aussage zu, dass eine geregelte Arbeit dem Leben über das reine Geldverdienen hinaus einen Sinn gebe.

Eigenschaften des idealen Jobs und die Bereitschaft zur Mobilität

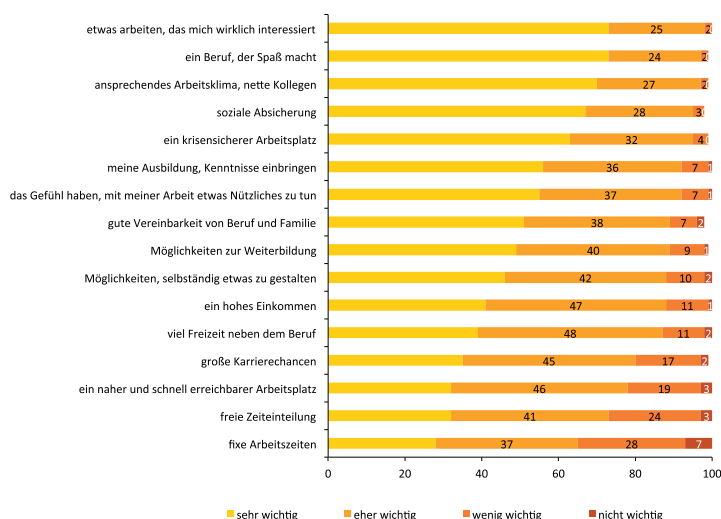
Jugendliche erhoffen sich von einem idealen Job vor allem ein angenehmes Arbeitsklima und nette Kollegen, eine Tätigkeit, die sie interessiert und die im besten Fall auch Spaß macht. Sie soll soziale Absicherung bieten und krisensicher sein, sowie das Gefühl vermitteln, etwas Nützliches zu tun. All diese Punkte wurden von über 90 Prozent der Befragten als sehr oder eher wichtig eingestuft. Zum Vergleich, fixe oder flexible Arbeitszeiten waren nur für 56 bzw. 67 Prozent der Jugendlichen sehr oder eher wichtig, beide Eigenschaften landeten Anfang 2010 sowie bei der Wiederholung der Frage im Sommer 2012 am Ende einer entsprechenden Liste (siehe **Abbildung 19**). Die Wichtigkeit von Eigenschaften wie Arbeitsklima und Spaß an der Tätigkeit waren Befunde, die sich in ähnlicher Weise unter anderem in der Jugend-Wertestudie 2011 finden (s.u.; Institut für Jugendkulturforschung 2012, 93ff).

Abbildung 19: Eigenschaften eines idealen Jobs

**„Welche Eigenschaften hat für Sie/
dich der ideale Job?“**

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine
Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 8.



Andere wichtige Attribute eines Jobs sind eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Möglichkeiten zur Weiterbildung und zur selbständigen Arbeit und die Verwertung der eigenen Kenntnisse. Ein hohes Einkommen wurde zwar ebenfalls von knapp 90 Prozent als sehr oder eher wichtig eingestuft, im Vergleich lag der Schwerpunkt aber auf anderen Eigenschaften.

Auch wenn das Gesamtbild hier eine große Einhelligkeit zeigte, so lassen sich im Detail doch ein paar kleinere Unterschiede finden: Für Männer war demnach das Einkommen etwas wichtiger als für Frauen, sie setzten auch stärker auf Karrierechancen. Frauen war demgegenüber das Gefühl wichtiger, mit der Arbeit etwas Nützliches zu leisten sowie die Chance auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu haben. Diese Möglichkeit war älteren Personen ebenfalls wichtiger, was mit der individuellen Lebensplanung zusammenhängen dürfte. Diese erwarteten sich zudem eher eine freie Zeiteinteilung, während jüngere fixe Arbeitszeiten bevorzugten.

Die Mobilitätsbereitschaft, also der Wille oder Wunsch, seinen Lebensmittelpunkt auch nach der Arbeit auszurichten, war bei den Befragten nur bedingt vorhanden. Wenn sie die Wahl hätten, dann würde die Hälfte der Befragten gerne am jetzigen Wohnort arbeiten, Frauen und ältere Befragte zeigten noch weniger Bereitschaft zur Mobilität. Weitere 28 Prozent gaben an, dass sie zwar am gleichen Ort bleiben möchten, aber sich nur geringe Chancen darauf ausrechnen würden. Nur knapp ein Viertel meinte demgegenüber explizit, in jedem Fall woanders arbeiten zu wollen.

Unabhängig von den tatsächlichen Arbeitsmöglichkeiten sagten sogar zwei Drittel, dass sie am liebsten in ihrem Heimatort arbeiten würden. Elf Prozent würden gerne in ein anderes Bundesland gehen, 19 Prozent würden bevorzugt im Ausland tätig werden. Die Mobilitätsbereitschaft war in allen Untergruppen ähnlich gering, Personen mit Lehr- oder Pflichtschulabschluss waren tendenziell noch eher bereit, in einer anderen Gegend zu arbeiten.

Für die Möglichkeit, im gewohnten Umfeld zu bleiben, nahmen die Jugendlichen zumindest theoretisch auch das Pendeln in Kauf. 35 Prozent meinten, zumindest eine halbe Stunde täglichen Pendelns wäre für sie in Ordnung, knapp 50 Prozent waren bereit, eine ganze Stunde in eine Richtung unterwegs zu sein. Dieses Ergebnis ist allerdings als Abfrage einer fiktiven Situation nur mit Einschränkung als tatsächliche Bereitschaft zu längeren Fahrten zu interpretieren.

Allgemeine Arbeitsmarktsituation und die Anforderungen beim Berufseinstieg

Trotz persönlicher Zuversicht erwarteten sich die Jugendlichen Mitte 2010 und 2011, dass sich das Angebot an Arbeitsplätzen in den kommenden zehn Jahren sehr oder eher verschlechtern werde (55 bzw. 45 Prozent). Im Zeitverlauf hat sich diese Einschätzung etwas gebessert, Frauen und ältere Befragte waren wiederum negativer eingestellt. In der Gesamtbevölkerung haben in den Jahren 2010 bis 2013 ebenfalls eher Skepsis und Vorsicht bei der Beurteilung der Arbeitsmarktsituation vorgeherrscht (Spectra 2013).

An die subjektive Einschätzung der Jugendlichen anschließend wurde in der zweiten und achten Datenerhebung des Jugendmonitors gefragt, welche Eigenschaften und Fähigkeiten für den Berufseinstieg besonders wichtig seien (siehe **Abbildung 20**). An der Spitze der Nennungen standen hier jeweils Team- und Kommunikationsfähigkeit (je 96 Prozent), eine abgeschlossene Ausbildung (95 Prozent) und die Fähigkeit, unter Stress zu arbeiten (94 Prozent).

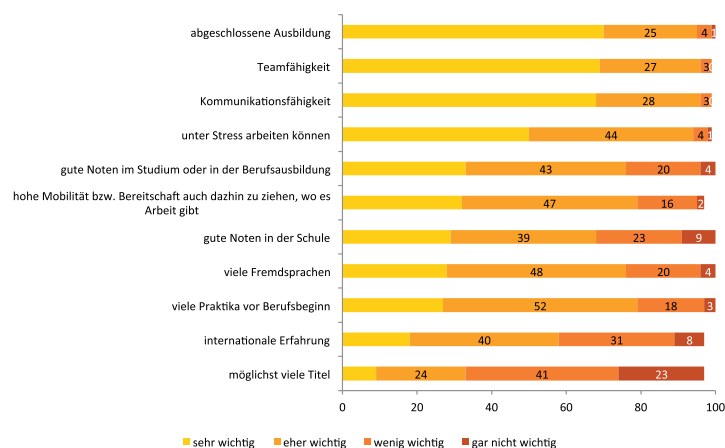


Abbildung 20:
Wichtige Fähigkeiten zum
Berufseinstieg

„Man sagt, dass die Anforderungen an junge Menschen am Arbeitsmarkt immer größer werden. Was glauben Sie/ glaubst du, wie wichtig sind die folgenden Eigenschaften, wenn es um den Berufseinstieg geht?“

Angaben in Prozent; n=800.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 8.

Die weiteren Eigenschaften erhielten ebenfalls hohe Zustimmungswerte, lagen aber hinter den genannten Punkten: Wichtig wurden demnach ebenfalls eine hohe Mobilität eingeschätzt (79 Prozent – was allerdings nichts über die eigene individuelle Mobilitätsbereitschaft aussagt), gute Fremdsprachenkenntnisse (76 Prozent), die Absolvierung vieler Praktika vor Berufsbeginn (79 Prozent) und gute Noten in der Berufsausbildung bzw. im Studium

(78 Prozent). Am Ende dieser Liste fanden sich internationale Erfahrung (58 Prozent) und möglichst viele Titel, die nur eine Minderheit von 33 Prozent für wichtig hielt. Auffällig ist, dass Frauen generell bei fast allen genannten Punkten stärker zustimmten, sie diese also für wichtiger erachteten – bzw. die Ansprüche für den Berufseinstieg als höher und fordernder ansahen.

Nach dem Alter – und damit bis zu einem gewissen Grad nach bereits vorhandener Berufserfahrung – wurden vor allem Praktika und eine abgeschlossene Ausbildung etwas wichtiger bewertet. Jüngere Befragte hielten demgegenüber gute Noten in der Schule für wichtiger.

Den Jugendlichen war bewusst, dass sich die Arbeitsbedingungen in Zukunft voraussichtlich ändern werden, nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels. 17 Prozent nannten beispielsweise spontan eine Ausweitung des Arbeitsalters als eine Folge einer zunehmenden Zahl älterer Menschen. Rund die Hälfte stimmte der Aussage sehr oder eher zu, dass es dadurch auch immer mehr Arbeitsplätze für junge Menschen geben werde, gleichzeitig waren 58 Prozent der Meinung, dass es der Wirtschaft künftig an qualifizierten Arbeitskräften mangeln werde. Eine Folge daraus ist der Bedarf an mehr Zuwanderung entsprechender Fachkräfte, was rund 60 Prozent als wahrscheinlich erachteten.

Jüngere Befragte sahen alle diese Szenarien als realistischer an, sie stimmten den genannten Aussagen jeweils stärker zu. Einen Generationenkonflikt um Arbeitsplätze sahen nur wenige Befragte, gut 70 Prozent waren der Meinung, dass ältere Arbeitnehmer/innen aufgrund ihrer Erfahrung wichtige Mitarbeiter/innen seien. 91 Prozent stimmten der Aussage sehr bzw. eher zu, dass die Jugend von dieser Erfahrung profitieren könnte.

Ausbildungs- und Berufserfahrungen Jugendlicher

Abseits der allgemeinen Erwartungen beschäftigte sich der Jugendmonitor mit den konkreten Erfahrungen der Jugendlichen. Rund die Hälfte der Befragten gab an, bereits berufstätig zu sein, von diesen arbeiteten zwei Drittel zwischen 30 und 40 Stunden pro Woche – naturgemäß waren die Werte vor allem bei den über 18-Jährigen höher (die Höhe des Anteils hängt auch damit zusammen, dass in Österreich die Lehre als Beruf gezählt wird; Lassnigg 2011, 136).

Eine relative Mehrheit von 32 Prozent sagte, dass sie weniger als einen Monat nach einem Job suchen musste, 28 Prozent brauchten bis zu drei Monate. 15 Prozent haben bis zu einem halben Jahr gesucht, weiteren 17 Prozent war die Arbeit direkt angeboten worden. Personen mit formal niedrigerer Bildung waren etwas länger mit der Jobsuche beschäftigt, wobei aufgrund der geringen Fallzahl in den Untergruppen Aussagen nur mit Vorsicht getroffen werden können (da diese Frage nur bereits berufstätigen Jugendlichen gestellt wurde lag die Gesamtfallzahl bei 429).

Der überwiegende Teil der Befragten – 68 Prozent – sagte,

dass sie den aktuellen Job durchaus länger machen könnten, während 31 Prozent ihn als Übergangslösung betrachteten. Jugendliche unter 18 Jahren konnten sich eher vorstellen, in dem Beruf weiter tätig zu bleiben, vor allem Personen mit Matura sahen für sich hingegen nur ein Kurzzeitengagement. Dies ist ein Hinweis auf einen bei diesen Befragten noch andauernden oder zumindest weiter geplanten längeren Bildungsweg.

Knapp 50 Prozent der bereits berufstätigen Jugendlichen meinten, dass es für sie in Zukunft eher leicht sein dürfte, einen anderen Arbeitsplatz in Österreich zu finden. Dieser Anteil entsprach auch in etwa der Meinung von Jugendlichen, die noch nicht berufstätig waren. Umgekehrt machten sich aber rund 45 Prozent Sorgen und erwarteten für sich persönlich eine eher oder sehr schwierige Jobsuche, wobei es kaum Unterschiede nach Untergruppen gab. Nur bei den nicht berufstätigen Jugendlichen waren Männer und jüngere Befragte etwas optimistischer.

Erschwernisse für die Jobsuche sahen die Befragten in erster Linie in einem Mangel an Arbeitsplätzen in Österreich (27 Prozent), zunehmender Konkurrenz (18 Prozent) und höheren Ansprüchen bzw. einer gefühlten schlechten Ausbildung (12 Prozent). Allerdings waren drei Viertel der Meinung, dass sie in ihrem Bildungsweg gut auf das Berufsleben vorbereitet worden seien, Männer und jüngere Personen bejahten diese Frage wiederum stärker.

Keinen Unterschied gab es nach der aktuellen Berufstätigkeit, d.h. auch Jugendliche, die bereits berufstätig waren hatten in gleichem Ausmaß das Gefühl, gut vorbereitet worden zu sein, wie Jugendliche, denen die praktischen Erfahrungen noch fehlten. Einzig Maturant/innen bemängelten etwas stärker die Ausbildung. Damit deckt sich, dass die meiste Kritik in Richtung fehlender Praxis und Berufsbezogenheit ging.

Einschätzungen zur Lehre und Selbständigkeit als Berufswahl

Die Lehre als Ausbildung hat bei den Jugendlichen in Österreich ein gutes Image. Rund die Hälfte von ihnen meinte im Frühjahr 2012, dass man zumindest gleich gute Berufschancen damit habe als mit anderen Ausbildungen, rund 20 Prozent bezeichneten die Chancen sogar als besser (siehe **Abbildung 21**). Knapp 30 Prozent sahen durch die Lehre hingegen Nachteile. Dieses Ergebnis schwankte nur wenig zwischen den Kriterien Geschlecht, Alter oder formale Bildung – sowohl Jugendliche mit als auch Jugendliche ohne Lehre beurteilten die Chancen durch diesen Weg der Ausbildung ähnlich.

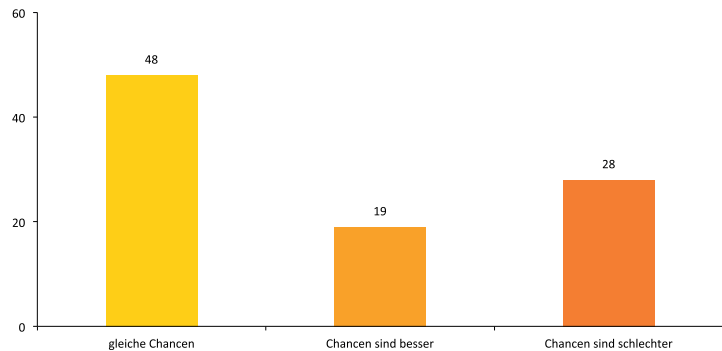
56 Prozent stimmten der Aussage zu, dass man mit einer guten Lehrausbildung mindestens die gleichen Chancen habe wie mit Matura, 42 Prozent meinten hingegen, dass man es ohne Matura viel schwerer habe. Ältere Befragte beurteilten hier die Lehre noch etwas positiver, Maturant/innen waren hingegen mehr von der Matura überzeugt.

Abbildung 21:
Image der Lehre in Österreich

„Glauben Sie/glaubst du, dass man mit einem Lehrabschluss beruflich die gleichen Chancen in Österreich hat als mit einer anderen Ausbildung, oder sind die beruflichen Chancen besser bzw. schlechter?“

Angaben in Prozent; n=800; Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 7.



Hauptargument jener, die bei einer Lehre schlechtere Chancen vermuteten, war, dass eine Matura bessere Möglichkeiten biete bzw. die Lehrausbildung zu wenig qualifiziere und man mit höherer formaler Bildung auch mehr verdienen würde. Demgegenüber meinte die größere Gruppe derjenigen, die die Lehre positiv einschätzten, dass Lehrabschlüsse gefragter seien und die Berufspraxis positiv sei.

Wenn sich Jugendliche zwischen einer unselbständigen Arbeit und einer unternehmerischen Tätigkeit entscheiden müssten, dann würde die klare Mehrheit die Möglichkeit wählen, angestellt zu arbeiten. Drei Viertel zogen in der entsprechenden Frage eine unselbständige Arbeit einem eigenen Unternehmen vor, Frauen noch deutlich stärker als Männer. Aber auch unter Burschen war das Interesse an einer Selbstständigkeit mit 30 Prozent begrenzt.

Von jenen, die sich vorstellen konnten, selbst ein Unternehmen aufzubauen und zu führen, war wiederum nur eine Minderheit von rund 40 Prozent der Meinung, dass dies relativ leicht machbar sei, 60 Prozent hielten es für schwierig. Frauen äußerten sich noch skeptischer, ältere Befragte sahen sich hingegen eher der Aufgabe gewachsen. Hürden für die Selbstständigkeit wurden vor allem im fehlenden (Start-)Kapital gesehen (40 Prozent spontane Nennungen), sowie im bürokratischen Aufwand (19 Prozent). Konkurrenz und Risiko spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle.

Gemessen an der tatsächlichen Zahl der Selbständigen in Österreich, die im ersten Quartal 2013 bei rund 13 Prozent lag (Statistik Austria 2013b), gab es damit mehr Jugendliche (25 Prozent), für die grundsätzlich der Gang in die Selbstständigkeit vorstellbar wäre. Die Abweichungen dürften sich aus einer Mischung von Gründen – von realen Möglichkeiten und dem eigenen Lebensverlauf über eine gewisse Überdeklaration bis hin zu den genannten Hürden beim tatsächlichen Versuch der Gründung eines Unternehmens – ergeben.

Jugendliche und Praktika

Die ersten Schritte am Arbeitsmarkt hat rund die Hälfte der Jugendlichen in Ferienjobs gesammelt. Je älter die Befragten waren, desto größer waren ihre diesbezüglichen Erfahrungen.

Ein ähnlich großer Anteil hatte bereits Praktika absolviert, unter den Berufstätigen waren es über 60 Prozent. Die meisten Jugendlichen hatten ein oder zwei Praktika hinter sich, ein Viertel aber auch schon mehr als zwei. Ältere Befragte gaben zu knapp 80 Prozent an, bereits zwei oder mehr ausgeübt zu haben.

Dabei handelte es sich um unterschiedliche Arten: 54 Prozent der Praktika waren verpflichtend in der Schule, fast ebenso viele wurden aber freiwillig gewählt. Weitere Arten waren verpflichtende Arbeiten in der Berufsausbildung bzw. im Studium. Knapp zwei Drittel der Jugendlichen sind für ihre Praktika bezahlt worden, wobei das neben älteren Befragten stärker auf Personen zutraf, die in größeren Städten wohnen (was ein in dieser Hinsicht etwas anderes Angebot an Stellen vermuten lässt).

Das spontan am stärksten genannte Motiv für ein Praktikum war – neben einer etwaigen Verpflichtung – vor allem das Hineinschnuppern in einen Beruf (27 Prozent). Dazu kamen das Sammeln von Erfahrungen (21 Prozent) und der Wunsch, Geld zu verdienen (20 Prozent).

Gestützt abgefragt – also mit einer Liste von möglichen Gründen – nannten die meisten Jugendlichen ebenfalls die Möglichkeit des Ausprobierens bestimmter Tätigkeiten als wichtigsten Grund (95 Prozent; siehe **Abbildung 22**). Praktisch gleichauf lagen das generelle Interesse an der Tätigkeit (94 Prozent), dahinter folgte eine Verbesserung der Chancen beim Berufseinstieg (85 Prozent). Geld zu verdienen (60 Prozent), eine Zusatzqualifikation (65 Prozent) oder die Hoffnung, dadurch einen bestimmten Job zu bekommen (68 Prozent) waren ebenfalls wichtig, blieben aber hinter den erstgenannten Motiven zurück. Die Überbrückung von Arbeitslosigkeit war der mit Abstand schwächste Grund und wurde von 70 Prozent als gar nicht zutreffend bezeichnet.

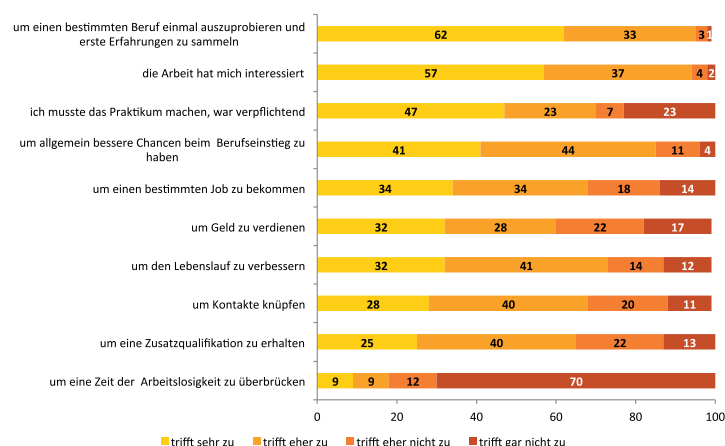


Abbildung 22: Motive, ein Praktikum zu machen

„Ich lese Ihnen/dir noch ein paar Gründe vor, ein Praktikum zu machen, bitte sagen Sie/sage mir jeweils, ob diese für Sie/dich sehr zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen.“

Angaben in Prozent; n=421; Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 10.

Praktika als Zusatzqualifikation waren für ältere Befragte wichtiger, ebenso wie die Erwartung von besseren Berufschancen und das Geldverdienen. Generell hatten für ältere Jugendliche jene Motive mehr Bedeutung, die schon konkret auf einen be-

stimmten Beruf bezogen sind, was naheliegender Weise mit deren Nähe zum Erwerbsleben zusammenhängt.

Der Zugang zu Praktika erschließt sich für Jugendliche in erster Linie über die Familie und den Bekanntenkreis (was sich mit Daten zur Berufs- und Ausbildungswahl in der Jugend-Wertestudie 2011 deckt; Institut für Jugendkulturforschung 2012). Knapp drei Viertel bezeichneten diese Kontakte als entscheidend. Die Vermittlung über die Ausbildung spielte ebenfalls eine Rolle (36 Prozent spontane Nennung), direkte Ausschreibungen (18 Prozent) oder das Internet (6 Prozent) waren hingegen weniger von Bedeutung. Ihre Informationen über mögliche Praktika erhielten junge Menschen in erster Linie von Firmen selbst (21 Prozent spontane Nennungen), über den Bekannten- und Verwandtenkreis (20 Prozent), die Schule (17 Prozent) und das Internet (17 Prozent).

Das ideale Praktikum besteht für die Jugendlichen aus einer interessanten Tätigkeit (80 Prozent Nennungen, Antwortvorgabe), einem angenehmen Arbeitsklima (72 Prozent) und der Möglichkeit, viel zu lernen (71 Prozent). Eine faire Bezahlung sowie die tatsächliche Integration in die Arbeitsabläufe (jeweils 67 Prozent) waren ihnen ebenfalls wichtig.

Über 90 Prozent gaben im Frühjahr 2013 an, mit ihren bisherigen Erfahrungen sehr oder eher zufrieden zu sein, wobei weder Unterschiede nach Geschlecht und Alter noch nach formaler Bildung festzustellen waren. Für gut ein Viertel hat sich eine Teil- oder Vollzeitbeschäftigung aus dem Praktikum bzw. den Praktika ergeben, wobei das bei älteren Befragten häufiger der Fall war. 16 Prozent konnten aufbauend auf ihr erstes Praktikum ein weiteres Praktikum absolvieren. Die nur sehr vereinzelt angefallenen negativen Erlebnisse bezogen sich in erster Linie auf das Arbeitsklima und fehlende Möglichkeiten, selbst mitzuarbeiten.

Jene Jugendliche, die bisher kein Praktikum absolviert haben, nannten als Grund gegen ein Praktikum vor allem das Gefühl, dass dies nicht notwendig sei und sie das nicht brauchen würden (36 Prozent). 17 Prozent meinten spontan, dass ihre Lehre bereits wie ein Praktikum sei. Fehlende Zeit, das Alter und mangelnde Gelegenheiten (elf bzw. je acht Prozent) waren weitere, allerdings nur wenig genannte, Gründe.

Die gestützte Abfrage der Gründe gegen ein Praktikum zeigte ein etwas anderes Bild: Hier lagen eine fehlende Bezahlung und fehlende Zeit praktisch gleichauf mit dem Gefühl, dass es keinen persönlichen Nutzen bringe (siehe **Abbildung 23**). Weitere Gründe, die aber alle mehrheitlich abgelehnt wurden, waren Probleme, überhaupt einen Praktikumsplatz zu bekommen, keine interessanten Möglichkeiten und finanzielle Zwänge. Fehlendes Wissen, wie man zu einem Praktikum kommt und mangelnde Angebote in geographischer Nähe spielten nach Angaben der Jugendlichen kaum eine Rolle.

Bei älteren Jugendlichen waren fehlende Zeit und fehlende Bezahlung größere Hürden als bei jüngeren Personen. Gleiches

galt für die Einschätzung, dass die Tätigkeit für den Beruf nichts bringe, was besonders auch Männer angaben. In kleinen Gemeinden wog hingegen das mangelhafte Angebot vor Ort schwerer.

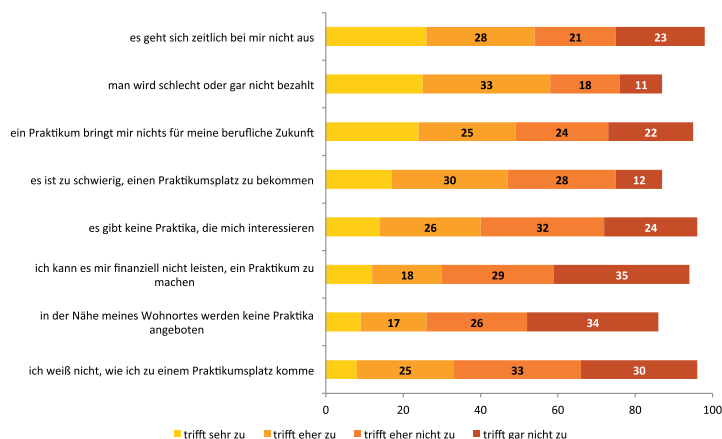


Abbildung 23: Gründe gegen Praktika

„Ich lese Ihnen/dir noch ein paar Gründe vor, ein Praktikum zu machen, bitte sagen Sie/sage mir jeweils, ob diese für Sie/dich sehr zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen.“

Angaben in Prozent; n=379. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 10.

57 Prozent der Jugendlichen stimmten der Aussage sehr oder eher zu, dass man es ohne Praktika schwer haben werde, einen Job zu finden, allerdings waren davon nur 18 Prozent sehr überzeugt. Dass es zu wenig Angebote gebe meinten 40 Prozent. Drei Viertel der Befragten waren dafür, dass Jugendliche bereits in der Schule ein Praktikum absolvieren sollen. Mehr entsprechende Informationen, ebenfalls in der Schule, wünschten sich 86 Prozent.

Personen mit Matura schätzten die Bedeutung des Praktikums für die Jobsuche etwas höher ein als Jugendliche mit Lehrausbildung, was eine inhaltlich ähnliche Argumentation wie bei den Gründen gegen Praktika (Stichwort „die Lehre ersetzt das Praktikum“) darstellt. Ältere Befragte unterstützten die Einbindung von Praktika in die Schule stärker.

Freiwilligentätigkeit

Anders als Praktika sind freiwillige Tätigkeiten für Jugendliche nicht etwas, das sie in erster Linie in Hinblick auf einen bestimmten Beruf ausüben. Zwar sagten im Sommer 2013 46 Prozent, dass ihnen das Engagement bei einem Verein oder einer Organisation eine Zusatzqualifikation für den Beruf bringe, deutlich wichtigere Motive waren aber der Spaß daran, das Gefühl, etwas Nützliches zu tun und der Kontakt mit Freund/innen.

Insgesamt betätigten sich (Stand Sommer 2013) rund 40 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in ihrer Freizeit freiwillig, rund 35 Prozent waren formal freiwillig tätig (also bei einem Verein oder einer Organisation), rund 15 Prozent brachten sich privat ein (indem sie beispielsweise älteren Personen halfen, unbezahlt Nachhilfe gaben oder Nachbar/innen unterstützten). Im Bereich der formellen Freiwilligentätigkeit waren die Jugendlichen insbesondere im Sportbereich, bei der freiwilligen Feuerwehr, der Rettung und Katastrophendienste tätig, informell halfen sie insbesondere gebrechlichen Personen und bei Naturkatastrophen.

6.2.2. Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien

Im Vergleich mit dem Bericht zur Lage der Jugend ist zu sagen, dass die vergleichsweise hohe Zahl an Jugendlichen, die statistisch gesehen bereits berufstätig sind (im Jugendmonitor waren es nach eigenen Angaben rund 50 Prozent der 14- bis 24-Jährigen), auch mit der Bedeutung der Lehrausbildung in Österreich und der Tatsache zusammenhängt, dass diese Tätigkeit als Beruf und nicht allein als Ausbildung gezählt wird (Lassnigg 2011, 136).

Der genannten, im europäischen Vergleich, niedrigen Arbeitslosigkeit junger Menschen in Österreich steht die Tatsache gegenüber, dass ihr Anteil national gesehen seit 2000 überproportional gestiegen ist, wobei Mädchen etwas stärker betroffen sind als Burschen: „Bei den Frauen stieg die Jugendarbeitslosigkeit so stark an, dass sowohl Teenager als auch 20- bis 24-jährige Frauen heute höhere Arbeitslosenquoten haben als Frauen im Schnitt“ (Biffl 2011, 88). Dies wird auch auf die Lehre (und deren größere Bedeutung für junge Männer) zurückgeführt (ebd.). Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen dauert im Schnitt rund drei Monate (nach eigenen Angaben haben rund drei Viertel der 14- bis 24-Jährigen, die selbst einen Job gesucht haben, dafür einen bis drei Monate gebraucht). Zu beachten ist auch, dass die Arbeitslosigkeit auch mit einer generell höheren Mobilität junger Menschen am Arbeitsmarkt zusammenhängt (Lassnigg 2011, 136). Besonders die ältere Gruppe der 14- bis 24-Jährigen ist stärker davon betroffen, insgesamt hatte mehr als die Hälfte in ihrem Leben bereits Kontakt mit dem AMS. Dabei suchen jüngere Personen eher einen Lehr- oder Ausbildungsplatz, ältere Personen bemühen sich hingegen bereits mit einer abgeschlossenen Ausbildung um einen fixen Einstieg ins Berufsleben (ebd., 137).

Subjektiv gesehen war die Stimmung der Gesamtbevölkerung hinsichtlich des Arbeitsmarktes 2010 bis 2013 von Zurückhaltung bis Skepsis geprägt: Hielten sich 2010 die Anteile jener Befragten, die eine gleichbleibende oder sich verschlechternde Situation erwarteten, mit jeweils rund 40 Prozent die Waage, so stieg der Anteil der Pessimisten 2012 und 2013 auf rund 45 Prozent an. Demgegenüber erwarteten nur zwischen sieben und 13 Prozent eine Verbesserung der Lage, was wiederum für einen größeren Optimismus unter Jugendlichen spricht (Spectra 2013).

Ein wesentlicher Schnittpunkt für Jugendliche ist der Übergang von der Ausbildung zur Arbeit. Dabei gehen die klar vorgezeichneten Muster immer weiter zurück und weichen einer zunehmend geforderten Flexibilisierung und Anpassung. Dazu kommen zunehmend unterschiedlich gestaltete Formen der Beschäftigung, die den Wechsel in eine Art geregeltes Arbeitsleben samt entsprechender Einkommensabsicherung erschweren (Biffl 2011, 89).

Betrachtet man die formale Bildung der Jugendlichen in Österreich, so verfügt der Großteil der 15- bis 24-Jährigen wenig

überraschend über einen Pflichtschulabschluss. Jeweils rund 20 Prozent haben eine abgeschlossene Lehre oder einen Abschluss einer höheren Schule, rund acht Prozent haben eine berufsbildende mittlere Schule (BMS) absolviert. Einen Hochschulabschluss hat nur rund ein Prozent, was freilich mit der Altersobergrenze der Erhebung von 24 Jahren zusammenhängt.

Nach der Pflichtschulzeit befindet sich die überwiegende Zahl junger Menschen in Österreich in einer berufsorientierten Ausbildung, insbesondere in einer Lehre bzw. der dualen Ausbildung zwischen Betrieb und Berufsschule. Dies wird als Stärke und Schwäche gleichermaßen gesehen, da es eine flexible Anpassung an sich ändernde Bedürfnisse am Arbeitsmarkt erschwert und zu einer eher starren Bildungslaufbahn führt (Schlögl 2011, 105). Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist der Lehrabschluss die verbreitetste Form der formalen Qualifikation (ebd., 100).

Laut Jugend-Wertestudie üben vor allem Jugendliche, die sich in einem Studium, einer Lehre oder einer Berufstätigkeit bzw. einem Praktikum befinden, zu zwei Dritteln ihre aktuelle Tätigkeit sehr gern oder eher gern aus. Nur sehr wenige äußern sich negativ darüber, relativ am höchsten ist der Anteil unter Schüler/innen, er bleibt aber unter zehn Prozent (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 87).

Für ihre Berufs- und Ausbildungswahl haben sich die 14- bis 29-Jährigen besonders mit der Familie und mit Freund/innen beraten, für Jugendliche ohne Matura war auch das Schnuppern in einer Firma sehr oder eher nützlich. Das Internet folgt erst dahinter (ebd., 90). Hier zeigen sich Parallelen zu den Erfahrungen von Jugendlichen mit Praktika bzw. ihrem diesbezüglichen Informationsverhalten. Das Internet ist zwar ein wichtiges Medium für sie, persönliche Kontakte und Erfahrungen werden dadurch jedoch weder übertroffen noch überflüssig gemacht.

Von einer Ausbildung erwarten sich junge Menschen, dass sie zu einem Beruf führt, der Spaß macht, unterschiedliche Möglichkeiten für die Zukunft bietet und zu einem sicheren Arbeitsplatz führt. Besonders Maturant/innen ist eine Persönlichkeitsbildung wichtig, Jugendliche ohne Matura bewerten das Einkommen diesbezüglich höher (ebd., 93ff). Die Betonung der Bedeutung von Spaß im Beruf und Ausbildung in diesen Daten deckt sich mit dem Jugendmonitor und den dort abgefragten Erwartungen an einen Job. Die entsprechende Frageversion in der Jugend-Wertestudie zeigt ein ähnliches Bild, wobei das Einkommen in der Rangfolge etwas weiter vorne liegt – die Zustimmungswerte sind (möglicherweise methodisch bedingt) etwas geringer, ein substantieller Unterschied ist jedoch nicht erkennbar.

Die positive Bewertung von Praktika im Jugendmonitor findet sich ebenfalls in der Erhebung des Instituts für Jugendkulturforschung. Das Hineinschnuppern in einen Beruf sowie die praktische Ergänzung zu anderen Ausbildungen werden von den Jugendlichen sehr geschätzt. Kritik entfällt wenn dann vor allem

darauf, dass Betriebe Praktikant/innen ausnützten. Gleichzeitig meint rund die Hälfte der Befragten, dass beide – Jugendliche und Unternehmen – von entsprechenden Tätigkeiten profitieren würden (ebd., 103).

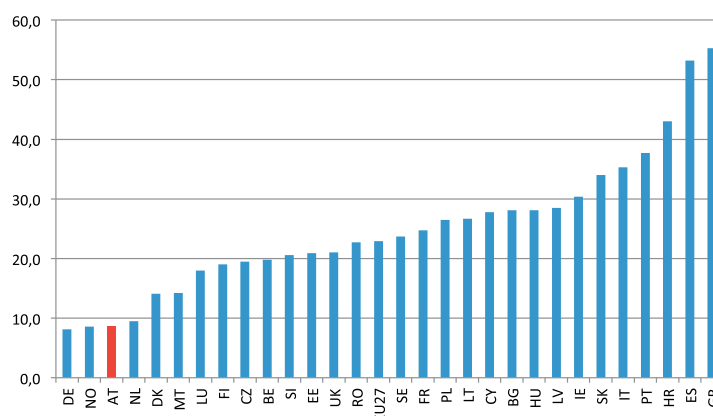
6.2.3. Kommentar: Jugendliche und ihr Zugang zum Arbeitsmarkt (Gudrun Biffli)

In den letzten Jahren hat kaum ein Thema die Politik in Europa so sehr bewegt, wie die Frage nach dem Übertritt Jugendlicher von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt. Angesichts einer Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten 4 Jahren (2008-2012) um 7,1 Prozentpunkte auf knapp 23 Prozent in der EU27 ist der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft infolge der Desillusionierung eines großen Teils der Jugend mit Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet. In den südeuropäischen Ländern, die von der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen wurden, sind mittlerweile zwischen 35 und 55 Prozent der Jugendlichen arbeitslos (siehe **Abbildung 24**). Es ist vor allem die Perspektivenlosigkeit der Jugend in den Ländern, die kurz- bis mittelfristig keine ausreichende Erholung der Wirtschaft erwarten lassen, die eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt.

Abbildung 24:
Jugendarbeitslosenquote
(15- bis 24-Jährige) im
internationalen Vergleich
(2012)

Angaben in Prozent.

Quelle: Eurostat 2012a.



Arbeitslosenquoten Jugendlicher und junger Erwachsener von mehr als 50 Prozent in einigen EU-Staaten markieren nur die Spitze des Problems. Auch in den Vorzeigestaaten der Europäischen Union hinsichtlich Jugendarbeitslosigkeit (Deutschland, Österreich und Niederlande) bzw. in Norwegen ist durchschnittlich jeder zehnte erwerbsfähige Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos. Zwar liegt die Jugendarbeitslosigkeit infolge zum Teil schwieriger Suchprozesse nach einem ausbildungsadäquaten Job stets über dem Durchschnitt – jedoch zeichnet sich auch in Österreich ein zunehmender Abstand zum Durchschnitt ab. Dafür ist eine Vielzahl von Faktoren verantwortlich, die in ihrem Zusammenwirken eine besondere Herausforderung für die Politik sind, weil es keine einfache Lösung für das „Problem“ gibt.

Die Gründe für die zunehmenden Probleme der Jugend an der Schnittstelle von Schule und Arbeit liegen sowohl in der raschen Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen und damit verbunden der beruflichen Anforderungsprofile an Arbeitskräfte, als auch in der langsamen Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems an geänderte Gesellschaftsstrukturen.

Da sich Jugendliche an der Schwelle in den Arbeitsmarkt befinden, sind sie von den verschiedensten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Allein der Einstieg in den Arbeitsmarkt nach der Schule zum Zeitpunkt eines Konjunkturabschwungs bedeutet, dass nicht alle Schulabgänger/innen einen Arbeitsplatz finden können, da Betriebe keine Neuaufnahmen mehr vornehmen bzw. sogar Stammpersonal kündigen. Je nach Dauer des Konjunkturabschwungs verfestigt sich die Jugendarbeitslosigkeit in unterschiedlichem Ausmaß. Nur wenige Länder haben ein begleitendes arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium entwickelt, das sicherstellt, dass Jugendliche aufgefangen und nicht nachhaltig stigmatisiert werden, wenn sie einmal arbeitslos waren.

Aber nicht nur der Konjunkturzyklus hat einen stärkeren Effekt auf die Jugendlichen als auf die Erwachsenen, sondern auch der berufliche Strukturwandel in Richtung Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie der Wandel der Verhaltensmuster der Arbeitgeber/innen, allen voran der verstärkte Einsatz flexibler Beschäftigungsformen bei Neueintritten ins Erwerbsleben. Das ist einerseits die Konsequenz von Senioritätsregeln und Beschäftigungsschutzmaßnahmen, denen zufolge Betriebe in einer Situation, in der sie infolge eines Nachfrageeinbruchs Kündigungen aussprechen müssen, die Letzteintritte zuerst kündigen (müssen), andererseits aber auch die Folge des geringen betriebsspezifischen Erfahrungswissens der Jugendlichen. Während von Jugendlichen erwartet wird, dass sie schon aus der Schule das Wissen mitbringen, das auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist, werden Kernbelegschaften innerbetrieblich laufend weiter qualifiziert.

Die Alterung der Gesellschaft und die Bemühungen, ältere Arbeitskräfte länger im Betrieb zu halten, tragen auch dazu bei, dass knappe Geburtenjahrgänge nicht automatisch zu einer Verbesserung der Jugendbeschäftigungschancen führen.

Hand in Hand mit dem längerfristigen Strukturwandel weg von industriell-gewerblicher Arbeit hin zu den Dienstleistungen verringern sich die Eintrittspforten in den Arbeitsmarkt, an denen man angelernt wird. Das erschwert insbesondere den Jugendlichen den Einstieg ins Erwerbsleben, die eher anwendungsorientiert ihre Fähigkeiten entfalten können. Besonders schwierig ist es für Jugendliche, die keinen Pflichtschulabschluss haben. Der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen mit nicht-deutscher Muttersprache und die mangelhafte Fähigkeit des Bildungssystems hier adäquate Unterstützung zu leisten, hat dazu beigetragen,

dass eine vergleichsweise große Zahl von Jugendlichen nach der Pflichtschule auf den Arbeitsmarkt kommt. Es ist aber gerade die Nachfrage nach Hilfsarbeit, die im derzeitigen Strukturwandel unter die Räder kommt. Bildung wird zu einer immer wichtiger werdenden Voraussetzung für einen Job und gleichzeitig ist trotz einer immer längeren und besseren Ausbildung ein stabiler Job mit Karrierechancen keine Selbstverständlichkeit mehr.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie sind von Arbeitslosigkeit stärker betroffen, da sie häufiger nach der Pflichtschule direkt in den Arbeitsmarkt eintreten, nicht zuletzt um das Familieneinkommen zu stabilisieren, und finden dann häufig nicht mehr den Weg zurück in eine weiterführende Ausbildung. Informationen, die Jugendlichen bei ihren Bildungs- und Berufsentscheidungen helfen, sind daher vor allem für diese Gruppe wichtig, da sie sich meist nicht der langfristigen Implikationen eines frühen Schulaustritts bewusst sind.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl ist Dekanin der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung an der Donau-Universität Krems und leitet u.a. das dortige Department für Migration und Globalisierung.

6.3. Familie

Das Thema Familie stand im Mittelpunkt der Datenerhebung 4 (April 2011).

6.3.1. Gesammelte Ergebnisse

Die Familie gehört zu den wichtigsten Lebensbereichen der Jugendlichen, über 90 Prozent bezeichneten sie als sehr oder eher wichtig (siehe **Abbildung 25**). Sie wurde nur noch von „Freunden und Bekannten“ und der „Freizeit“ übertroffen, wobei alle drei Bereiche sehr hohe Zustimmung erhielten. Für 2011 und bis zurück in die 1990er Jahre zeigte die Jugend-Wertestudie eine ähnliche Reihung, Familie und der Freundeskreis haben hier über die Jahre noch deutlich an Bedeutung gewonnen (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 31).

Unterschiede in der Bewertung lassen sich auch nur in der Abstufung zwischen „sehr“ und „eher wichtig“ finden: Frauen schätzten die Wichtigkeit der Familie noch höher ein als Männer, in kleinen Gemeinden wurde sie tendenziell ebenfalls wichtiger gesehen. Keine Unterschiede gab es nach dem Alter.

	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Freunde und Bekannte	78	20	1	1
Freizeit	77	20	3	0
Familie	67	28	4	1
Schule, Ausbildung	60	27	10	2
Beruf	59	31	6	3
Arbeit	53	33	9	3
Religion	10	20	40	28
Politik	8	24	40	27

Abbildung 25:
Wichtigkeit von
Lebensbereichen

„Ich lese Ihnen/dir jetzt einige Bereiche vor, bitte sagen Sie/sag mir, ob der jeweilige Bereich für Sie/dich persönlich in Ihrem/deinem Leben sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig ist.“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 4.

Die Bedeutung der Familie wird durch die spontanen Assoziationen der Jugendlichen unterstrichen, der Begriff ruft fast ausschließlich positive Gefühle hervor. Neben der Nennung von Eltern und Geschwistern (33 bzw. 19 Prozent) bedeutet die Familie für die Jugendlichen vor allem Zusammenhalt (16 Prozent), das Gefühl, dass jemand für einen da ist, Geborgenheit (jeweils 13 Prozent) und ein Zuhause (12 Prozent). Rückhalt, Liebe, ihre generelle Bedeutung und Kinder waren weitere Assoziationen. Als negative Begriffe nannten die Jugendlichen nur vereinzelt Ärger und Streit (6 Prozent), Vorschriften und Regeln sowie eine ungewollte Verpflichtung.

Der überwiegende Teil der Befragten ist mit Geschwistern aufgewachsen, rund 40 Prozent mit einem Bruder oder einer Schwester, ein Drittel mit zwei bis drei Geschwistern und weitere sieben Prozent mit vier oder mehr Geschwistern. Knapp die Hälfte der Jugendlichen wohnte bei der Befragung im Frühjahr 2011 mit ihrer Mutter und ihrem Vater zusammen, ein Viertel – vor allem ältere Jugendliche, bei den über 22-Jährigen rund 50 Prozent – hatten bereits eine eigene Wohnung.

Die Familie, insbesondere die Eltern, ist eine wichtige Ansprechstation für junge Menschen. Knapp 70 Prozent stimmten der Aussage zu, dass sie sich in einer schwierigen Situation eher an Vater und Mutter wenden würden als an ihre Freund/innen. Eine Mehrheit meinte auch, sich tendenziell eher auf elterliche Ratschläge zu verlassen. Allerdings waren die Jugendlichen ebenfalls zu knapp 70 Prozent der Meinung, Probleme besser mit Freund/innen besprechen zu können, unter anderem weil die Erwachsenen aus ihrer Sicht zu wenig von den Problemen der Jugend verstehen würden.

Diese Gegenüberstellung zeigt, dass die Befragten relativ klar differenzieren: Auf der einen Seite stehen – zumeist gleichaltrige – Freund/innen, die naturgemäß stärker von ähnlichen Problemen betroffen sind wie die Jugendlichen selbst. Ihnen trauen sie mehr Verständnis zu, mit ihnen ist der Austausch aufgrund ähnlicher Lebensumstände leichter. Gleichzeitig sind die Eltern aber der Rückhalt, auf den sie sich trotz möglicher Auffassungsunterschiede stärker verlassen. Immerhin meinten zwei Drittel der Befragten,

dass ihre Eltern sehr gut verstehen würden, was in ihnen vorgehe. Sie sind eine Art „emotionales Auffangbecken“ (Großegger 2011, 200).

Eine wichtige Unterscheidung ergibt sich bei diesen Fragen nach dem Alter: Je älter die Befragten sind, desto mehr schätzen sie die Rolle der Eltern in solchen Situationen. Jüngere Personen sind etwas zurückhaltender und fühlen sich etwas mehr unverstanden (Männer noch stärker als Frauen), wobei sich an den Mehrheiten aber nichts ändert. Eine Erklärung für diese Abweichung sind spezifischen Lebensverhältnisse – über 20-Jährige sind vermutlich häufiger in Situationen, die dem Leben der Eltern stärker ähneln, während der Abstand von Vater und Mutter zur aktuellen Lage eines schulpflichtigen Jugendlichen naturgemäß größer ausfällt.

Eigener Familienwunsch

Familie ist für die Jugendlichen nicht nur ein Synonym für Eltern und Geschwister, sondern auch etwas, das sie selbst anstreben und aufbauen wollen. Drei Viertel der jungen Menschen in Österreich sagten im Frühjahr 2011, in Zukunft einmal eine eigene Familie haben zu wollen, wobei rund 25 Prozent sich darüber bereits konkrete Gedanken gemacht hatten. Nur knapp 20 Prozent lehnten eine eigene Familie grundsätzlich ab, und nur drei Prozent verweigerten die Antwort.

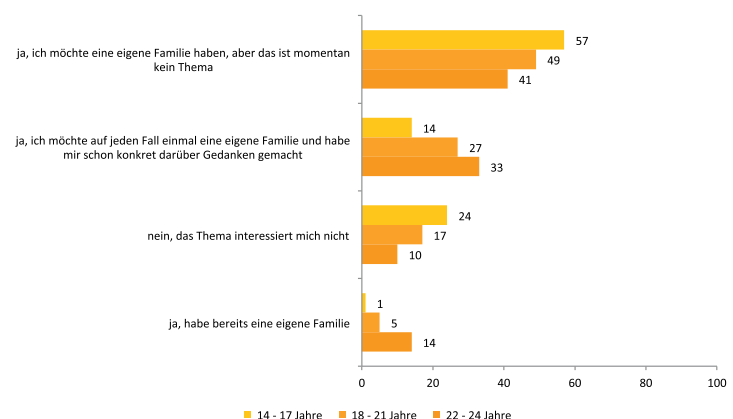
Das Alter hat wenig überraschend große Auswirkungen auf die Konkretheit der eigenen Familienplanung: So hatte sich unter den 22- bis 24-Jährigen bereits ein Drittel konkrete Gedanken über eine eigene Familie gemacht (siehe **Abbildung 26**). Unter den 14- bis 17-Jährigen waren dies nur 14 Prozent, bei ihnen ist das Thema noch abstrakter, was einerseits zwar zu einer etwas höheren Ablehnung führte (24 Prozent schließen eine eigene Familie für sich aus), sich andererseits aber ebenfalls in einer loseren Zustimmung äußerte (57 Prozent). 14 Prozent des ältesten Segments in der Befragung hatten im Frühjahr 2011 bereits eine Familie.

Abbildung 26:
Überlegungen zu einer eigenen Familie nach Altersgruppen

„Wie sieht es mit Ihrer/deiner Zukunftsplanung in der Hinsicht aus? Wollen Sie/willst du selbst einmal eine eigene Familie gründen bzw. haben Sie/hast du schon selbst eine Familie?“

Angaben in Prozent; n=800; Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 4.



Zweiter wichtiger Faktor für das Antwortverhalten bei diesem Thema ist das Geschlecht. So lehnten nur elf Prozent der Frauen (gegenüber 24 Prozent der Männer) eine Familie an sich ab. Mit 28 Prozent (zu 19 bei den Männern) hatten sich junge Frauen bereits öfter konkrete Gedanken darüber gemacht.

Eine relativ große Unsicherheit besteht bei den Jugendlichen in Bezug auf eigene Kinder. 46 Prozent gaben an, auf jeden Fall einmal Nachwuchs haben zu wollen, die Gruppe derer, die noch unsicher sind, war mit 40 Prozent aber annähernd gleich groß. Diese Antwort ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer Ablehnung, denn nur sechs Prozent sprachen sich von vorneherein gegen eigene Kinder aus. Fünf Prozent hatten bereits Kinder.

Erneut spielte das Alter eine wesentliche Rolle: Betrug die Unsicherheit bei den 14- bis 17-Jährigen noch 52 Prozent, so sank sie bei den 22- bis 24-Jährigen auf unter ein Drittel. Hier waren sich 54 Prozent bereits sicher, eigene Kinder haben zu wollen, elf Prozent hatten schon Nachwuchs. Die Gruppe derjenigen, die keine Kinder will, wurde mit dem Alter tendenziell noch kleiner (vier Prozent bei den 22- bis 24-Jährigen).

Die formale Bildung spiegelte die Altersstaffelung wider, Mädchen und junge Frauen waren sich in ihrem Kinderwunsch unabhängig davon sicherer als Männer: 55 Prozent der befragten Frauen wollten sicher Kinder, gegenüber 36 Prozent bei den männlichen Jugendlichen. Idealerweise wünschten sich die Jugendlichen, die sich bereits Gedanken über eigene Kinder gemacht haben, einmal zwei Kinder (60 Prozent). 15 Prozent wollten drei, zehn Prozent ein Kind. Die Präferenz für zwei Kinder war bei Männern wie Frauen gleich ausgeprägt.

Offen gefragt begründeten die Befragten ihren Kinderwunsch vor allem damit, dass eine Familie erst mit Kindern komplett sei (28 Prozent). 18 Prozent meinten, sie würden zum Leben dazugehören, 16 Prozent sagten, dass sie Kinder einfach mögen. Rund zehn Prozent sahen darin auch die Erfüllung des eigenen Lebens und eine Bereicherung. Die Sorge, ohne Kinder im Alter einmal allein zu sein, war hingegen nur für drei Prozent ein Thema.

Lebensplanung in Hinblick auf Kinder und Beziehungen

Die relativ meisten Jugendlichen können sich vorstellen, mit 25 oder 26 Jahren Eltern zu werden, ein Drittel nannte dieses Alter als ungefähre Richtschnur (siehe **Abbildung 27**). Für 15 Prozent war es denkbar, schon in jüngeren Jahren Kinder zu haben, 21 Prozent gaben 27 bzw. 28 Jahre und 20 Prozent 29 oder 30 Jahre an. Junge Frauen wollten tendenziell früher Mutter werden, ein Viertel von ihnen nannte 25 Jahre als geeignetes Alter. Junge Männer verschieben diese Grenze für sich deutlich nach oben, ebenfalls rund ein Viertel nannte hier 30 Jahre als Wert.

Damit ergab sich in der Befragung 2011 ein Durchschnitts-Wunschalter von 26,5 Jahren. Das tatsächliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes betrug laut Statistik Austria im Jahr

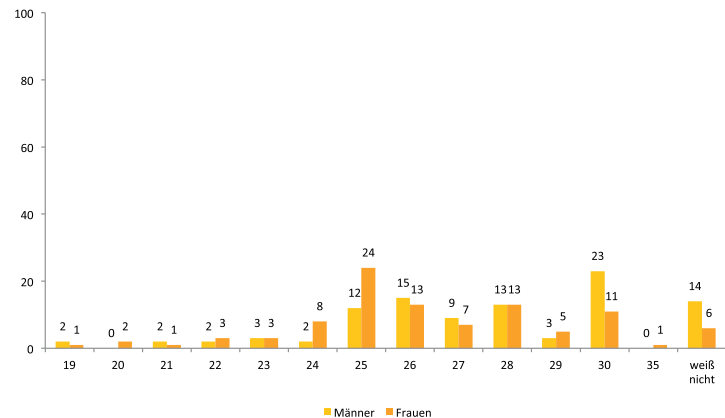
2012 im Schnitt 28,7 Jahre (Statistik Austria 2013a). Damit liegen Vorstellung und Lebensrealität rund zwei Jahre auseinander. Zu beachten ist allerdings, dass beim Jugendmonitor nur junge Menschen bis 24 Jahre befragt wurden. Es ist durchaus plausibel, dass ältere Personen ihre Lebensplanung an andere Faktoren – wie Verlauf der Ausbildung, Berufssuche etc. – anpassen (müssen).

Abbildung 27: Bevorzugtes Alter für eigene Kinder nach Geschlecht

„Und etwa in welchem Alter können Sie/kannst du dir vorstellen, das erste Kind zu haben?“

Angaben in Prozent; n=800; Rest auf 100=andere Angaben und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 4.



In Sachen Erziehung würden sich zwei Drittel der Jugendlichen an ihren eigenen Erfahrungen und dem Verhalten ihrer Eltern orientieren. Männer und Frauen waren sich hier einig, ältere Befragte zogen einen eigenen Erziehungsstil etwas stärker in Betracht als jüngere Personen – doch auch unter ihnen überwog der Zuspruch zur eigenen Erfahrung.

In Sachen eigener Beziehungen gab im Frühjahr 2011 jeweils rund die Hälfte der Befragten an, bereits einen festen Freund bzw. eine feste Freundin zu haben, Frauen und vor allem ältere Befragte waren bereits stärker gebunden. Bei den über 22-Jährigen gaben 63 Prozent an, in einer fixen Beziehung zu leben, bei den 14- bis 17-Jährigen waren es nur 23 Prozent.

Diejenigen, die schon fest liiert waren, unterhielten die Beziehung mehrheitlich bereits mehr als ein Jahr, ein weiteres Viertel zumindest ein halbes Jahr oder länger. Auch hier waren ältere Personen deutlich länger gebunden als jüngere.

Die Heirat als eine Konsequenz des Zusammenlebens war für etwa die Hälfte der Befragten sehr oder eher wichtig, für annähernd gleich viele weniger oder gar nicht wichtig. Der Begriff der Familie ist für Jugendliche damit nicht deckungsgleich mit Heirat, die entsprechenden Vorstellungen haben sich rund um die nach wie vor dominierende Konstellation Vater-Mutter-Kind(er) pluralisiert (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 32f).

Das Alter war in diesem Fall nahezu irrelevant (mit Ausnahme einer etwas höheren Antwortverweigerung bei unter 18-Jährigen, was in diesem Fall wohl als Unsicherheit zu interpretieren ist), das Geschlecht hingegen wirkte sich klar aus: Unter jungen Frauen meinten 60 Prozent, es sei für sie sehr oder eher wichtig, einmal zu heiraten, unter jungen Männern äußerte sich nur ein Drittel entsprechend. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der sechste

Bericht zur Lage der Jugend, der ebenfalls Mädchen und junge Frauen als früher an fixen Beziehungen und Familiengründung orientiert sieht (Kromer 2011, 186f).

Kinderbetreuung

Sehr klare Vorstellungen gibt es bei den Jugendlichen über die Kinderbetreuung: 77 Prozent meinten, dass Kinder bis drei Jahre zuhause von den Eltern betreut werden sollten (siehe **Abbildung 28**). Elf Prozent meinten, sie sollten in einem Kindergarten aufgezogen werden, fünf Prozent wollten diese Rolle an eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater übergeben. Die Antworten unterschieden sich praktisch nicht nach Geschlecht oder Alter der Befragten, die formale Bildung hatte ebenso keinen Einfluss. Nur Jugendliche, die in Städten über 50.000 Einwohner/innen leben, bevorzugten etwas stärker die Betreuung im Kindergarten (18 Prozent), unter ihnen waren aber ebenfalls zwei Drittel für die elterliche Fürsorge zuhause.

Zwischen drei und sechs Jahren würde eine Mehrheit von 57 Prozent ihre Kinder in eine Kinderkrippe bzw. einen Kindergarten geben. 31 Prozent wären weiterhin für die Betreuung durch die Eltern zuhause, acht Prozent für Tageseltern. Der Wohnort war auch hier die Variable, die zu den größten Abweichungen führt: Wiederum wurden im urbanen Bereich Kindergärten stärker bevorzugt, was mit dem verstärkten Angebot zusammenhängen dürfte.

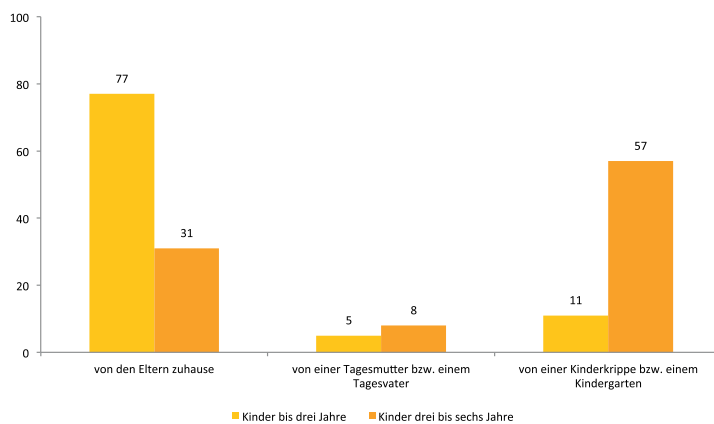


Abbildung 28: Betreuung von Kindern bis drei bzw. von drei bis sechs Jahren

„In die Kinderbetreuung sind ja unterschiedliche Personen und Einrichtungen eingebunden. Wenn Sie/du einmal an Kinder bis drei Jahre denken/denkst, von wem sollten diese Kinder aus Ihrer/deiner Sicht untertags hauptsächlich betreut werden?“

„Und bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren, von wem sollten diese Kinder aus Ihrer/deiner Sicht untertags hauptsächlich betreut werden?“

Angaben in Prozent; jeweils n=800; Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 4.

Relativ große Unsicherheit herrschte bei den Jugendlichen noch bei der Frage, wie lange sie einmal selbst bei ihrem Kind zuhause bleiben wollen. Gut ein Drittel konnte darauf keine konkrete Antwort geben. 22 Prozent meinten, bis zum dritten Lebensjahr, 20 Prozent bis zum zweiten Lebensjahr, und elf Prozent wollten bis zum ersten Lebensjahr ihr Kind selbst zuhause betreuen. Zwölf Prozent könnten sich vorstellen, länger im Haushalt zu bleiben.

Diese Frage zeigte eine sehr starke Kluft zwischen den Geschlechtern: Gut die Hälfte der Frauen konnte sich vorstellen, drei Jahre oder länger beim Kind zu bleiben, bei den Männern betrug der entsprechende Anteil 16 Prozent. Sie machten zu 54

Prozent keine Angaben, was zeigt, dass das Thema für Männer auch bei einem erklärten Kinderwunsch weniger greifbar ist. Anders ausgedrückt, Frauen identifizierten sich stärker mit der Verantwortung der Kinderbetreuung, während Männern ihre Rolle zumindest vorab noch unklar erschien.

Die Unterschiede nach dem Alter waren gering, allerdings nahm die Bereitschaft zur längeren Pflege zuhause bei den 22- bis 24-Jährigen etwas ab. Entgegen der anderen Fragen zu diesem Thema gab es hier keine klare Tendenz entlang der Stadt/Land-Achse.

Die Geschlechterdifferenzen werden auch klar, wenn man die Jugendlichen danach fragt, ob sie sich vorstellen können, für eine gewisse Zeit nur Teilzeit zu arbeiten, um sich stärker den Kindern zu widmen: Während Männer sich das nur zu einem Drittel vorstellen konnten und 54 Prozent die Möglichkeit ausschlossen, meinten 85 Prozent der Frauen, Teilzeit für sich in Betracht zu ziehen. Insgesamt gaben 58 Prozent der Jugendlichen an, dass dies für sie denkbar wäre, 31 Prozent lehnten dies ab.

Die Teilzeitbereitschaft war bei älteren Befragten etwas höher, was an der höheren Deklarationsrate in dieser Gruppe lag. Ebenso waren Personen aus dem städtischen Bereich eher zu einer Einschränkung ihrer Arbeitszeit bereit, gleiches galt für jene Befragte, die über eine formal höhere Bildung verfügten.

Jene Personen, die sich eine begrenzte Teilzeitarbeit vorstellen konnten, meinten zu 44 Prozent, dass eine reduzierte Tätigkeit bis zum Kindergarteneintritt des Kindes eine Möglichkeit wäre. Knapp ein Drittel würde dies bis zum Schuleintritt überlegen. 18 Prozent der Frauen würden darüber hinaus eine noch längere Teilzeit in Anspruch nehmen. Unter ihnen zog die relative Mehrheit die Grenze aber ebenfalls beim Kindergarteneintritt, was sich mit den Vorstellungen der Männer deckte. Für 28 Prozent von ihnen kam eine Teilzeitarbeit nur während des ersten Lebensjahres des Kindes in Betracht.

Rollenverständnis junger Männer und Frauen

Diese Einschätzungen deckten sich nicht mit den Angaben zum Rollenverständnis der Befragten: So sagten 79 Prozent der männlichen und 95 Prozent der weiblichen Jugendlichen, dass Männer genauso wie Frauen für die Kindererziehung verantwortlich seien, wobei dieses Verständnis mit dem Alter zunahm. Allerdings ziehen Männer und Frauen aus dieser Einschätzung offenbar teils unterschiedliche Konsequenzen. So meinten nur 53 Prozent der Männer, dass sie es gut finden würden, wenn beide Elternteile abwechselnd in Karenz gingen, während Frauen dies zu 75 Prozent guthießen.

Gut drei Viertel waren der Meinung, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen ein größeres Problem darstellt, wobei das Problembewusstsein bei weiblichen Jugendlichen stärker ausgeprägt war (52 zur 26 Prozent „stimme sehr zu“), das Alter

machte hingegen kaum einen Unterschied.

Die Konfrontation mit Aussagen zu generellen Rollenbildern zeigte erneut Abweichungen zwischen den Geschlechtern, teilweise aber auch parallele Einschätzungen (siehe **Abbildung 29**): So stimmten jeweils zwei Drittel der befragten Männer und Frauen der Aussage zu, dass Frauen Kinder für ein erfülltes Leben bräuchten. Die umgekehrte Formulierung, dass dies auch für Männer wichtig sei, befürworteten 48 Prozent der männlichen und 54 Prozent der weiblichen Jugendlichen.

Dass für Männer Erfolg im Beruf wichtiger sei als für Frauen meinten 70 Prozent der Männer und 56 Prozent der Frauen. Diesen war – nach eigenen Angaben – zu drei Vierteln der Ausgleich zwischen Familie und Beruf wichtiger, während hingegen Männer dies nur zu rund 50 Prozent für wichtiger hielten.

Zwei Drittel der Männer sagten zudem, dass sie es grundsätzlich für gut hielten, sich um das Geldverdienen zu kümmern und Frauen den Haushalt und die Kinder zu überlassen – eine Aussage, die von 50 Prozent der weiblichen Jugendlichen bejaht wurde. Ebenso meinte die Hälfte der Befragten, dass Frauen sich zwischen Karriere und Kindern entscheiden müssten. Für den fiktiven Fall, dass der eigene Partner einmal genug verdienen würde, könnten sich 55 Prozent der Frauen vorstellen, nur im Haushalt zu sein. Das war nur für ein Drittel der Männer eine mögliche Variante.

Tendenziell fällt bei allen diesen Aussagen auf, dass die 22- bis 24-Jährigen etwas stärker im Sinne einer gerechten Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern bzw. einer Gleichstellung argumentierten, und vermeintlich klassische oder klischeehafte Rollenbilder stärker bei den unter 18-Jährigen zu finden waren. Eine Erklärung dafür wäre, dass bei diesen viele der gestellten Fragen noch zu weit entfernt, ältere Befragte hingegen stärker bereits durch persönliche Erfahrungen geprägt sind.

Dass ihnen der Ausgleich zwischen Familie und Beruf wichtiger sei als Karriere und Einkommen, meinten knapp drei Viertel der Jugendlichen. Unter Frauen waren es rund 80 Prozent, unter Männern rund zehn Prozentpunkte weniger. Bei all diesen Fragen zeigt sich, dass es eine grundsätzliche Abweichung zwischen der von Jugendlichen akzeptierten Gleichstellung der Geschlechter und der tatsächlichen Rollenzuschreibung gibt (Kromer 2011, 188).

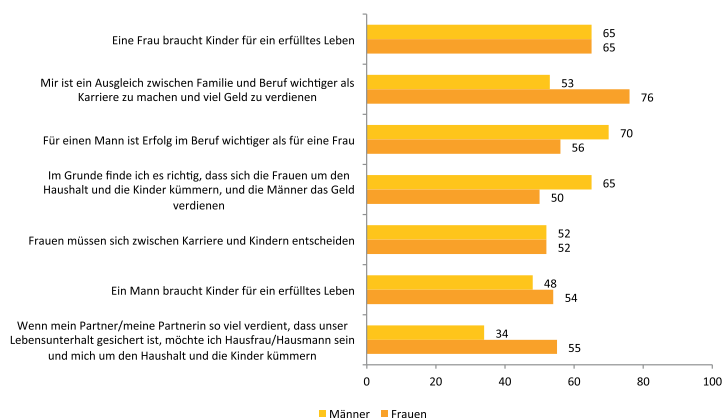


Abbildung 29: Rollenbilder Männer und Frauen

„Kommen wir noch zur Aufgabenverteilung von Männern und Frauen. Ich lese Ihnen/dir ein paar Aussagen vor, bitten sagen Sie/sag mir, ob Sie/du den Aussagen sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen/zustimmst.“

„stimme sehr/eher zu“; Angaben in Prozent; n=800; Rest auf 100=stimme weniger/gar nicht zu, keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 4.

6.3.2. Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien

Die positive Rolle der Familie, die im Jugendmonitor erkennbar war, findet sich ebenso in anderen Studien. Sie ist in einer durch Unsicherheit geprägten Gegenwart mit oft nur losen Bindungen ein Beitrag zur Sicherheit und eine „positiv erlebte soziale Einbindung“ (Großegger 2011, 220). In der Reihung von Lebensbereichen liegt sie voran und hat über die Jahre sogar an Bedeutung gewonnen (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 31f). Vor allem junge Frauen stellen sie auf eine Stufe mit dem Freundeskreis, für junge Männer ist sie etwas weniger wichtig, aber immer noch zentral. Das Klima in der Familie wurde überwiegend positiv beschrieben und die Bindung behielt auch mit dem Alter Bestand (Kromer 2011, 186). Die Familie ist bis ins frühe Jugendalter „das wichtigste Bezugs- und Orientierungssystem“ (Großegger 2011, 199), anschließend gewinnt der Freundeskreis an Bedeutung – wobei dieser die Familie nicht aussticht, sondern beide nebeneinander und mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Aufgaben existieren. Die Familie bleibt dabei „Anlaufstelle“ (ebd., 200), bei der sich eine Mehrheit der Jugendlichen geborgen fühlt. Die Freund/innen helfen bei der Alltagsbewältigung, nicht zuletzt, da sie ähnliche Erfahrungen wie die Jugendlichen selbst durchleben.

Ebenso wie im Jugendmonitor finden sich im 6. Bericht zur Lage der Jugend Hinweise darauf, dass feste Beziehungen für Jugendliche wichtig sind, ebenfalls haben die Ehe und langfristige Partnerschaften eine große Bedeutung für junge Menschen. Hier geben mehr als 75 Prozent an, einmal (standesamtlich) heiraten zu wollen. Junge Frauen denken früher über eine fixe Beziehung sowie über die Familiengründung nach (Kromer 2011, 186f). Gleichzeitig hat sich das Verständnis einer Familie in den Köpfen der Jugendlichen pluralisiert und beinhaltet mehr Modelle als ein mitunter als klassisch zu bezeichnendes Beziehungsgeflecht aus Vater, Mutter und Kindern – letztere sind für die Definition einer Familie jedoch zentral (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 32f). In diesem Zusammenhang wird umgekehrt auch darauf verwiesen, dass die Heirat kein zwingender Teil in diesem Lebensabschnitt mehr ist (ebd., 34). Ein vermeintlicher Widerspruch lässt sich an dieser Stelle mitunter damit erklären, dass ein Unterschied besteht zwischen dem Wunsch, selbst zu heiraten, und der Ansicht, dass eine Ehe ein essentieller Bestandteil einer Beziehung ist.

Bezüglich der Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen gibt es zwar eine klare Mehrheit für eine prinzipielle Gleichbehandlung der Geschlechter privat wie öffentlich, wobei Burschen etwas weniger zustimmen als Mädchen. Hausarbeit wird immer noch stärker weiblich verstanden, Männer erkennen hingegen ihre Vaterrolle stärker an (Kromer 2011, 188).

In der Jugend-Wertestudie 2011 wird schließlich auf einen Unterschied anhand der formalen Bildung hingewiesen: Eher

niedrig qualifizierte Jugendliche hängen demnach stärker einem traditionellen Rollenverständnis an, junge Menschen mit höheren Abschlüssen akzeptieren demgegenüber eine Aufteilung der Aufgaben im Haushalt als „Resultat eines rationalen Verhandlungsprozesses“ (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 36).

6.3.3. Kommentar: Schwerpunkt auf Partnerschaft! (Wolfgang Mazal)

Die Ergebnisse des Jugendmonitors zeigen, dass Familie auch für die nächste Generation einen überaus hohen Stellenwert hat. Auffallend ist dabei, dass die Vorstellungen der Jugendlichen von traditionellen Mustern geprägt sind. Unabhängig von methodischen Vorbehalten, die im Zusammenhang mit den Fragestellungen des Jugendmonitors erhoben werden können, ist aus meiner Sicht doch interessant, dass die erhobenen Antworten in einem zumindest scheinbaren Bruch zum realen Verhalten stehen: Während eine feste Paarbeziehung und der Wunsch nach Kindern im Jugendmonitor gewünscht werden, indiziert eine hohe Quote unehelicher Geburten und ein hohes Erstgeburtsalter von Frauen eine Diskrepanz zwischen Wunschvorstellung und Realität.

Berücksichtigt man, dass die Altersgruppe, die der Jugendmonitor erfasst, nicht mit jenen Altersgruppen deckungsgleich sind, die die anderen genannten Indikatoren erfassen, kommen zwei Deutungen in Betracht, je nachdem ob man die Tendenz der Wunschvorstellung tendenziell gleichbleibend bzw. fallend oder tendenziell sogar steigend einschätzt:

- Die Annahme einer gleichbleibenden oder fallenden Tendenz würde die Vermutung nahe legen, dass es den Menschen in einem erheblichen bzw. sogar steigenden Ausmaß nicht gelingt, ihre Wünsche zu realisieren.
- Die Annahme einer steigenden Tendenz würde die Vermutung nahe legen, dass sich die nächste Generation stabilere Lebensverhältnisse wünscht als sie in der Lebensrealität der Vorgeneration sieht.

Unabhängig davon, welcher Deutung man zuneigt, stellt sich über die Datenanalyse hinaus die Frage, unter welchen Bedingungen es überhaupt gelingen kann, den Wunsch nach einer stabilen Paarbeziehung, die einen verlässlichen Rahmen für die Erfüllung des Kinderwunsches bieten kann, zu realisieren.

Diese Frage drängt sich nicht zuletzt angesichts einer Auswertung des Vienna Institute for Demography (VID) der ÖAW auf, dass europaweit bei den Gründen, warum ein Kinderwunsch, den man vor zwanzig Jahren hatte, nicht realisiert wurde, an erster Stelle gesundheitliche Probleme in der Paarbeziehung und an zweiter Stelle Probleme in der Partnerschaft genannt wurden. Von besonderer Brisanz ist dabei der Unterschied in der geschlechtsbezogenen Sicht: Bei Frauen stehen an erster

Stelle die gesundheitlichen Probleme in der Partnerschaft und die Beziehungsprobleme an zweiter Stelle; bei Männern ist es genau umgekehrt: In der Retrospektive geben Männer den Mangel einer geeigneten Partnerin bzw. Probleme in der Partnerschaft vorrangig als Grund dafür an, warum ein Kinderwunsch langfristig nicht realisiert wurde.

Offensichtlich sind jene Themen, die die öffentliche Diskussion über die geringe Geburtenrate nachhaltig prägen, andere als die Akteure selbst für die Lebensentscheidung „Kind“ für relevant erachten: Nur zu einem geringen Ausmaß sind finanzielle Aspekte, weniger auch die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbsarbeit, und die Befriedigung des Wohnbedarfs für die Realisierung des Kinderwunsches entscheidend. Angesichts des Umstandes, dass es medizinisch nahe liegend ist, wenn bei steigendem Erstgeburtssalter Frauen gesundheitliche Probleme stärker erfahren als Männer, bleibt vielmehr für beide Geschlechter die grundlegende Frage nach dem Gelingen der Partnerschaft zentral.

Hier sehe ich sowohl Nachholbedarf in der wissenschaftlichen Forschung als auch enorme Defizite in der öffentlichen Kommunikation: Stabile Beziehungen sind zwar von großer Bedeutung in der Wirtschaft, wo die Pflege nachhaltiger Customer Relations einen hohen Stellenwert besitzt; mit der Frage, unter welchen Bedingungen eine stabile familiäre Beziehung gelingen kann, werden Jugendliche heute jedoch weitgehend alleine gelassen und darauf verwiesen, ihre eigenen Erfahrungen zu machen. Ob dies der Weisheit letzter Schluss ist, wage ich zu bezweifeln.

Die Einbettung des Jugendmonitors in die Gesamtdatenlage regt somit dazu an, das offensichtlich zentrale Problem, nämlich die Partnerschaftsfrage aufzugreifen: Wenn Familienpolitik nicht nur Appendix von Sozialpolitik, Frauenpolitik, Armutspolitik und Arbeitsmarktpolitik sein soll, sollte in Zukunft ein politischer Schwerpunkt auf die genuin familienspezifische Thematik gelegt werden, unter welchen Voraussetzungen partnerschaftliche Beziehungen gelingen können!

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal ist Professor für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien und Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF).

6.4. Pensionen

Pensionen und der Themenbereich der demographischen Entwicklung war der Schwerpunkt in Datenerhebung 5 (August 2011).

6.4.1. Gesammelte Ergebnisse

Pensionen gehörten zu jenen Lebensbereichen, bei denen die Jugendlichen in der Zukunft mit Abstand am meisten Verschlechterungen erwarteten: Fast drei Viertel der Befragten gaben Mitte 2010 an, dass sich die Situation in den nächsten zehn Jahren negativ entwickeln werde, zu Beginn 2012 waren es noch gut 60 Prozent (siehe **Abbildung 11**). Trotz des Unterschieds ist der Bereich in beiden Datenerhebungen am negativsten bewertet worden, bei der zweiten Abfrage herrschte eine generell etwas positivere Stimmung unter den Befragten, was die Abweichungen (mit)erklärt.

Die Mehrheit in allen Untergruppen war pessimistisch, mit dem Alter und der formalen Bildung nahm der Anteil noch zu. Frauen waren ebenfalls tendenziell etwas negativer zum Thema Pensionen eingestellt. In diesem skeptischen Ausblick zeigte sich die Einschätzung der Jugendlichen, dass es schlecht um ihre Chancen auf eine staatliche Pension bestellt sei. In anderen Studien finden sich ähnliche Befunde, die unter anderem als „resignative Gewissheit“ (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 76) zusammengefasst werden.

Demographische Entwicklung in Österreich

Das Pensionssystem hängt stark mit der demographischen Entwicklung Österreichs zusammen. Mit dem Begriff verbanden die Jugendlichen vor allem eine älter werdende Bevölkerung, eine sinkende Geburtenrate und erhöhte Zuwanderung. Nur vier Prozent nannten im Herbst 2011 spontan Probleme mit dem Pensionssystem in der Form, dass Jugendliche weniger oder kein Geld mehr bekommen würden. Knapp 20 Prozent konnten mit der Bezeichnung Bevölkerungsentwicklung nichts anfangen.

Nach einer Erklärung erwarteten die meisten Befragten (21 Prozent) vor allem Schwierigkeiten bei den Pensionen als eine Konsequenz dieser Entwicklung, ebenso wie eine Anhebung des Pensionsalters (17 Prozent). Zehn Prozent sahen Herausforderungen bei der Pflege älterer Menschen und rechneten mit geringeren Pensionen. Höhere Steuern und ein teureres Gesundheitswesen waren weitere Assoziationen.

Offen gefragt nach möglichen positiven Auswirkungen sagte eine Mehrheit von 28 Prozent, dass sie keine derartigen Konsequenzen erkennen können. Weitere 35 Prozent konnten zudem spontan keine Angaben machen. Zwölf Prozent fanden es positiv, dass Menschen älter werden und länger leben, sieben Prozent

sahen bessere Jobchancen für Jugendliche.

Explizit auf negative Folgen angesprochen gab es zahlenmäßig mehr Antworten, allerdings ohne einen klaren Schwerpunkt. Vielmehr kam eine Sammlung unterschiedlicher Assoziationen zustande: Eine Anhebung des Pensionsalters, allgemeine Schwierigkeiten bei den Pensionen, Defizite in der Altenpflege und sinkende bzw. steigende Kinder- bzw. Pensionst/innen-Zahlen gehörten zu den relativ am häufigsten genannten Auswirkungen. Auch hier konnte ein Viertel der Befragten – und damit die größte Gruppe – keine Angaben machen.

Die offen gestellten Fragen zum demographischen Wandel und der Bevölkerungsentwicklung im Jugendmonitor haben gezeigt, dass die Jugendlichen mit dem Begriff an sich etwas anfangen können, ihre Erwartungen oder Sorgen aber schwer greifbar und nicht auf einen bestimmten Bereich fokussiert sind. Neben der Vielschichtigkeit des Themas dürfte das damit zusammenhängen, dass alle Aspekte des Alterns für junge Menschen vergleichsweise noch weit in der Zukunft liegen.

Eine Vorgabe von möglichen Antworten hat das Bild dahingehend geschärft, dass die Befragten zu 90 Prozent der Aussage zustimmten, dass Pensionen, Gesundheit und Pflege immer schwerer zu finanzieren sein werden (siehe **Abbildung 30**). Dies war die mit Abstand höchste Zustimmung in diesem Kontext und wurde von allen Untergruppen in ähnlichem Ausmaß geteilt, die über 22-Jährigen waren noch etwas stärker dieser Ansicht.

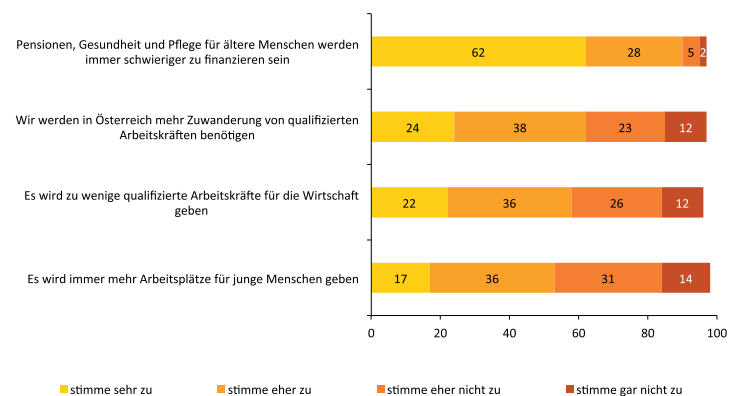
62 Prozent waren zudem der Meinung, dass Österreich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften benötigen wird, insbesondere ältere Befragte. Ähnlich viele Personen erwarteten einen entsprechenden Mangel am Arbeitsmarkt bzw. für die Wirtschaft. Knapp die Hälfte sagte zudem, dass sie mit mehr Arbeitsplätzen für junge Menschen rechne.

Abbildung 30: Aussagen zum demographischen Wandel

„Ich lese Ihnen/dir einige Aussagen zu möglichen Folgen der Bevölkerungsentwicklung vor, bitte sagen Sie/sag mir jeweils, ob du diesen Aussagen sehr, eher, eher nicht oder gar nicht zustimmen/zustimmst.“

Angaben in Prozent; n=800; Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 5.



Die Ursache für den demographischen Wandel sahen gut 50 Prozent der Jugendlichen darin, dass es immer weniger Kinder gibt und die Familien generell kleiner werden, was Frauen etwas stärker als Männer wahrnehmen. 39 Prozent sahen den Hauptgrund darin, dass dank einer besseren Gesundheitsversorgung die Menschen immer älter werden, weitere vier Prozent nannten eine zu geringe Zuwanderung nach Österreich.

Relativ uneinig waren sich die Befragten, wann die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung in Österreich spürbar werden könnten. 22 Prozent meinten, dass dies bereits der Fall sei, 28 Prozent nannten die nächsten zehn, weitere 25 Prozent die nächsten 20 Jahre als Zeitraum dafür. Knapp 20 Prozent sagten, dass dies erst in 20 Jahren oder mehr der Fall sein wird. Ältere Befragte waren stärker der Meinung, dass Folgen unmittelbar spürbar sind und eintreten, jüngere Personen sahen noch mehr zeitlichen Spielraum.

Bei der Einschätzung des Ist-Standes zeigten die Jugendlichen ein relativ realistisches Bild: Sie schätzten die durchschnittliche Lebenserwartung mit 77 Jahren ziemlich genau (sie lag 2012 bei rund 78 Jahren für Männer und rund 83 Jahren bei Frauen; Statistik Austria 2013c). Daran anknüpfend nannten die Befragten zu 43 Prozent das Alter zwischen 60 und 64 Jahren als geeigneten Zeitpunkt dafür, dass jemand in Pension gehen darf. 37 Prozent würden das Pensionsalter auf den Zeitraum 65 bis 69 Jahre legen, wesentlich andere Zeiträume würden nur sehr wenige Befragte anstreben. Männer waren gegenüber Frauen stärker für ein höheres Pensionsalter: Sie sprachen sich zu 43 Prozent für einen Pensionsbeginn zwischen 65 und 69 aus, Frauen hingegen zu 47 Prozent für die Spanne 60 bis 64 Jahre.

Pensionssystem

Große Skepsis herrschte – wie durch den negativen Ausblick bereits angedeutet – bezüglich der Zukunft des heimischen Pensionssystems. Drei Viertel der Jugendlichen waren der Ansicht, dass grundsätzliche Reformen notwendig sind, um das Pensionssystem langfristig zu sichern. Nur 14 Prozent hielten es für sicher, weitere 14 Prozent trauten sich kein Urteil zu (siehe **Abbildung 31**). Bei den 22- bis 24-Jährigen stieg der Anteil jener, die grundsätzliche Reformen für unumgänglich hielten, auf 84 Prozent. Frauen waren ebenfalls leicht pessimistischer als Personen mit formal höherer Bildung, was wiederum mit dem Alter der Befragten zusammenhing.

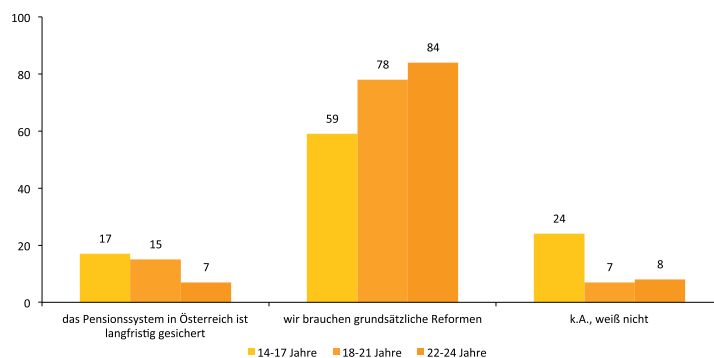


Abbildung 31: Zukunft des Pensionssystems nach Altersgruppen

„Glauben Sie/glaubst du, dass das Pensionssystem in Österreich langfristig gesichert ist oder dass wir grundsätzliche Reformen brauchen?“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 5.

Weitere zwei Drittel waren der Ansicht, dass die staatliche Pension einmal nicht ausreichen werde, um sich das eigene Leben zu finanzieren, was sich von der Tendenz her mit Ergebnissen anderer Erhebungen deckt (vgl. etwa Institut für Jugendkulturforschung 2012, 77). 26 Prozent glaubten daran, wobei die 14- bis 17-Jährigen etwas optimistischer waren – doch auch unter ihnen rechneten 58 Prozent damit, nicht mit der öffentlichen Pension auszukommen. Von den Befragten, die befürchteten, dass die staatliche Versorgung nicht ausreichen wird, meinte zudem die Hälfte, dass sie gar keinen Beitrag des Staates mehr für ihren Ruhestand erwarten würden.

Das unterschiedliche gesetzliche Pensionsalter von Männern und Frauen, dessen Angleichung immer wieder Teil der politischen Diskussion ist, hielten 38 Prozent für gut, 53 Prozent sprachen sich für eine Angleichung aus. Dies waren vor allem ältere Befragte und Männer, die zu 61 Prozent ein gleich hohes Pensionsalter befürworteten. Frauen hingegen waren zu 46 Prozent und damit mehrheitlich für die derzeitige Regelung. Ein generell höheres Pensionsalter aufgrund einer gestiegenen Lebenserwartung befürwortete knapp die Hälfte der Befragten.

Generationenkonflikt und Pflege

Ein Konflikt zwischen den Generationen am Arbeitsmarkt war im Jugendmonitor – wenn auch nur am Rande ein Thema – nicht klar zu erkennen. Über 90 Prozent der Jugendlichen stimmten der Aussage zu, dass sie vom Wissen älterer Menschen profitieren können. Rund 70 Prozent waren zudem der Meinung, dass ältere Arbeitnehmer/innen eben aufgrund ihrer Erfahrungen wichtige Mitarbeiter/innen sind und daher möglichst lang im Beruf bleiben sollten. Dieses Verhältnis wird allgemein auch mit „friedfertiger Ignoranz“ (Großegger 2011, 208) charakterisiert.

42 Prozent der Jugendlichen hatten zumindest teilweise das Gefühl, dass ältere Menschen von der Politik besser behandelt werden als junge Menschen. Knapp 50 Prozent lehnten diese Aussage aber ab, wobei sich die 14- bis 17-Jährigen etwas stärker benachteiligt fühlten.

Selbst auf einen möglichen Generationenkonflikt angesprochen waren die Jugendlichen in Österreich gespalten: Knapp

50 Prozent meinten, dass das Verbindende und die Solidarität zwischen Alt und Jung überwiegen würden, 43 Prozent hingegen sagten, dass das Trennende, Konflikte und Spannungen im Vordergrund stünden (siehe **Abbildung 32**). Junge Frauen waren etwas skeptischer in dieser Hinsicht, bei den 22- bis 24-Jährigen sah eine knappe Mehrheit den Konflikt im Vordergrund.

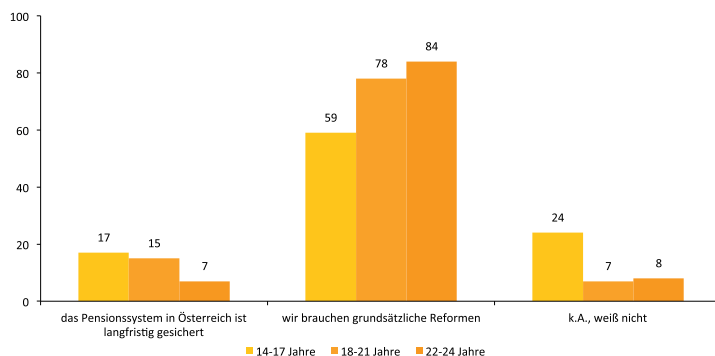


Abbildung 32:
Konsens oder Konflikt
zwischen den Generationen –
nach Altersgruppen

„Wenn Sie/du einmal an die Gesellschaft in Österreich denken/denkst: Überwiegt heute im Verhältnis zwischen Alt und Jung eher das Verbindende, also die Solidarität zwischen den Generationen, oder überwiegt eher das Trennende, also Spannungen und Konflikte zwischen den Generationen?“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 5.

Die Frage, wie man als junger Mensch einmal die eigenen Eltern betreuen kann, beschäftigte rund 50 Prozent der Befragten zumindest gelegentlich, 47 Prozent haben sich bisher darüber keine Gedanken gemacht. Vor allem Frauen setzten sich mit dem Thema stärker auseinander, auch mit dem Alter nahmen die diesbezüglichen Überlegungen zu.

Für den Fall, dass ein älteres Familienmitglied pflegebedürftig werde, meinten 54 Prozent, dass die Personen zuhause betreut werden sollte. Ein Viertel sprach sich für die Betreuung in einem Heim bzw. einer entsprechenden Einrichtung aus, 22 Prozent konnten oder wollten dazu keine Angaben machen. Die häusliche Pflege wurde dabei in ländlichen Gemeinden etwas stärker befürwortet als in der Stadt, dort sah knapp ein Drittel die Betreuung in einem Heim als am besten geeignet an.

Für die Pflege zuhause war aus Sicht der Jugendlichen in erster Linie der Ehe- oder Lebenspartner zuständig (92 Prozent). Jeweils rund 80 Prozent sahen aber auch die Kinder in der Pflicht oder würden eine/n Pflegehelfer/in hinzuziehen. Anderen Angehörigen oder Nachbar/innen kam hier keine vordringliche Rolle zu. Männer waren gegenüber einer Pflege durch die Kinder etwas zurückhaltender eingestellt. Bei all diesen Daten ist aber zu beachten, dass sie in den meisten Fällen Szenarien betreffen, die für die befragten Jugendlichen noch keine unmittelbare Relevanz haben.

6.4.2. Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien

Der demographische Wandel in Österreich ist anhand von Zahlen belegbar. Waren Ende der 1980er Jahre noch 25 Prozent

der Bevölkerung unter 20 Jahren, so waren es 2012 noch rund 20 Prozent. Bis 2030 und darüber hinaus wird der Anteil der unter 20-Jährigen auf 18 bis 19 Prozent sinken bzw. auf diesem Niveau stagnieren. Demgegenüber wird der Anteil der über 65-Jährigen von derzeit (2012) 18 Prozent auf 24 Prozent bis 2030 und bis zu 28 Prozent im Jahr 2075 steigen (Statistik Austria 2013d; Statistik Austria 2013e; Biffl 2011, 86).

Dies führt aber nicht automatisch zu einem größeren Arbeitsplatzangebot für jüngere Personen, sondern durch die notwendige Verlagerung von Sozialausgaben potentiell zu einem Generationenkonflikt, der sich auch dadurch ergeben kann, dass politische Schwerpunktsetzungen im Interesse der Ansprache einer größeren Bevölkerungsgruppe weg von der Jugend hin zu älteren Personen verschoben werden (Biffl 2011, 94f).

Demgegenüber gibt es aber auch die Argumentation, dass ein Konflikt zwischen Jung und Alt nicht vorprogrammiert ist, sondern eine „friedfertige Ignoranz“ (Großegger 2011, 208) besonders der Jugendlichen gegenüber den Erwachsenen herrscht. Im Jugendmonitor selbst gibt es beide Wahrnehmungen, einerseits Respekt und Anerkennung für ältere Personen, andererseits aber auch ein Gefühl der Trennung und Distanz.

Die Einschätzungen zum Pensionssystem im Jugendmonitor decken sich hingegen mit anderen Daten unter Jugendlichen, die allesamt einen skeptischen Blick auf die diesbezügliche Zukunft zeigen (Institut für Jugendkulturforschung 2012, 76). Jugendliche sind bei dem Thema, wie andere Bevölkerungsgruppen auch, vermutlich durch einen mittlerweile schon lang anhaltenden öffentlichen Diskurs geprägt, der die (Nicht)Finanzierbarkeit des Pensionssystems samt Argumenten für/wider Reformen abwägt sowie zusehends eine generelle Unsicherheit ins Zentrum entsprechender Überlegungen und Planungen stellt (ebd.).

In der Jugend-Wertestudie 2011 meinten jeweils rund drei Viertel der 14- bis 29-Jährigen, dass sie erstens später deutlich weniger Pension erhalten werden als Pensionist/innen heutzutage, und dass sie zweitens früh beginnen müssen, sich um eine zusätzliche private Altersvorsorge zu kümmern (ebd., 77). Immerhin die Hälfte gab an, sich noch keine Gedanken über die eigene Pension zu machen, während nur ein Drittel meinte, dass das staatliche Pensionssystem sicherer sei als eine private Altersvorsorge. Knapp 30 Prozent sagten zudem, dass das österreichische Pensionssystem sicherer sei als allgemein behauptet.

6.4.3. Kommentar: Junge Menschen und adäquate Alterssicherung – (k)ein Widerspruch? (Christine Mayrhofer)

Junge Menschen sind mit einer Unzahl an verunsichernden Aussagen/Schlagzeilen/Berichten konfrontiert. Schlagwörter wie demographische Belastung, hohe Staatsverschuldung, mangelnde Generationengerechtigkeit sind beinahe allgegenwärtig.

Resignation „wir Jungen bekommen keine Pensionen aus der gesetzlichen Alterssicherung mehr“ macht sich breit. Nachfolgend sind einige wichtige ökonomische Aspekte festgehalten, die in der veröffentlichten Diskussion zu kurz kommen.

Die gegenwärtige wie auch die zukünftige individuelle Erwerbs- und Einkommenssituation für junge Menschen und für zukünftige Berufseinsteiger/innen ist mit großen Unsicherheiten und Risiken behaftet: Die steigende Arbeitsmarktdynamisierung, die steigenden Qualifikationsanforderungen, die Zunahme von (im Vergleich zum langjährigen Vollzeitjob) de-standardisierten Beschäftigungsverhältnissen und die angespannte wirtschaftliche Lage mit steigenden Arbeitslosenzahlen auch in Österreich prägen die wirtschaftlichen Chancen der Menschen. Auch wenn in Österreich der Anteil der 15- bis 24-jährigen Jugendlichen der weder erwerbstätig ist noch an einer Bildung und Ausbildung teilnimmt im europäischen Vergleich mit 6,5 Prozent sehr gering ist (der Schnitt aller EU-Länder liegt mit 13,6 Prozent mehr als doppelt so hoch), erschweren die genannten Faktoren und Rahmenveränderungen die Arbeitsmarktintegration deutlich.

Finden junge Menschen keinen Job, der ihnen zu materieller Unabhängigkeit verhilft, besteht auch mittel- und langfristig die Gefahr einer mangelnden eigenständigen Alterssicherung. Geringe Erwerbseinkommen, häufige Erwerbslücken führen zu geringen Pensionshöhen in der gesetzlichen Pensionsversicherung, da in Hinkunft das gesamte Erwerbseinkommen (40 Jahre) für die Pensionshöhenberechnung herangezogen wird. Gering entlohnte Jobs (in jungen Jahren) führen damit nicht nur zu geringen Pensionshöhen im Alter, sondern reduzieren auch die Möglichkeit der individuellen Ersparnisbildung für den Wohnbedarf oder für private Pensionsvorsorge.

Arbeitsmarkt sichert individuell wie gesamtwirtschaftlich die finanzielle Lebensbasis

Die Aussichten auf eine zukünftige Leistung aus der gesetzlichen Pensionsversicherung hängen sowohl individuell als auch gesamtwirtschaftlich von der Anzahl der Erwerbstätigen und ihrer Einkommenshöhe ab. Unter der Annahme, dass in den kommenden Jahrzehnten das Erwerbseinkommen für die Mehrzahl der Menschen weiterhin die finanzielle Grundlage für das Leben bildet, ist die Arbeitsmarktentwicklung damit die Hauptdeterminante für jedwede Alterssicherungsperspektive: (1) Unmittelbar, da Erwerbseinkommen Voraussetzung für Ersparnisbildung ist und damit alle Formen der Altersvorsorge (ob gesetzliche, betriebliche oder private) erst ermöglicht; (2) Mittelbar, da für gesetzliche Pensionsleistungen die Dauer und Höhe der pensionsversicherungspflichtigen Beschäftigung entscheidend ist. Erwerbsjahre mit geringen Einkommenshöhen dämpfen in Zukunft stärker die Pensionshöhe.

In Österreich und der EU standen/stehen die Pensionsrefor-

men des abgelaufenen Jahrzehnts im Zeichen von Leistungskürzungen in den verpflichtenden umlagefinanzierten Systemen (European Commission 2012), begleitet vom Ausbau der betrieblichen und privaten kapitalgedeckten Systeme (Url 2007; European Commission 2010). Die Finanzmarktkrise förderte die Risiken im Bereich der kapitalfinanzierten Vorsorgesysteme zu Tage (Klec 2008): Pensionsleistungen mussten durch die Entwertung der Pensionsvermögen gekürzt werden, Beitragszahlungen wurden bei Einkommensverlusten ruhend gestellt etc.

Perspektiven in der gesetzlichen Pensionsversicherung

Bis zum Jahr 2060 sinken in der EU im Schnitt die Pensionen im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen der aktiv Beschäftigten um ein Fünftel (European Commission 2012). Dabei handelt es sich um eine relative Auseinanderentwicklung der Pensionshöhen gegenüber den Aktiveinkommen. Auch in Österreich ist in den beschlossenen Pensionsreformen, die erst teilweise in den kommenden Jahrzehnten voll zum Tragen kommen, die Reduktion der Pensionsleistungen verankert. Derzeit beträgt die Durchschnittspension der vormals unselbständig Beschäftigten 44 Prozent der Durchschnittseinkommen der Aktivbeschäftigten. Diese sogenannte „Ersatzrate“ sinkt bis 2060 um 16 Prozent auf prognostizierte 37 Prozent (Stefanits/Freitag 2012). Die Relation zwischen den beiden Größen verschlechtert sich, die Höhe der beiden Werte nimmt aber dennoch zu: Gemäß den Berechnungen des Sozialministeriums wachsen die Durchschnittspensionen jährlich um 1,2 Prozent, das entspricht beinahe einer Verdoppelung in fünf Jahrzehnten: Die derzeitige Durchschnittsmonatspension in der Höhe von 1.068 Euro (2010) erhöht sich beim angenommenen Wachstum von 1,2 Prozent pro Jahr auf 1.936 Euro im Jahr 2060. Die Aktiveinkommen wachsen gemäß diesen Berechnungen mit jährlich 1,6 Prozent, was zu einem Anstieg der Durchschnittseinkommen von 2.403 Euro (2010) auf 5.200 Euro im Jahr 2060 führen würde. Die Pensionsreformen reduzieren damit die zukünftigen Pensionen gegenüber den Aktiveinkommen, die tatsächlichen Pensionshöhen steigen allerdings in allen vorhandenen Projektionen weiterhin an (European Commission 2012; OECD 2011).

Individuelle und gesamtwirtschaftliche Alterssicherungsperspektiven hängen damit von der individuellen wie makroökonomischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung ab. Bislang schon führte die sinkende Lohnquote (Anteil der Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit am Volkseinkommen) zu einer angespannten Finanzierungssituation in der Alterssicherung, da die Beitragseinnahmen von der Beschäftigungs- und Lohnentwicklung bestimmt sind. Die mittel- bis langfristigen wirtschaftlichen Aussichten stellen keine Verbesserung der Rahmenbedingungen in Aussicht. Auch wenn gegenwärtig in der Mehrheit der EU-Mitgliedsländer das Armutsrisiko in der Gruppe

der über 65-Jährigen im Schnitt geringer ist als in der Bevölkerung 15-64 (Eurostat 2012b), führen die Verwerfungen am Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse etc.) zu einem steigenden Armutsrisiko im Alter.

Demographie als Stolperstein?

Der steigende Anteil älterer Personen in Relation zur Gesamtbevölkerung wurde bislang als eines der Haupt-Pensions-Reformargumente ins Treffen geführt. Tatsächlich sagen Bevölkerungsprojektionen für Österreich eine Zunahme der Gruppe der über 65-Jährigen von derzeit knapp 18 Prozent auf 29 Prozent im Jahr 2060 und eine Reduktion des Anteils der unter 15-Jährigen von derzeit 15 Prozent auf knapp 14 Prozent im Jahr 2060 voraus. Die im Schnitt steigende Lebenserwartung – die sich aus individueller Sicht positiv darstellt – wird im veröffentlichten Diskurs tendenziell als bedrohlich für das sozialstaatliche und wirtschaftliche Gefüge dargestellt.

Auch wenn die Zahl der Menschen im Pensionsalter kontinuierlich ansteigt, hängen die damit verbundenen Rückwirkungen auf die Alterssicherung weniger von der demographischen Entwicklung als vielmehr von der Arbeitsmarktentwicklung ab: Rücken Personen ins Pensionsalter vor, die keinen Pensionsanspruch haben, verändern sich die Pensionsaufwendungen in der Pensionsversicherung nicht. Allerdings würde dann die Altersarmut ansteigen. Tatsächlich führt aber die tendenziell steigende Frauenerwerbstätigkeit zu einer Zunahme der Zahl der Alterspensionen. Die Pensionsreformmaßnahmen wirken wiederum dämpfend auf die Zuwächse der Pensionszahlungen. Aus der Sicht der Pensionsversicherung braucht es aber zu jedem Zeitpunkt Beitragseinnahmen der aktiv Beschäftigten, die zeitgleich als Pensionszahlungen ausgeschüttet werden können. Wiederum zeigt sich, dass ein hohes Beschäftigungsniveau mit entsprechenden Lohnniveaus (=Beitragsgrundlage zur Pensionsversicherung) die Grundvoraussetzung der Pensionsfinanzierung bildet, gerade in einer Situation mit steigenden Zahlen von Pensionist/innen.

Bislang blieb diese Arbeitsmarktperspektive in der Pensionsreformdiskussion zu wenig beleuchtet. Aber auch bei individuellen Einschätzungen über die zukünftige Alterssicherung dominieren pensionsrechtliche und demographische Gegebenheiten. Die Herausforderung besteht aber darin, für junge Menschen Arbeits- und Einkommenschancen und

-möglichkeiten sowohl individuell als auch gesamtwirtschaftlich zu verbessern. Nur so kann es gelingen, die gesamtwirtschaftliche Prosperität in Österreich, die individuellen Einkommenslagen und die Finanzierung der Alterssicherung mittel- und langfristig auszurichten. Einfache – weil pensionsrechtlich definierbare – Pensionskürzungen stellen keine nachhaltige Lösung des vorhandenen Finanzierungsengpasses in der österreichischen Alterssicherung dar. Vielmehr braucht es konkrete politische,

betriebliche und auch individuelle Anstrengungen zur Forcierung von Arbeitsplätzen in Österreich.

Eine adäquate Alterssicherung der heute jungen Menschen mit dem Ziel einer Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung kann mit einem umlagefinanzierten System vergleichsweise besser erreicht werden. Die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Personen im Erwerbsalter und eine solidarische und paritätische Finanzierung der Beiträge von Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen sowie von zweckgebundenen Vermögenssteuern sind Eckpunkte eines zukunftssicheren und gerechten Pensionssystems für die jungen Menschen in Österreich.

Mag. Christine Mayrhofer ist Ökonomin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und arbeitet im Forschungsbereich Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherheit.

6.5. Mitbestimmung

Politische Partizipation und gesellschaftliche Mitbestimmung generell wurden in den Datenerhebungen 1 und 9 behandelt (Februar 2010 und September 2012).

6.5.1. Gesammelte Ergebnisse

Politische Mitbestimmung junger Menschen ist ein wesentlicher Teil ihrer Einbindung in die Gesellschaft. Mit der Senkung des Wahlalters 2007 auf 16 Jahre wurde die Möglichkeit an politischer Partizipation formal ausgeweitet, abseits davon stellt sich laufend die Frage, wie Jugendliche in die Gestaltung der Zukunft und damit des Umfelds, in dem sie jetzt und künftig leben, einbezogen werden können.

Im Jugendmonitor äußerte sich die Hälfte der Befragten zunächst grundsätzlich positiv zu dem Thema, indem sie 2010 meinte, dass es ausreichend viele Mitbestimmungsmöglichkeiten in Österreich gebe. 36 Prozent fanden, es gebe zu wenig Angebote und sieben Prozent meinten, es seien zu viele. Der Bedarf an Mitbestimmung nahm bei dieser Fragestellung vor allem mit dem Alter zu.

Mehr Partizipation wünschten sich die Befragten vor allem in ihrem Bundesland (67 Prozent), in der EU (66 Prozent), in der Bundespolitik (63 Prozent) sowie in der Universität bzw. an ihrem Ausbildungsplatz und in der Schule (60 bzw. 59 Prozent). In der Gemeinde und in der Familie hatten hingegen deutlich mehr Jugendliche das Gefühl, dass die bestehenden Möglichkeiten ausreichen würden.

Während die Beurteilung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule und am Arbeitsplatz naturgemäß vor allem mit dem Alter der Befragten zusammenhing, gab es abseits davon unterschiedliche Wahrnehmungen. Auf Gemeindeebene waren

es jüngere Befragte und Frauen, die sich mehr Möglichkeiten wünschten, regional, auf Bundes- und Europaebene vor allem die 22- bis 24-Jährigen.

Thematisch mehr Mitsprache würden sich die Jugendlichen vor allem bei Bildung und Jugendpolitik erwarten, sowie im Bereich Arbeit, dies hat sich gleichermaßen in den Datenerhebungen 1 und 9 des Jugendmonitors gezeigt (siehe **Abbildung 33**). Weitere genannte Bereiche waren Umwelt und Umweltschutz, Familienpolitik, Wirtschaftsfragen, Pensionen und Gesundheit.

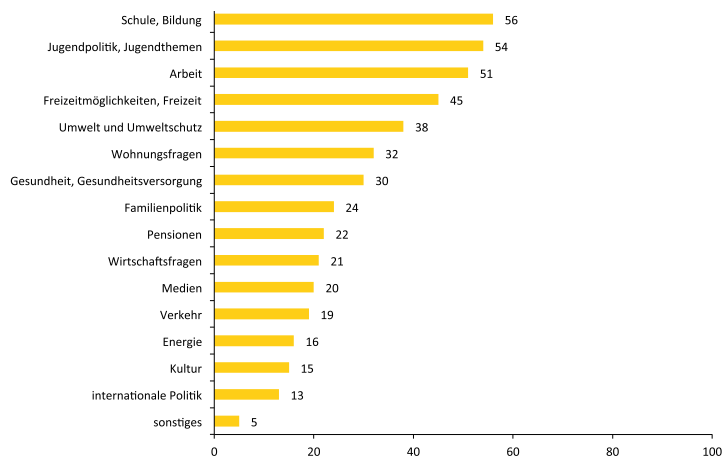


Abbildung 33:
Gewünschte Mitbestimmung
nach Bereichen

„Und nach Themen gefragt, gibt es bestimmte Bereiche, wo Sie sich/du dir mehr Mitsprachemöglichkeiten wünschen würden/würdest?“

Angaben in Prozent; n=800; offene Frage mit vordefinierten Kategorien, Mehrfachantworten. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 9.

Zwei Drittel der Jugendlichen waren im Herbst 2012 der Meinung, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sicher oder eher bei Entscheidungen mitbestimmen können, ein Drittel war hingegen skeptisch. Dabei gab es kaum Unterschiede nach Geschlecht, Alter oder formaler Bildung. Jugendliche in Städten waren etwas weniger – aber immer noch mehrheitlich – davon überzeugt, wirklich mitbestimmen zu können. Persönlich war es acht von zehn Befragten sehr oder eher wichtig, dass sie bei den Dingen, die in Österreich passieren, mitreden können. Ältere Personen und jene mit formal höherer Bildung bewerteten dies als noch wichtiger.

Interesse an Politik

An Politik interessiert bezeichneten sich knapp 40 Prozent, rund 60 Prozent zeigten sich wenig bis gar nicht interessiert. Männer und Personen über 17 Jahre neigten dazu, mehr Interesse an Politik zu äußern, dasselbe galt für Maturant/innen. Das Wahlrecht ab 16 fanden dennoch 62 Prozent eher gut, ein Drittel hielt es für eher schlecht. Hier waren es vor allem Frauen und jüngere Personen, die die Wahlteilnahme von 16- und 17-Jährigen befürworten.

Mit diesem Ergebnis hat sich die Stimmungslage der Jugendlichen seit der Wahlaltersenkung deutlich verändert: In der Pilotstudie Politische Bildung (DUK 2007) waren nur rund 40 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sehr oder eher für die Wahlaltersenkung gewesen, knapp 60 Prozent fanden es eher oder sehr schlecht.

Unabhängig vom Alter gab es damals keine mehrheitliche Unterstützung für die Maßnahme.

Ähnliche Befunde für das subjektiv als eher gering bezeichnete Interesse an Politik zeigen sich in unterschiedlichen Erhebungen (vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2012; Großegger 2011; Kromer 2011). Dabei wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Antworten auf diese Frage stark vom verwendeten Politikbegriff bzw. dem entsprechenden Verständnis der Jugendlichen abhängen, welches überwiegend von Parteipolitik und politischem Wettbewerb gekennzeichnet ist (Kromer 2011, 189).

Nach eigenen Angaben haben 20 Prozent bisher noch nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, auch wenn sie hätten wählen dürfen. Dieser Anteil an Nichtwähler/innen entspricht in etwa der Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2008. 41 Prozent waren bereits wählen, 36 Prozent hatten noch keine Gelegenheit dazu. Nach dem Geschlecht oder der Gemeindegröße fanden sich keine Unterschiede, ältere Personen waren naturgemäß schon öfter bei Wahlen dabei.

Offen nach zusätzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung gefragt konnten die Jugendlichen mehrheitlich (36 Prozent) keine Angaben machen. Zwölf Prozent würden sich mehr Volksbefragungen und Volksabstimmungen wünschen, zehn Prozent Abstimmungen und Diskussionen per Internet und neun Prozent generell mehr Mitsprache. Weitere zehn Prozent meinten, dass aus ihrer Sicht keine zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten nötig seien.

Aus einem Angebot an unterschiedlichen und neuen Formen der Mitbestimmung wählten in weiterer Folge 58 Prozent eine Internetseite aus, auf der Jugendliche über bestimmte Themen abstimmen können. 53 Prozent fänden die Idee gut, eine Beschwerdestelle für Jugendliche einzurichten, bei der diese Anliegen einbringen können, die zu wenig Beachtung seitens der Politik finden. Regelmäßige Versammlungen und Abstimmungen von Jugendlichen auf Gemeindeebene hielten 42 Prozent für eine geeignete Beteiligungsmöglichkeit, in etwa ebenso viele würden eigene Sprechtag von Politiker/innen für junge Menschen für gut halten. Der Idee einer Mindestquote von Personen unter 30 Jahren im Nationalrat konnten hingegen nur 30 Prozent etwas abgewinnen.

Nach soziodemographischen Kriterien betrachtet befürworteten Frauen die genannte Beschwerdestelle stärker, das galt auch für ältere Personen. Keine Unterschiede nach Gemeindegröße gab es beispielsweise beim Vorschlag regelmäßiger Versammlungen auf lokaler Ebene, ein Zusammenhang mit dem Wohnort in einer eher ländlichen oder eher städtischen Gemeinde besteht damit offenbar nicht. Formal höher gebildete Jugendliche befürworteten generell alle genannten Beteiligungsvorschläge besser.

Politische Beteiligung über das Internet

Mit der Verbreitung des Internet haben Fragen nach Partizipationsmöglichkeiten online an Bedeutung gewonnen. Vor die Wahl gestellt würden vier von zehn Jugendlichen sich eher über das Internet beteiligen, 49 Prozent würden aber nach wie vor die persönliche Beteiligung bevorzugen (siehe **Abbildung 34**). Männer und die 14- bis 17-Jährigen waren etwas internetaffiner, ebenso Personen, die im städtischen Raum wohnen. Nach formaler Bildung differenziert stieg hingegen die Neigung zur persönlichen Mitwirkung mit dem Bildungsgrad.

Unter Beteiligung im Internet stellten sich die meisten der Befragten eine Art Blog oder Plattform vor, auf der man seine Meinung posten kann (35 Prozent). 29 Prozent nannten Abstimmungen online, 15 Prozent Umfragen. Beteiligung über soziale Netzwerke wie facebook und twitter nannten spontan nur zehn Prozent, dasselbe galt für reine Informationsangebote und eigens veranstaltete Diskussionsrunden.

Rund 60 Prozent konnten sich vorstellen, dass sich Bürger/innen über das Internet laufend an politischen Entscheidungen beteiligen und dass ein solches Modell auch im Alltag auf Dauer funktionieren könnte. In diesem Fall waren es Frauen, die eher daran glaubten, sowie Personen unter 18 Jahren. Nach formaler Bildung waren kaum Unterschiede zu erkennen.

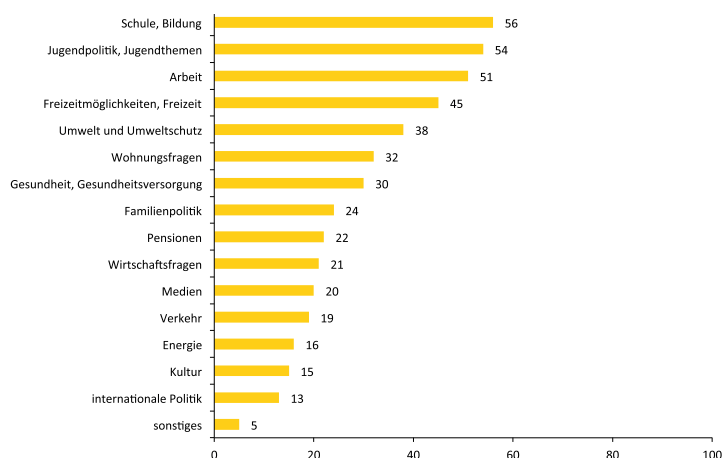


Abbildung 34:
Beteiligung offline und online

„Beteiligung kann man ja heute unterschiedlich ausüben, etwa über das Internet oder aber auch persönlich. Welchen der beiden Zugänge würden Sie/würdest du vorziehen?“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 9.

Formen politischer Partizipation

Wählen gehen ist jene Form der politischen Beteiligung, die unter Jugendlichen die größte Akzeptanz findet (siehe **Abbildung 35**), was sich auch mit den Befunden im sechsten Bericht zur Lage der Jugend in Österreich deckt. Nur vier Prozent gaben an, diese Art der Teilhabe für sich auszuschließen, alle übrigen waren bereits wählen oder könnten sich vorstellen, das zu machen. Entsprechend lehnten umgekehrt 55 Prozent eine bewusste Nichtteilnahme an einer Wahl ab, nur ein Drittel könnte sich vorstellen, auf diesem Weg ihre Meinung auszudrücken.

Auch andere Formen der Beteiligung genießen hohe Akzeptanz, sind aber bisher von den Jugendlichen selbst deutlich weniger angewandt worden. Je ein Viertel gab an, bereits eine Unterschriftenliste unterzeichnet oder eine Aktion öffentlich bzw. im Internet unterstützt zu haben. Zehn bzw. 17 Prozent lehnten ein entsprechendes Verhalten ab. Leserbriefe oder Kommentare schreiben, an Demos teilnehmen und das Sammeln von Unterschriften schlossen je knapp 30 Prozent der Befragten für sich aus, eine klare Mehrheit könnte sich das demnach aber für sich vorstellen. Ähnliches galt für die direkte Kontaktaufnahme mit Politiker/innen und die Teilnahme an einem Streik.

Etwas stärker war die Reservierung gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NGOs), rund 40 Prozent konnten sich ein persönliches Engagement bei einer NGO nicht vorstellen. Mehrheitlich negativ wurden die Mitgliedschaft in einer Partei und die Übernahme einer politischen Funktion gesehen, 59 bzw. 65 Prozent sagten, das nicht machen zu wollen. Nur ein Drittel könnte sich eine solche Beteiligung vorstellen.

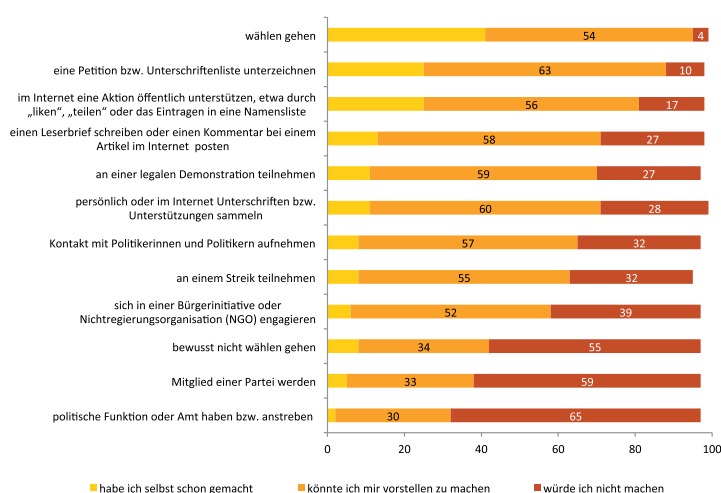
Die einzelnen Formen politischer Teilhabe wurden von Frauen und Männern, von jüngeren und älteren Personen und von Menschen mit formal niedriger bzw. hoher Bildung in Teilen unterschiedlich beurteilt, am Gesamtbild änderte das aber nichts. Männer waren etwas weniger bereit, Leserbriefe zu verfassen oder Petitionen zu unterzeichnen, Befragte mit einem formal höheren Bildungsgrad konnten sich tendenziell eher vorstellen, bei einer NGO mitzuarbeiten. Eine Parteimitgliedschaft wurde durch die Bank von allen Jugendlichen ähnlich stark abgelehnt, Frauen standen politischen Ämtern noch reservierter gegenüber. Die 22- bis 24-Jährigen waren weniger bereit, off- oder online Unterschriften zu sammeln.

Abbildung 35:
Bereitschaft zu politischer Beteiligung

„Ich lese Ihnen/dir ein paar Formen politischer Beteiligung vor, bitte sagen Sie/sag mir jeweils, ob Sie/du selbst sich auf die jeweilige Art schon einmal beteiligt haben/hast, ob eine solche Beteiligung für Sie/dich grundsätzlich vorstellbar wäre oder nicht.“

Angaben in Prozent; n=800. Rest auf 100=keine Angabe und Rundungsfehler.

Quelle: Jugendmonitor Datenerhebung 9.



6.5.2. Vergleich mit dem 6. Bericht zur Lage der Jugend und anderen Studien

Dass Politik bei Jugendlichen nur ein untergeordnetes Thema und das selbst eingeschätzte politische Interesse nur begrenzt ist, dieser Befund findet sich wie angesprochen in unterschiedlichen Erhebungen (vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2012; Großegger 2011; Kromer 2011). Diese Einschätzung zeigt sich bei näherer Analyse allerdings insofern als zu kurz gegriffen, da sie das Politikverständnis von Jugendlichen nicht in Betracht zieht. Dieses ist offenbar stark durch Parteipolitik und politischen Wettbewerb geprägt, was Politik für Jugendliche tendenziell „unattraktiv und uninteressant“ (Kromer 2011, 189) macht.

Die Selbstbeschreibung, wenig bis gar nicht an Politik interessiert zu sein, bezieht sich daher mitunter auf die institutionalisierte Parteipolitik, schließt aber andere, inhaltliche, Politikfelder nicht mit ein (vgl. dazu auch Zeglovits/Schwarzer 2011; SORA/ISA/Kozeluh 2009). Unabhängig davon wird als ein wichtiger Einfluss auf das politische Interesse der Status als Schüler/in oder aber eine bereits ausgeübte Berufstätigkeit gesehen (Zeglovits/Schwarzer 2011, 260).

In Sachen Demokratieverständnis und Akzeptanz unterschiedlicher Formen politischer Beteiligung zeigen sich im 6. Bericht zur Lage der Jugend ähnliche Ergebnisse wie im Jugendmonitor, wobei dort allgemeiner das System Demokratie und seine Aspekte etwa der freien Meinungsäußerung und einer politischen Opposition abgefragt wurden (Kromer 2011, 190).

In Sachen Wählen mit 16 konstatieren Zeglovits/Schwarzer (2011, 260) eine reale Auswirkung der Senkung des Wahlalters auf das politische Interesse, was sie mit Veränderungen in entsprechenden Werten vor und nach 2007 belegen (siehe **Abbildung 36**).

	15–24-Jährige; EUYOUPART 2004	14–24-Jährige; Jugend und politische Bildung 2007	16–18-Jährige; EUYOUPART 2004	16–18-Jährige; Wählen mit 16 2008
sehr interessiert	10	20	9	23
ziemlich interessiert	31	48	25	34
wenig interessiert	45	25	50	34
gar nicht interessiert	12	8	14	9
weiß nicht, keine Angabe	2	<1	2	<1
n	1007	700	318	1000
Religion	10	20	40	28
Politik	8	24	40	27

Abbildung 36:
Politisches
Interesse vor
und nach der
Wahlaltersenkung
2007

Angaben in Prozent.

Quelle: Zeglovits/Schwarzer
2011, 260.

Überwiegend sind die Jugendlichen mit der Demokratie zufrieden, doch rund ein Drittel ist auch kritisch – die Ursache wird in einer gefühlten Distanz zu den Politiker/innen vermutet; dazu gibt es in den Daten auch hohe Zustimmung für die Aussage, dass sich Politiker/innen nicht um die Anliegen Jugendlicher kümmern würden (Zeglovits/Schwarzer 2011, 262).

Wie im Jugendmonitor führt auch der 6. Bericht zur Lage der Jugend 2011 das Wählen als jene politische Beteiligungsform, die von Jugendlichen am stärksten akzeptiert wird (siehe **Abbildung 37**). Die Wahlbeteiligung ist dabei mit jener in der Gesamtbevölkerung vergleichbar. Daneben sind (in einer etwas anderen Liste von Aktivitäten) die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion, das Mitmachen bei einer Spendenaktion und die Mitarbeit in einer Schüler/Jugendvertretung sowie die Teilnahme an einer Demonstration vergleichsweise akzeptiert. Parteipolitisches Engagement findet hingegen weniger Zustimmung, ebenso wie die bewusste Nichtteilnahme an Wahlen. Die Bereitschaft zu illegalen Aktionen ist nur minimal vorhanden, was auch an der Bereitschaft, sich hier zu deklarieren, liegen kann (Zeglovits/Schwarzer 2011, 268ff). Politische Reife zeigt sich unabhängig von der konkreten Tätigkeit bei Jugendlichen aber auch dadurch, dass sie durchaus selbstkritisch sind, was den eigenen Informationsstand betrifft (ebd., 261).

	schon gemacht	Bereitschaft
Beteiligung an Wahlen	31	59
ein politisches Amt übernehmen	3	29
bei einer Spendenaktion mitmachen	34	49
Leserbriefe schreiben	8	49
Wahlen bewusst boykottieren	4	27
in der Schülervertretung/anderer Jugendvertretung mitarbeiten	19	48
sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen	30	53
an einer Demonstration teilnehmen	13	49
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	4	52
an Ständen mitarbeiten	5	46

Abbildung 37:
Tatsächliches Engagement
und Bereitschaft von 14- bis
24-Jährigen

Angaben in Prozent.

Quelle: Zeglovits/Schwarzer 2011, 265.

Abschließend ist anzumerken, dass eine Beschwerdestelle, wie sie auch im Jugendmonitor vorgeschlagen wurde, bereits 2008 eine Mehrheit unter den damals befragten 14- bis 20-Jährigen gefunden hat. Eigene Jugendparlamente und die garantierte Aufstellung junger Kandidat/innen erhielten demgegenüber weniger Unterstützung und erschienen den Jugendlichen offenbar weniger attraktiv, wenn es um die Vertretung der eigenen Anliegen ging (Zeglovits/Schwarzer 2011, 263).

6.5.3. Kommentar: Mitbestimmung Jugendlicher (Manfred Zentner)

Beteiligung am öffentlichen Leben, insbesondere an Entscheidungs- und Mitgestaltungsprozessen, ist ein Grundwert der Demokratie, der sich nicht nur in institutionalisierten Formen der Mitbestimmung manifestiert. Partizipation ist mehr als alle paar Jahre wählen zu gehen, es gibt durchaus mehr Arten, sich einzubringen und die eigenen Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren. Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, aber auch bewusstes Konsumieren, Einbindung von Medien oder Boykottmaßnahmen stellen Formen der Beteiligung dar. Jugendliche nutzen diese Möglichkeiten – ebenso wie Erwachsene – höchst individuell und sehr unterschiedlich.

In Österreich existieren mehrere institutionalisierte Formen der Partizipation für Jugendliche auf nationaler und regionaler Ebene, ebenso wie auf jener von Interessensvertretungen. An erster Stelle ist das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren zu nennen, mit dem Österreich europaweit Vorbildfunktion hat. Es gibt neben diesem Wahlrecht – von dem Jugendliche laut Untersuchungen zumindest nicht in einem geringeren Maß Gebrauch machen als Erwachsene über 25 Jahre – aber auch andere jugendspezifische Formen der Mitbestimmung: So gibt es Jugendvertretungen, aufgebaut als Dachorganisation von Einrichtungen und Vereinen der Kinder- und Jugendarbeit, auf Bundes- und Landesebene, die bei jugendrelevanten Gesetzen konsultiert werden. Vielfach gibt es demokratisch gewählte parlamentarische Vertretungen auf Gemeindeebene, wo Jugendliche in einem Jugendgemeinderat über jugendrelevante Belange der Kommunalpolitik nicht nur diskutieren können, sondern auch mitbestimmen, jedenfalls angehört werden. Weiters existieren im Bildungssegment gewählte Schülerinnen- und Schülervertretungen sowie Vertretungen der Studierenden, die in Entscheidungen ihren Bereich betreffend eingebunden sind. Nicht alle diese Angebote sind aber in der Gruppe der Jugendlichen allgemein bekannt oder werden besonders intensiv genutzt.

Daneben gibt es auch sehr projektbezogene Partizipationsangebote, die sich oft auf eine Mitgestaltung des direkten Lebensraums (z.B. von Schulhöfen, bestimmten Angeboten oder Freizeitinfrastruktur) beziehen. Auch diese Optionen werden selten von sehr vielen Jugendlichen wahrgenommen, denn Mitgestaltung setzt natürlich noch mehr Eigeninteresse als Mitbestimmung (ohne Beteiligung an der Umsetzung) voraus.

Andere Alternativen zu den vorgegebenen und teilweise gesetzlich verankerten Beteiligungsformen sind oftmals durch den Einsatz – sogenannter – neuer Medien gekennzeichnet, die rasches und vor allem kurzfristiges Mitmachen ermöglichen. Inwieweit aber Online-Abstimmungen, Befragungen und Konsultationen oder einfache Foren als politische Beteiligung gesehen werden können ist umstritten. Ein Problem dieser Alternativangebote ist jedenfalls, dass sie von vielen erwachsenen Politikgestaltern gar nicht wahrgenommen – und wenn, dann nicht immer in ihrem Beteiligungspotenzial erkannt – werden.

Die oft genannte Politikverdrossenheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den westlichen Industriestaaten wird natürlich auch in

Österreich immer wieder diagnostiziert – wenngleich auch kaum mehr ohne auf die allgemeine Skepsis gegenüber (Partei)Politik hinzuweisen. In ganz Europa spricht man von einer Beteiligungsmüdigkeit bei demokratischen Prozessen – und zwar von allen Altersgruppen – und konstatiert darin eine Gefährdung der Demokratie per se.

Gleichzeitig kann man aber eine neue Dynamik bei Bürger/innenbewegungen und direkten (gesellschafts-)politischen Aktionen feststellen: Große Protestbewegungen, ob in Deutschland (Stuttgart 21), Spanien (Puerta del Sol), neuerdings in der Türkei (Taksim) oder auch in Österreich (Anti-ACTA) werden oft von jungen Menschen vorangetrieben. Gemeinsam ist diesen Bewegungen, dass sie dem Leben im Zeitalter der Individualisierung entsprechen: Sie zeigen sich parteiunabhängig respektive -übergreifend ausgerichtet, betreffen (meist) nur bestimmte Lebensbereiche und sind durch klare Symbole und/oder Orte markiert. Somit erfüllen sie genau die Anforderungen der Lebensgestaltung in der zweiten Moderne: Inszeniert und mit Symbolen aufgeladen, basierend auf kurzfristigen und schwachen Bindungen bei klar umrissenen Themen, die Probleme aufzeigend und eine Lösung fordernd, ohne sie unbedingt selbst zu kennen. Sie sind nicht Ausdruck einer grundsätzlich „politischen Lebenshaltung“, die durch eine Ideologie getragen ist. Partizipation – abseits von Wahlen – scheint heute weitgehend ideologiefrei, dafür aber themenspezifisch, kritisch und dienstleistungsorientiert zu erfolgen. Aber das ist ebenfalls kein ausschließliches Jugendphänomen.

MMag. Manfred Zentner ist am Institut für Jugendkulturforschung in den Bereichen Forschung und Fortbildung tätig, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Donau Universität Krems im Department für Migration und Globalisierung sowie unter anderem offizieller Korrespondent Österreichs beim European Knowledge Center for Youth Policy.

7. Fazit

Der Jugendmonitor hat in seinen bisher elf Datenerhebungen einen Blick auf unterschiedliche Themen aus der Perspektive der 14- bis 24-Jährigen in Österreich geworfen. Neben teils sehr konstanten Ergebnissen konnten damit Einflüsse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich und Europa auf das Meinungsklima von Jugendlichen zumindest im Ansatz gezeigt werden, ebenso wie ein Bild bezüglich der Einstellungen junger Menschen zu gesellschaftlichen Instanzen und Fragen wie Familie, Arbeitsleben und Pensionen umrissen werden konnte.

Der Jugendmonitor hat dabei einmal mehr gezeigt, dass der Begriff der „Jugend“ in vielen Fragen mehr Differenzierung benötigt. Welche Untergruppen hierbei sinnvoll sind hängt stark vom Thema ab. Bei Fragen zu Vorstellungen zur Familie hat sich ein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen gezeigt. In Sachen Arbeitsmarkt spielt die eigene Berufstätigkeit eine Rolle, und diese ist naturgemäß mit steigendem Alter stärker gegeben als beispielsweise in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen.

Daneben existieren aber Themen, bei denen junge Menschen unabhängig von einzelnen Faktoren überwiegend einer Meinung sind und sich als solche relativ homogene Gruppe von der Gesamtbevölkerung unterscheiden. Das eindrucksvollste Beispiel diesbezüglich ist die persönliche Zukunftssicht, die sich – bei aller Vorsicht, die unterschiedliche Erhebungsmethoden und Fragestellungen erfordern – optimistischer darstellt als im Rest der Gesellschaft.

Die dabei mitunter widersprüchlich erscheinenden Sorgen, die etwa in Bezug auf Auswirkungen der Wirtschaftskrisen zu Tage getreten sind, ändern an dieser Zuversicht kaum etwas. Das lässt sich einerseits so interpretieren, dass den Jugendlichen eine realistische Sichtweise auf die Tragweite von derartigen Entwicklungen fehlt und sie sich, in gewisser Weise fast naiv, selbst von diesen Veränderungen ausnehmen. In dem Fall wäre allerdings anzumerken, dass sich ähnliche Dissonanzen ebenfalls bei Erwachsenen zeigen lassen.

Andererseits kann man argumentieren, dass sich durch die ungebrochene positive Sicht auf die Zukunft ein Vertrauen in die heimische Gesellschaft und die von ihr gebotenen Möglichkeiten für eine erfolgreiche persönliche Zukunft zeigt. Dafür sprechen mehrere Resultate, die etwa den Zuspruch zu einer eigenen Familie oder das Gefühl, politisch mitzubestimmen, belegen.

Der Jugendmonitor kann und soll kein Ersatz für andere, spezialisierte und methodisch anders angelegte Studien sein, sondern mit seinen Ergebnissen zum Forschungsstand über junge Menschen in Österreich beitragen und helfen, einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung von Einstellungen und Meinungen im Angesicht einer sich ändernden Gesellschaft zu erhalten.

Viele der behandelten Themen können in einer empirischen Befragung naturgemäß nur angerissen werden, in allen Fällen bietet es sich an, die Ergebnisse mit anderen Daten zu vergleichen und sie weiter zu vertiefen.

8. Quellen

- Biffl, Gudrun:** Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Generationenbeziehungen, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 83-96.
- Donau-Universität Krems (DUK):** Pilotstudie Jugend und Politische Bildung. Krems 2007.
- Europäische Kommission:** Eurobarometer. Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in Österreich/der EU 2009 bis 2013. Brüssel 2013.
- European Commission:** The 2012 Ageing Report, Economic and budgetary projections for the 27 EU Member States (2010-2060). European Economy 2/2012.
- European Commission:** Progress and key challenges in the delivery of adequate and sustainable pensions in Europe. European Economy, Occasional Paper, No. 71, Nov. 2010.
- Eurostat:** Unemployment rate by sex and age groups - annual average 2012. 2012a, <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>, 20.9.2013.
- Eurostat:** Statistics in Focus, 9/2012, 2012b, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-12-009/EN/KS-SF-12-009-EN.PDF, 20.9.2013.
- Eurostat:** Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht - Alter 15-24. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=teil021>, 20.9.2013.
- GfK:** Consumer Confidence Barometer. Juli 2013. Wien 2013, http://www.gfk.com/at/Documents/presse/2013/CCB%202013/MWAugust13_Internet.pdf, 20.9.2013.
- Großegger, Beate:** Familie, Freunde/innen, Szene: Beziehungskulturen im jugendlichen Alltag, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 199-227.
- IMAS:** Silvesterstimmung: Deutlich besser als im Vorjahr. Linz 2012, <http://imas.at/index.php/de/imas-report-de/archiv/291-silvesterstimmung-deutlich-besser-als-im-vorjahr>, 20.9.2013.
- IMAS:** Alarm ohne Panik. Linz 2011. <http://www.imas.at/images/imas-report/2011/27-2011.pdf>, 20.9.2013.
- Institute for Social Research and Consulting (SORA)/Institut für Strategieanalysen (ISA)/Kozeluh, Ulrike:** Wählen mit 16. Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Wien 2009.
- Institut für Jugendkulturforschung:** Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011. Wien 2012.
- Klec, Gerald:** Sicherungssysteme und Risikoverteilung bei Betriebspensionen. Ländervergleich. Wien 2008.
- Kromer, Ingrid:** Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 183-197.
- Lassnigg, Lorenz:** Arbeitsmarktbedingungen und Beschäftigung, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 133-154.
- OECD:** Pension at a Glance. Paris 2011.
- Schlögl, Peter:** Bildungspartizipation – Bildungswege und Bildungswahl, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 97-118.
- Spectra:** Wirtschaftsbarometer. Linz 2013, <http://www1.spectra.at/cms/index.php?id=200&frage=2b&trend=j>, 20.9.2013.
- Statistik Austria:** Geborene 2012. Wien 2013a, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/geburten/index.html, 20.9.2013.
- Statistik Austria:** Erwerbstätige nach beruflicher Stellung und Geschlecht. Wien 2013b, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaeatige/062860.html, 20.9.2013.
- Statistik Austria:** Demographische Indikatoren. Wien 2013c, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_masszahlen/demographische_indikatoren/, 20.9.2013.
- Statistik Austria:** Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 2002 nach fünfjährigen Altersgruppen und Geschlecht, Wien 2013d, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/023427.html, 20.9.2013.
- Statistik Austria:** Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2011-2075 laut Hauptszenario. Wien 2013e, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027308.html, 20.9.2013.
- Stefanits, Johann/Freitag, Roman:** Bericht über die Langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2010 bis 2060 auf Basis von EU-Annahmen. Wien 2012.
- Url, Thomas:** Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich 2007. Wien 2009.
- Zeglovits, Eva/Schwarzer, Steve:** Aktive Bürger/innenschaft – Politische Partizipation von Jugendlichen in Österreich, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien 2011, S. 255-273.